

Antrag L01.001.2: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1 - 2

- 1 **Gemeinwohl statt Profit. ~~Klimagerechtigkeit~~ Umwelt-, Klima- und Ressourcengerechtigkeit statt Aufrüstung. ~~DIE LINKE ist bereit für die neue Zeit~~**

Begründung

- a) Die kapitalistische Produktionsweise bedeutet Streben nach Profitmaximierung. Dagegen mobilisieren wir. Es geht um mehr als Klimagerechtigkeit, wenn jede und jeder in Würde leben können soll: um Klima-, Umwelt- und Ressourcengerechtigkeit.
- b) Der Nachsatz wurde im Antrag gestrichen, um die Länge zu regulieren und da er sehr widersprüchlich wahrgenommen wird, was wohl auch externe Leser betreffen würde.

Antrag L01.001.3: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 1

- 1 **~~Gemeinwohl statt Profit.~~ Das gute Leben für alle statt grünem Kapitalismus! Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung. DIE LINKE ist bereit**
- 2 **für die neue Zeit**

Zeile 96 - 98

- 91 SPD und Grüne haben sich den Spielarten liberaler Modernisierung verschrieben, sie
- 92 denken nicht über den Horizont eines immer krisenhafteren Wirtschaftssystems hinaus.
- 93 Eine linke Partei muss mehr wollen. Und wir können mehr. Wir haben den Anspruch einer
- 94 modernen, sozialistischen Gerechtigkeitspartei, die für eine gerechte Transformation,
- 95 für weltweite soziale Rechte und Klimagerechtigkeit, für Abrüstung, Frieden und eine
- 96 neue sozial-ökologische Weltwirtschaft entsteht. Nach dem Dogma der ~~Markgläubigkeit~~
- 97 Marktgläubigkeit und angesichts globaler Krisen braucht es eine Kraft, die ~~Gemeinwohl vor Profit-~~
- 98 ~~stellt~~ das gute Leben für alle fordert. Diese Zeit braucht eine mutige, radikale und realistische
- 99 Politik von links.
- 99 Das ist unser Anspruch und dafür stellen wir uns neu auf.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag L01.002.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 2

- 1 **Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung. DIE LINKE ist bereit**
- 2 **für die neue Zeit!**

Begründung

Der Ampel-Rhetorik um die "Zeitenwende" sollten wir uns nicht anschließen. Im Zusammenhang der Überschrift könnte außerdem der Eindruck erweckt werden, erst eine "neue Zeit" würde "**Gemeinwohl statt Profit. Klimagerechtigkeit statt Aufrüstung.**" notwendig oder richtig machen. Dem ist selbstverständlich nicht so.

weitere Antragsteller*innen

Moritz Fröhlich (BV Lichtenberg)

Antrag L01.003.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 12

- 3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: ~~Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der~~
- 4 ~~Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,~~
- 5 ~~die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen~~
- 6 ~~die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und~~
- 7 ~~Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der~~
- 8 ~~Notenbanken— die wirtschaftlichen Aussichten~~Nicht über Investitionen in Klimaschutz und
- 9 Klimaanpassung wird nun debattiert, sondern über Milliarden für die Landesverteidigung. Ein
- 10 weiteres Mal nach der Corona-Krise droht der Klimaschutz ins Hintertreffen zu geraten. Menschen
- 11 sind angesichts der Auswirkungen nur begrenzt dazu fähig, ihre Aufmerksamkeit gleichzeitig
- 12 mehreren krisenhaft zugespitzten Themen zu widmen. Etliche Studien zeigen, dass Befragte sich
- 13 weniger Sorgen über ein Problem machen, wenn sich ihnen gerade ein anderes aufdrängt.
- 14 Deshalb sollten wir in möglichst einfachen Worten sagen, wie es ist: Der Wechsel zu erneuerbaren
- 15 Energien ist ein zentraler Beitrag zu Frieden und Gerechtigkeit und macht uns unabhängiger von
- 16 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
- 17 autoritäre und rechte Kräfte erstarken. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft
- 18 und beschleunigt. Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem
- 19 Epochenbruchautokratischen Systemen. Um künftig Kriege zu verhindern, ist Klima- und
- 20 Ressourcenschutz die wichtigste Grundvoraussetzung.

Zeile 13 - 20

~~13 Viele Menschen haben Angst vor einer Eskalation, vor wachsenden Kriegsgefahren und
14 sogar vor einem möglichen Atomkrieg. Als Folge der Krisen der letzten Jahre scheint
15 alles in Frage zu stehen: Politik, Medien, Wissenschaft — kaum ein gesellschaftlicher
16 Bereich, in dem das Vertrauen der Menschen nicht erschüttert ist. Besonders für die
17 junge Generation und bei prekär Lebenden gilt das kapitalistische Wirtschaftssystem
18 nicht mehr als verheißungsvolle Zukunft. Zugleich werden grundsätzliche Alternativen
19 von vielen kaum für möglich gehalten. Gegen das Gefühl von Alternativlosigkeit und
20 Apokalypse wollen wir zeigen, dass es anders geht.~~

Zeile 21 - 28

~~21 Die Niederlage unserer Partei bei der Bundestagswahl zeigt, wo wir stehen und von wo
22 wir neu starten müssen. Uns gelingt es nicht ausreichend, in einer veränderten
23 politischen Konstellation die Erwartungen derjenigen zu erfüllen, die sich vorstellen
24 können links zu wählen. Wir wollen denjenigen Menschen, die uns gewählt oder nicht
25 mehr gewählt haben, die zweifeln oder neugierig auf Alternativen sind, neue Antworten
26 geben — und das, was richtig war und bleibt, geschlossener und mutiger nach außen
27 vertreten. Dafür wollen wir DIE LINKE gemeinsam erneuern und uns für die neue Zeit
28 gesellschaftlicher Richtungsentscheidungen aufstellen.~~

Zeile 29 - 34

~~29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.~~

Begründung

Antrag L01.003.2: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3

3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: ~~Die Klimakatastrophe bedroht~~Klima- und
4 Umweltkatastrophen und ein Atomkrieg bedrohen das Überleben der
5 Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,
6 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen
7 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und
8 Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der
9 Notenbanken - die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von
10 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
11 autoritäre und rechte Kräfte erstarken. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft
12 und beschleunigt. Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem
Epochenbruch.

Begründung

Seit langem stimmen Friedens- und Umweltbewegungen überein, dass die Klima- und Umweltkrisen einerseits und ein globaler Atomkrieg andererseits den Fortbestand der Menschheit bedrohen. Außerdem ist die vorgeschlagene Formulierung in Übereinstimmung mit der beantragten Veränderung der Überschrift des Antrages.

Antrag L01.003.3: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf /
Hoheluft-Ost

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 12

3 Wir leben in Zeiten ~~großer Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der~~
4 ~~Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den~~zugespitzter Widersprüche: Die
5 Menschheit hat einen Stand des wissenschaftlichen, kulturellen und technischen Fortschritts
6 erreicht, der die Möglichkeit beinhaltet, dass sich alle Menschen in Wohlstand, gemeinsamem
7 Frieden in Europa erschüttert, und in Einklang mit den natürlichen Lebensgrundlagen solidarisch
8 entfalten können. Stattdessen aber bedroht die Klimakatastrophe das Überleben der Menschheit,
9 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen
10 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. ~~Seit der weltweiten Finanz- und~~
11 ~~Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der~~
12 ~~Notenbanken - die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von~~
13 ~~Krieg und Pandemie ungewiss. Die~~Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
14 autoritäre und rechte Kräfte erstarken. ~~Die~~Seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise
15 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der Notenbanken - die
16 wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von Krieg ungewiss. Die Pandemie
17 hat diese Krisen noch vertieft
18 und beschleunigt. ~~Diese Umbrüche und Krisenprozesse~~Sie verdichten sich zu einem
19 Epochenbruch. Es liegt in der Hand von uns allen, die erfreulichen Möglichkeiten gegen die
20 aktuelle menschenunwürdige Wirklichkeit durchzusetzen. Die LINKE will daran mitwirken,
21 Initiative ergreifen und andere mitreißen.

Antrag L01.003.4: Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 3 - 12

3 Wir leben in Zeiten großer ~~Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der~~
4 ~~Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,~~
5 ~~die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen~~
6 ~~die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und~~
7 ~~Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der~~
8 ~~Notenbanken—die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von~~
9 ~~Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,~~
10 ~~autoritäre und rechte Kräfte erstarken. Die Pandemie hat diese Krisen~~ und sozialer Widersprüche:
Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der Menschheit, der Krieg zwischen den
imperialistischen Mächten Russland und dem Westen um den wirtschaftlichen Zugriff auf die
Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert, die Zunahme der geopolitischen Rivalitäten
zwischen den imperialistischen Mächten bergen die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit
der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell
am Tropf der Notenbanken - die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der historischen
Krise des Kapitalismus und die Auswirkungen von Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale
Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu, autoritäre und rechte Kräfte erstarken angesichts der
kapitalistischen Krise. Die Pandemie hat diese Krise noch vertieft
11 und beschleunigt. ~~Diese Umbrüche~~ Die Widersprüche und Krisenprozesse verdichten sich zu
~~einem-~~
12 ~~Epochenbruch~~ einer Periode sozialer Konflikte, Konvulsionen und Kämpfe.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.004.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 4

3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der
4 Menschheit, ~~Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,~~
5 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen
6 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und
7 Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der

8 Notenbanken - die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von
9 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
10 autoritäre und rechte Kräfte erstarken. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft
11 und beschleunigt. Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem
12 Epochenbruch.

Begründung

Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg. Die permanente Aufrüstung der Bundesregierung seit den 90er Jahren, die Stationierung von Atomwaffen in Büchel und die Kriege in Jugoslawien haben den „Frieden in Europa“ vorher bereits erschüttert. Weitergehend haben die Kriege um Europa herum, ob im Nahen Osten, Nordafrika der die Geflüchteten-situation gezeigt, dass der Kontinent Europa und besonders die EU permanent in Krieg verwickelt war. Die Verharmlosung dessen (Beschränkung auf die aktuelle Situation Russland-Ukraine-Krieg) gehört deshalb gestrichen.

Antrag L01.006.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), Moritz Fröhlich (Zusammenschluss) |
|--------------------------|---|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 6 - 8

3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der
4 Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,
5 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen
6 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. ~~Seit der weltweiten Finanz- und~~
7 ~~Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der~~
8 ~~Notenbanken—die~~Die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von
9 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
10 autoritäre und rechte Kräfte erstarken. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft
11 und beschleunigt. Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem
12 Epochenbruch.

Begründung

Ohne inhaltliches hinzuzufügen, ähnelt diese, auch überaus pauschalisierende, Kritik an Notenbanken in Formulierung dem, was sonst von "Crashpropheten" und Rechten vorgebracht wird. Linke Kritik müssen anders aussehen, diese Art von Formulierung ist uns zu nah an der Rhetorik von Menschen die ihre Kritik am Wirtschaftssystem lediglich auf die EZB fokussieren, anstatt auf die tatsächlichen materiellen Verhältnisse.

Antrag L01.007.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

| | |
|--------------------------|----------------------------|
| Antragsteller*in: | BAG Betrieb & Gewerkschaft |
|--------------------------|----------------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 7 - 8

3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der
4 Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,
5 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen
6 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und
7 Wirtschaftskrise 2008/2009 ~~hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der~~
können nur extrem niedrige Zinsen durch die Notenbanken einen völligen Einbruch der
Investitionen verhindern - die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von
9 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
10 autoritäre und rechte Kräfte erstarken. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft
11 und beschleunigt. Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem
12 Epochenbruch.

Begründung

Im Kapitalismus braucht es immer aktive Geldpolitik durch Notenbanken. Das Bild, dass ein bestimmtes Wirtschaftsmodell nur durch die Notenbanken aufrecht erhalten werden kann, ist schief.

Antrag L01.011.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 11 - 12

3 Wir leben in Zeiten großer Umbrüche: Die Klimakatastrophe bedroht das Überleben der
4 Menschheit, Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Frieden in Europa erschüttert,
5 die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten zwischen imperialistischen Mächten bergen
6 die Gefahr eines globalen Flächenbrandes. Seit der weltweiten Finanz- und
7 Wirtschaftskrise 2008/2009 hängt das neoliberale Wirtschaftsmodell am Tropf der
8 Notenbanken - die wirtschaftlichen Aussichten sind angesichts der Auswirkungen von
9 Krieg und Pandemie ungewiss. Die soziale Ungleichheit spitzt sich weltweit weiter zu,
10 autoritäre und rechte Kräfte erstarken. Die Pandemie hat diese Krisen noch vertieft
11 und beschleunigt. ~~Diese Umbrüche und Krisenprozesse verdichten sich zu einem~~
12 ~~Epochenbruch.~~

Begründung

Der „Epochenbruch“ wird im Text nicht wirklich erklärt. Damit bleibt der Satz unverständlich und anfällig für Fehlinterpretationen.

Antrag L01.015.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 15 - 20

13 Viele Menschen haben Angst vor einer Eskalation, vor wachsenden Kriegsgefahren und
14 sogar vor einem möglichen Atomkrieg. Als Folge der Krisen der letzten Jahre scheint
15 alles in Frage zu stehen: Politik, Medien, Wissenschaft und Wirtschaft - kaum ein
gesellschaftlicher
16 Bereich, in dem das Vertrauen der Menschen nicht erschüttert ist. Besonders für die
17 junge Generation und bei prekär Lebenden gilt das kapitalistische Wirtschaftssystem
18 nicht mehr als verheißungsvolle Zukunft. ~~Zugleich~~ Doch auch die lohnabhängigen Arbeiter:innen
werden ~~grundsätzliche Alternativen~~
19 ~~von vielen kaum für möglich gehalten. Gegen das Gefühl von Alternativlosigkeit und~~
20 ~~Apokalypse wollen wir zeigen, dass es anders geht~~ von steigenden Preisen, Inflation, Lohn- und
Sozialabbau erdrückt. Zugleich konnte sich für sie bisher keine linke Kraft als sozialistische
Alternative präsentieren. Angesichts der in der Landtagswahl NRW deutlich gewordenen Krise des
politischen Establishments muss die Linke den Lohnabhängigen einen Ausweg aus der
gesellschaftlichen Krise weisen und als konsequente antikapitalistische Kraft und Alternative
auftreten.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht

Antrag L01.017.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 17

13 Viele Menschen haben Angst vor einer Eskalation, vor wachsenden Kriegsgefahren und
14 sogar vor einem möglichen Atomkrieg. Als Folge der Krisen der letzten Jahre scheint
15 alles in Frage zu stehen: Politik, Medien, Wissenschaft - kaum ein gesellschaftlicher
16 Bereich, in dem das Vertrauen der Menschen nicht erschüttert ist. Besonders für die
17 junge Generation und bei prekär Lebenden sowie einer ganzen Alterskohorte, der angesichts der
Aushöhlung des Systems der gesetzlichen Rente Altersarmut droht, gilt das kapitalistische
Wirtschaftssystem
18 nicht mehr als verheißungsvolle Zukunft. Zugleich werden grundsätzliche Alternativen
19 von vielen kaum für möglich gehalten. Gegen das Gefühl von Alternativlosigkeit und
20 Apokalypse wollen wir zeigen, dass es anders geht.

Begründung

Insbesondere diese Generation hat nach einem Leben in Armut extreme Angst vor Altersarmut. Diese Sorge sollte DIE LINKE stärker in den Blick nehmen.

Antrag L01.021.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 21 - 28

21 ~~Die~~Auch die Niederlage unserer Partei bei der Bundestagswahl zeigt, wo wir stehen und von wo
22 wir neu starten müssen. Uns gelingt es nicht ausreichend, die Menschen in einer veränderten-
23 ~~politischen Konstellation die Erwartungen derjenigen zu erfüllen, die sich vorstellen~~
24 ~~können links zu wählen~~der Krise abzuholen und die konkreten Probleme anzupacken, die sie
25 unmittelbar jetzt betreffen. Wir wollen denjenigen Menschen, die uns gewählt oder nicht
26 mehr gewählt haben, die zweifeln ~~oder neugierig auf Alternativen, orientierungslos sind, neue und~~
27 die Beliebtheit der etablierten Parteien satt haben, konkrete und kämpferische Antworten
28 geben - und das, ~~was richtig war und bleibt, geschlossener und mutiger nach außen~~
~~vertreten. Dafür wollen wir DIE LINKE gemeinsam erneuern und uns fordert, gerade jetzt,~~
geschlossenes und mutiges Vorgehen. Dafür braucht es eine kämpferische und sozialistische
LINKE, die sich nicht vor einer Konfrontation mit den Banken und Konzernen fürchtet. Dafür
braucht es eine Schwerpunktsetzung der Aktivitäten der Partei DIE LINKE auf Proteste,
Arbeitskämpfe und sozialen Bewegungen und keine Beteiligung an pro-kapitalistischen
Regierungen mit den Sozialabbau- und "Kriegs"-Parteien. Und es braucht eine demokratische
Mitgliederpartei DIE LINKE mit jederzeitiger Wähl- und Abwählbarkeit der Funktionsträger:innen,
sowie einen durchschnittlichen Tariflohn für die neue Zeit-
gesellschaftlicher Richtungsentscheidungen aufstellen. Hauptamtliche und Mandatsträger:innen,
um Karrierismus einen Riegel vorzuschieben!

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.022.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf /
Hoheluft-Ost

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 22 - 26

21 Die Niederlage unserer Partei bei der Bundestagswahl zeigt, wo wir stehen und von wo
22 wir neu starten müssen. ~~Uns gelingt es nicht ausreichend, in einer veränderten-~~
23 ~~politischen Konstellation die Erwartungen derjenigen zu erfüllen, die sich vorstellen~~
24 ~~können links zu wählen. Wir wollen denjenigen Menschen, die uns gewählt oder nicht-~~
25 ~~mehr gewählt haben, die zweifeln oder neugierig auf Alternativen sind, neue Antworten~~

- 26 ~~geben~~ Unsere programmatischen gefassten Ambitionen für eine tagesaktuelle radikale Reform des Kapitalismus, die dem Epochenumbruch gerecht werden, stimmen: sozial- und ökologischer Systemwechsel, radikale Abrüstung, Vergesellschaftung der Daseinsvorsorge, Vermögenssteuer und das Ende der Schuldenbremse. Uns gelingt jedoch bislang nicht ausreichend zu begründen, dass wir diese Vorhaben als Partei grundlegender gesellschaftliche Opposition auch für realistisch halten und durchsetzen können. Dafür wollen wir diejenigen Menschen, die uns gewählt oder nicht mehr gewählt haben, die zweifeln oder neugierig auf Alternativen sind, neu überzeugen, mit uns gemeinsam in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu gehen. Wir wollen dafür begeistern, sich als Teil solidarischer Kämpfe zu gemeinsamen Protagonisten der Hervorbringung einer menschlicheren Gesellschaft zu machen. Dafür wollen wir das, was richtig war und bleibt, geschlossener und mutiger nach außen
- 27 vertreten. Dafür wollen wir DIE LINKE gemeinsam erneuern und uns für die neue Zeit
- 28 gesellschaftlicher Richtungsentscheidungen aufstellen.

Antrag L01.024.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 24

- 21 Die Niederlage unserer Partei bei der Bundestagswahl zeigt, wo wir stehen und von wo
- 22 wir neu starten müssen. Uns gelingt es nicht ausreichend, in einer veränderten
- 23 politischen Konstellation die Erwartungen derjenigen zu erfüllen, die sich vorstellen
- 24 können links zu wählen bzw. überhaupt neue Menschen davon zu überzeugen links zu wählen. Wir
- 25 wollen denjenigen Menschen, die uns gewählt oder nicht
- 26 mehr gewählt haben, die zweifeln oder neugierig auf Alternativen sind, neue Antworten
- 27 geben - und das, was richtig war und bleibt, geschlossener und mutiger nach außen
- 28 vertreten. Dafür wollen wir DIE LINKE gemeinsam erneuern und uns für die neue Zeit
- gesellschaftlicher Richtungsentscheidungen aufstellen.

Zeile 67

- 60 Statt der Hoffnung auf einen sozialen und klimagerechten Umbau, beginnt die neue
- 61 Regierungszeit für Millionen Menschen mit Angst vor der nächsten
- 62 Heizkostenabrechnung. Die Folgen der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind
- 63 nur ein Vorgeschmack auf mögliche Ressourcenkrisen der Zukunft. Die steigenden Preise
- 64 fressen für viele längst die Löhne auf. Der Umgang der Bundesregierung damit ist
- 65 halbherzig und sozial ungerecht, die beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung reichen
- 66 für Geringverdienende, Pendler*innen, Rentner*innen und Hartz-IV-Bezieher*innen
- 67 ~~längst nicht aus~~ längst nicht aus. Doch auch abgedeckt bleiben die Lebensbedingungen vieler
- 68 Menschen katastrophal. Teile der Bundesregierung fordern bereits ein energiepolitisches
- 69 Rollback mit verlängertem Atom- und Kohlestrom. Das sagt viel aus über das, was die
- 69 Ampel-Parteien unter Transformation verstehen: Halbherziger Klimaschutz, der über
- 70 Preise geregelt wird und die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht in Frage stellt.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.029.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 29 - 32

29 Millionen Menschen ~~haben bei~~ hatten anlässlich der Bundestagswahl ~~ihre Hoffnungen mit einem~~
30 ~~Regierungswechsel verbunden.~~ Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. ~~Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf~~
32 ~~etwas Neues~~ Diese Hoffnungen haben den Wahlkampf und die anschließende Regierungsbildung
aber nicht geprägt. Auch deshalb konnte unsere linke Alternative nicht durchdringen. Es ging um
ein Weiter-So und allenfalls um pragmatische Modernisierung des Kapitalismus, das ist auch
Haupttenor der neuen Koalitionsvereinbarung. Und selbst dieser Weiter-So-Pragmatismus wurde
durch den neuen Krieg in Europa schon zur Makulatur erklärt. Mit der Erhöhung des Mindestlohns
auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Entspricht so ein wenig mehr den tatsächlichen Vorgängen.

Antrag L01.029.2: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 29 - 47

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ~~ihre Hoffnungen mit einem~~
30 ~~Regierungswechsel verbunden.~~ Hoffnungen auf einen Regierungs- und Politikwechsel gehofft.
Gehofft, das Klima zu retten. ~~Hoffnungen auf mehr~~
31 ~~Gerechtigkeit~~ Gehofft auf erkennbare soziale Verbesserungen. Nach Jahren des Aussitzens von
Problemen, gab es die Hoffnung auf

32 ~~etwas Neues~~ Besserung. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ~~ein~~ ein längst überfälliges sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung
des § 219a
34 ~~eine, eine ebenfalls~~ längst überfällige Reform, beschlossen. ~~In der Mitte des Koalitionsvertrages-~~
~~aber-~~
35 ~~klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für~~
36 ~~Aufrüstung—aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in-~~
37 ~~Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut-~~
38 ~~und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu-~~
39 ~~bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn-~~
40 ~~Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich-~~
41 ~~abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV~~ Erwähnt wird jedoch mit keinem Wort,
wie Krise, Inflation, steigende Preise und Mieten diese kleinen Errungenschaften gleich wieder
null und nichtig machen. In der Mitte des Koalitionsvertrages klafft eine riesige
Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für Aufrüstung - aber kein
Sondervermögen zur Bekämpfung der zunehmenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten,
besonders der arbeitenden Bevölkerung. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu
bauen, Kinderarmut und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich
angemessen zu bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich abzeichnende
Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV soll nur umbenannt, ~~aber die~~
werden, aber die viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine allgemeine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? ~~Die~~
Für Banken, Konzerne und deren Eigner:innen. Die Lebenswirklichkeiten der Hälfte der
Bevölkerung werden dabei vergessen und ~~die-~~
47 ~~Reichen werden immer reicher~~ Großunternehmen bereichern sich in und aufgrund der Krise und
fahren Milliarden Gewinne ein.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.032.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 32 - 35

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro ~~hat die Ampel-Koalition~~

wurde zwar ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, kleiner Schritt in die richtige Richtung getan und mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. ~~In der Mitte des Koalitionsvertrages aber~~, aber weder schützt das eine wirksam vor Altersarmut noch stärkt das andere in besonderer Weise die Selbstbestimmung über eine Schwangerschaft. Nicht ohne Grund kämpft DIE LINKE für einen höheren Mindestlohn (13 Euro plus) oder die Streichung der Paragraphen 218, 219.
35 Darüber hinaus klafft in der Mitte des Koalitionsvertrages eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Warum wollen wir hier die Ampel-Koalition für ihre Schrittschen loben, ohne darauf hinzuweisen, dass diese nicht ausreichend sind. So müsste beispielsweise der Mindestlohn nach Aussagen der Sozialverbände bei 13 Euro liegen.

Antrag L01.034.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), Moritz Fröhlich (Zusammenschluss) |
|--------------------------|---|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 34 - 35

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. ~~In der Mitte des Koalitionsvertrages aber~~ jedoch
35 klafft in der Regierungsarbeit der Koalition eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro
Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die

42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Das Sondervermögen ist nicht teil des Koalitionsvertrages.

Antrag L01.034.2: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

| | |
|--------------------------|----------------------------|
| Antragsteller*in: | BAG Betrieb & Gewerkschaft |
|--------------------------|----------------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 34

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des ~~Koalitionsvertrages aber~~
Regierungshandelns aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Die 100 Milliarden Sondervermögen stehen nicht im Koalitionsvertrag.

Antrag L01.035.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

| | |
|--------------------------|------------|
| Antragsteller*in: | LV Sachsen |
|--------------------------|------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 35

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für von
Regierungsfractionen und CDU/CSU als ‚Sondervermögen‘ bezeichnete Euro für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Es lohnt sich, das Framing vom „Sondervermögen“ nicht kritiklos zu übernehmen.

Antrag L01.039.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

| | |
|--------------------------|----------------------|
| Antragsteller*in: | linksjugend ['solid] |
|--------------------------|----------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 39

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Stattdessen produziert die Regierung nur noch mehr Futter für den deutschen
militaristischen und nationalistischen Wahn vom „Platz an der Sonne“. Die Bundeswehr soll
aufrüsten und wieder „international wettbewerbsfähig“ werden; deutsche Weltmachtphantasien
waren nie abgeschafft und sind heute wieder präsenter denn je - die Reaktionen auf den aktuellen
Konflikt beweist dies zur Genüge. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen:
40 Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich

41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

Antrag L01.042.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 42

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. ~~Ist das der versprochene „Respekt“? Die~~ Hier kann von dem
43 versprochenen "Respekt" durch die Ampel-Koalition keine Rede sein! Die
44 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
45 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
46 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
47 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
48 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Warum der/dem Lesenden die Möglichkeit eröffnen, mit 'Ja' zu antworten.

Antrag L01.046.01: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 46

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der **Hälfte Mehrheit** der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher.

Begründung

Die Klassengesellschaft teilt sich nicht hälftig.

Antrag L01.047.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

KV Hersfeld-Rotenburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 47

29 Millionen Menschen haben bei der Bundestagswahl ihre Hoffnungen mit einem
30 Regierungswechsel verbunden. Hoffnungen, das Klima zu retten. Hoffnungen auf mehr
31 Gerechtigkeit. Nach Jahren des Aussitzens von Problemen, gab es die Hoffnung auf
32 etwas Neues. Mit der Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro hat die Ampel-Koalition
33 ein sozialdemokratisches Wahlversprechen umgesetzt, mit der Streichung des § 219a
34 eine längst überfällige Reform beschlossen. In der Mitte des Koalitionsvertrages aber
35 klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke: 100 Milliarden Euro Sondervermögen für
36 Aufrüstung - aber kein Sondervermögen zur Bekämpfung der wachsenden Armut in
37 Deutschland. Kein Gerechtigkeitspaket, um bezahlbare Wohnungen zu bauen, Kinderarmut
38 und den Pflegenotstand endlich zu beenden und soziale Berufe endlich angemessen zu
39 bezahlen. Die Rentenpolitik der Ampel lässt sich auf die Formel bringen: Zehn
40 Milliarden Euro Steuergelder in die Aktienrente, aber Null Milliarden, um die sich
41 abzeichnende Lawine von Altersarmut zu stoppen. Hartz IV wird umbenannt, aber die
42 viel zu niedrigen Sätze bleiben. Ist das der versprochene „Respekt“? Die
43 Wahlkampfversprechen von SPD und Grünen - gerechtere Einkommensteuer, Abschaffung der
44 Zwei-Klassen-Medizin durch eine Bürgerversicherung, bezahlbare Mieten - sind alle
45 Makulatur. Die Ampel verspricht gesellschaftlichen Fortschritt - aber für wen? Die
46 Lebenswirklichkeiten der Hälfte der Bevölkerung werden dabei vergessen und die
47 Reichen werden immer reicher. [Laut DIW \(Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung\) stiegen](#)

allein im Jahr 2020 die Milliardärsvermögen in Deutschland um ca. 100 Mrd., während die Wirtschaftsleistung um ca. 170 Mrd. sank.

Begründung

Begründung: Wenigstens an einigen Stellen im Text sollten hinter Pauschalaussagen auch Fakten stehen.

Antrag L01.050.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 50 - 53

48 Die Regierung steht in den Augen vieler Menschen jedoch für eine ökologische
49 Modernisierung der Gesellschaft. Sie setzt dabei auf technologische Veränderungen -
50 ohne grundlegende Veränderungen der Wirtschaftsweise. Sie spielt mit der Illusion ~~von~~
51 ~~einfachen technologischen, dass wir, die Konsumgesellschaften, einfach mittels zukünftiger,~~
technologischer Innovationen, ohne dabei auf dem Boden der Wissenschaft zu
52 ~~stehen. Sie den derzeitigen Lebensstil unverändert fortführen können, und missachtet die~~
Dringlichkeit zur Handlung, die sich aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen ergibt. Statt durch
leicht umsetzbare und schnell wirksame Maßnahmen, wie Tempo 120 auf Autobahnen oder
Verbot von Kurzstreckenflügen, wie es DIE LINKE. fordert, ein Zeichen zu setzen, gaukelt die
Regierung den Menschen vor, dass ~~mit nur wenig grüner Farbe ein „weiter so“~~
53 ~~möglich wäre~~ durch einen bloßen Austausch der Art der Energieerzeugung und -verwendung die
Ursachen für die drohende Klimakatastrophe aus der Welt geschafft werden können. Die Politik
der Bundesregierung, die sich von den vorherigen leider
54 nicht signifikant unterscheidet, führt zu langfristigen, irreversiblen Schäden und
55 damit viel Elend. Sie ist verantwortungslos. Mehr große Autos mit hohem
56 Ressourcenverbrauch, aber mit Elektromotor. Es reicht nicht aus, nur den Antrieb zu
57 verändern, wir müssen das System neu aufsetzen. Notwendig wäre, ein Verkehrssystem,
58 in dem niemand mehr vom Auto abhängig ist und in dem eine funktionierende Mobilität
59 für alle garantiert wird.

Zeile 61 - 62

60 Statt der Hoffnung auf einen sozialen und klimagerechten Umbau, beginnt die neue
61 Regierungszeit für Millionen Menschen mit Angst vor ~~der~~ nächsten
Heizkostenabrechnung Energiekostenabrechnungen
62 . Die Folgen der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind
63 nur ein Vorgeschmack auf mögliche Ressourcenkrisen der Zukunft. Die steigenden Preise
64 fressen für viele längst die Löhne auf. Der Umgang der Bundesregierung damit ist
65 halbherzig und sozial ungerecht, die beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung reichen
66 für Geringverdienende, Pendler*innen, Rentner*innen und Hartz-IV-Bezieher*innen
67 längst nicht aus. Teile der Bundesregierung fordern bereits ein energiepolitisches
68 Rollback mit verlängertem Atom- und Kohlestrom. Das sagt viel aus über das, was die
69 Ampel-Parteien unter Transformation verstehen: Halbherziger Klimaschutz, der über
70 Preise geregelt wird und die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht in Frage stellt.

Begründung

Mit dieser Ergänzung wird deutlicher darauf hingewiesen, dass sich unsere Lebensweisen werden verändern müssen, und es ergibt sich eine gute Gelegenheit auch schon hier auf zwei greifbare Forderungen der LINKEN aufmerksam zu machen.

Menschen brauchen neben Heizung auch Strom, Warmwasser und ggf. Treibstoffe. Der Begriff 'Energie' fasst die Einzelpunkte zusammen.

Antrag L01.053.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 53 - 58

48 Die Regierung steht in den Augen vieler Menschen jedoch für eine ökologische
49 Modernisierung der Gesellschaft. Sie setzt dabei auf technologische Veränderungen -
50 ohne grundlegende Veränderungen der Wirtschaftsweise. Sie spielt mit der Illusion von
51 einfachen technologischen Innovationen, ohne dabei auf dem Boden der Wissenschaft zu
52 stehen. Sie gaukelt den Menschen vor, dass mit nur wenig grüner Farbe ein „weiter so“
53 möglich wäre. Die Politik der bürgerlichen Bundesregierung, die sich von den vorherigen ~~leider-~~
54 ~~nicht signifikant~~nicht grundsätzlich unterscheidet, führt zu langfristigen, irreversiblen Schäden
und
55 damit viel Elend für die Menschen. Sie ist verantwortungslos. ~~Mehr große Autos mit hohem~~
56 ~~Ressourcenverbrauch, aber mit Elektromotor.~~ Es reicht nicht aus, nur den Antrieb zu
57 verändern, wir müssen das SWirtschaftssystem neu aufsetzen. Notwendig wäre, ein
Verkehrssystem,
58 in dem niemand mehr vom Auto abhängig ist, das keiner Profitlogik folgt und in dem eine
funktionierende Mobilität
59 für alle garantiert wird.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.065.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 65 - 67

60 Statt der Hoffnung auf einen sozialen und klimagerechten Umbau, beginnt die neue

61 Regierungszeit für Millionen Menschen mit Angst vor der nächsten
62 Heizkostenabrechnung. Die Folgen der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind
63 nur ein Vorgeschmack auf mögliche Ressourcenkrisen der Zukunft. Die steigenden Preise
64 fressen für viele längst die Löhne auf. Der Umgang der Bundesregierung damit ist
65 halbherzig und sozial ungerecht, die beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung ~~reichen~~
66 für Geringverdienende gehen an den Interessen der normalen abhängig Beschäftigten und
insbesondere den Geringverdienenden, Pendler*innen, Rentner*innen und Hartz-IV-
Bezieher*innen
67 ~~längst nicht aus~~vorbei. Teile der Bundesregierung fordern bereits ein energiepolitisches
68 Rollback mit verlängertem Atom- und Kohlestrom. Das sagt viel aus über das, was die
69 Ampel-Parteien unter Transformation verstehen: Halbherziger Klimaschutz, der über
70 Preise geregelt wird und die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht in Frage stellt.

Begründung

Einmal sollten wir nicht immer nur von den besonders armen Menschen sprechen, sondern auch die „normalen“ abhängig Beschäftigten in den Fokus unserer Politik nehmen und dann sind Rentner*innen und Hartz-IV-Beschäftigte bei den Maßnahmen gar nicht oder so gut wie gar nicht bedacht. Hier nur davon zu sprechen, dass die Maßnahmen nicht ausreichen, geht an der Situation dieser Menschen vorbei.

Antrag L01.066.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), Moritz Fröhlich (Zusammenschluss) |
|--------------------------|---|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 66

60 Statt der Hoffnung auf einen sozialen und klimagerechten Umbau, beginnt die neue
61 Regierungszeit für Millionen Menschen mit Angst vor der nächsten
62 Heizkostenabrechnung. Die Folgen der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind
63 nur ein Vorgeschmack auf mögliche Ressourcenkrisen der Zukunft. Die steigenden Preise
64 fressen für viele längst die Löhne auf. Der Umgang der Bundesregierung damit ist
65 halbherzig und sozial ungerecht, die beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung reichen
66 für Geringverdienende, ~~Pendler*innen~~, Rentner*innen und Hartz-IV-Bezieher*innen
67 längst nicht aus. Teile der Bundesregierung fordern bereits ein energiepolitisches
68 Rollback mit verlängertem Atom- und Kohlestrom. Das sagt viel aus über das, was die
69 Ampel-Parteien unter Transformation verstehen: Halbherziger Klimaschutz, der über
70 Preise geregelt wird und die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht in Frage stellt.

Begründung

Daraus, ob ein Mensch pendelt oder nicht, folgt nicht unmittelbar ein Bedarf nach Abfederung. Bei den anderen genannten Gruppen ist dies garantiert, bzw. mit hoher Wahrscheinlichkeit der Fall.

Antrag L01.070.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 70

60 Statt der Hoffnung auf einen sozialen und klimagerechten Umbau, beginnt die neue
61 Regierungszeit für Millionen Menschen mit Angst vor der nächsten
62 Heizkostenabrechnung. Die Folgen der steigenden Energie- und Lebensmittelpreise sind
63 nur ein Vorgeschmack auf mögliche Ressourcenkrisen der Zukunft. Die steigenden Preise
64 fressen für viele längst die Löhne auf. Der Umgang der Bundesregierung damit ist
65 halbherzig und sozial ungerecht, die beschlossenen Maßnahmen zur Abfederung reichen
66 für Geringverdienende, Pendler*innen, Rentner*innen und Hartz-IV-Bezieher*innen
67 längst nicht aus. Teile der Bundesregierung fordern bereits ein energiepolitisches
68 Rollback mit verlängertem Atom- und Kohlestrom. Das sagt viel aus über das, was die
69 Ampel-Parteien unter Transformation verstehen: Halbherziger Klimaschutz, der über
70 Preise unbezahlbare Preise, Greenwashing und Appelle an Verzicht und "umweltbewussten"
Konsum geregelt wird und die soziale Spaltung der Gesellschaft nicht in Frage stellt.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.071.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 73 - 75

71 Als Gesellschaft stehen wir an einem Scheideweg: Die auf Wachstum, Profit und
72 Konkurrenz beruhende kapitalistische Wirtschaftsweise stößt an die Grenzen einer Welt
73 endlicher Ressourcen und begrenzt belastbarer Ökosysteme. ~~Wir müssen es schaffen bis~~
74 ~~spätestens 2035 klimaneutral zu werden, um die Klimakatastrophe doch noch abzuwenden.~~
75 ~~Das ist möglich, wenn jetzt entschlossen Weichen für die Zukunft gestellt werden.~~

Begründung

Klimaneutralität 2035 ist real nicht erreichbar, aber auch wenn es später als 2035 wird, ist es wichtig und mindert die Klimakatastrophe. Unerreichbare Ziele zu formulieren ist nicht sinnvoll. Referenz: Handbuch Klimaschutz, S. 24f.

Antrag L01.071.2: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 71 - 75

- 71 Als Gesellschaft stehen wir an einem Scheideweg: Die auf ~~Wachstum, Profit und~~
Expansion, Profitmaximierung und Konkurrenz beruhende kapitalistische Wirtschaftsweise stößt
an die Grenzen einer Welt
- 73 endlicher Ressourcen ~~und~~, begrenzt belastbarer Ökosysteme und sich bekämpfenden
imperialistischen Einflusssphären. Wir müssen es schaffen bis
- 74 spätestens 2035 klimaneutral zu werden, um die Klimakatastrophe doch noch abzuwenden.
- 75 Das ist nur möglich, wenn ~~jetzt entschlossen Weichen~~das unsoziale und unökologische
kapitalistische Wirtschaftssystem, einem neuen System weicht, das für die Zukunft gestellt-
werdenBedürfnisse von Mensch und Natur produziert, demokratisch geleitet wird und keiner
Profitlogik folgt.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.075.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 75

- 71 Als Gesellschaft stehen wir an einem Scheideweg: Die auf Wachstum, Profit und
72 Konkurrenz beruhende kapitalistische Wirtschaftsweise stößt an die Grenzen einer Welt
73 endlicher Ressourcen und begrenzt belastbarer Ökosysteme. Wir müssen es schaffen bis
74 spätestens 2035 klimaneutral zu werden, um die Klimakatastrophe doch noch abzuwenden.
- 75 Der Autoverkehr muss innerhalb der nächsten 12 Jahre halbiert werden. Denn in diesem Zeitraum
müssen wir weltweit das Klimaziel von 1,5 Grad erreicht haben, wenn weiterhin ein menschliches
Leben auf unserem Planeten ermöglichen wollen. Das ist möglich, wenn jetzt entschlossen
Weichen für die Zukunft gestellt werden. Stichwort: Verkehrswende.

Antrag L01.075.2: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf /
Hoheluft-Ost

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 75

- 71 Als Gesellschaft stehen wir an einem Scheideweg: Die auf Wachstum, Profit und
72 Konkurrenz beruhende kapitalistische Wirtschaftsweise stößt an die Grenzen einer Welt
73 endlicher Ressourcen und begrenzt belastbarer Ökosysteme. Wir müssen es schaffen bis
74 spätestens 2035 klimaneutral zu werden, um die Klimakatastrophe doch noch abzuwenden.
75 Das ist möglich, wenn wir jetzt entschlossen entschlossenen Ernstes und mit heiterer Zuversicht in die Gegnerschaft mit denen gehen, die bislang von der Ausbeutung von Mensch und Natur profitieren. So stellen wir die Weichen für die eine bessere Zukunft gestellt werden.

Antrag L01.075.3: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

| | |
|--------------------------|--|
| Antragsteller*in: | Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf / Hoheluft-Ost |
|--------------------------|--|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 75

- 71 Als Gesellschaft stehen wir an einem Scheideweg: Die auf Wachstum, Profit und
72 Konkurrenz beruhende kapitalistische Wirtschaftsweise stößt an die Grenzen einer Welt
73 endlicher Ressourcen und begrenzt belastbarer Ökosysteme. Wir müssen es schaffen bis
74 spätestens 2035 klimaneutral zu werden, um die Klimakatastrophe doch noch abzuwenden.
75 Das ist möglich, wenn jetzt entschlossen Weichen für die Zukunft gestellt werden.
Eine Zukunft, in der die große Mehrheit nicht verzichten muss, sondern sich auf Grundlage wissenschaftlicher, kultureller und sozialer Errungenschaften im bewusst gestalteten und nachhaltigem Austausch mit den natürlichen Lebensgrundlagen erweitert entfalten kann.

Antrag L01.077.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

| | |
|--------------------------|---------|
| Antragsteller*in: | KV Unna |
|--------------------------|---------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 77 - 80

- 76 Mittelfristig müssen Energie- und Ressourcenverbrauch auch in absoluten Zahlen
77 verringert effizienter und gerechter gestaltet werden - das verträgt sich nicht mit einer
78 blinden Wachstum der Profite beruht. Entfesselter Markt und Wettbewerb sind eine Sackgasse für
79 die ökologische Transformation. Nur mit massiven, gezielten öffentlichen Investitionen in
80 den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft und Infrastruktur, Verstaatlichung der Energiekonzerne und vorgezogener Abschaltung der AKW's und KKW's, sowie sofortiger Stopp des Braunkohleabbaus ist es noch möglich, das
81 1,5-Grad-Ziel zu erreichen. Die dafür verbleibende Zeit wird immer knapper.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.080.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 80 - 81

76 Mittelfristig müssen Energie- und Ressourcenverbrauch auch in absoluten Zahlen
77 verringert werden - das verträgt sich nicht mit einer Wirtschaftsweise, die auf dem
78 blinden Wachstum der Profite beruht. Markt und Wettbewerb sind eine Sackgasse für die
79 ökologische Transformation. Nur mit massiven, gezielten öffentlichen Investitionen in
80 den klimaneutralen Umbau der Wirtschaft und Infrastruktur ~~ist es noch möglich, das-~~
81 ~~1,5 Grad Ziel zu erreichen. Die können wir~~ dafür ~~verbleibende Zeit wird immer knapper~~ sorgen,
dass die Erde noch bewohnbar bleibt.

Begründung

1,5 Grad durchschnittliche Erwärmung, genau wie 2 Grad waren noch nie ein „wissenschaftliches“ Ziel, sondern eine politische Zielsetzung, die falsche Sicherheiten vermittelte. Zwar wurde die Zielsetzung als Erfolg des Pariser Abkommens gefeiert (1,5 angestrebt, 2 Grad verpflichtend), jedoch war Expert*innen bereits damals klar, dass es sich mehr um eine Show handelt als um ernsthaften Klimaschutz und eine Wende. Fast 7 Jahre später ist das Fenster um 1,5 Grad noch zu erreichen, so klein, dass Sozialismus morgen wahrscheinlicher wäre. Selbst der neueste IPCC-Bericht erklärt 1,5 Grad für nahezu unerreichbar, und dass, obwohl die Berichte immer eher „konservative“ Zahlen enthalten. Wenn wir also sagen, dass wir auf dem Boden der Wissenschaft stehen, dürfen wir bei den Betrug nicht mehr mitmachen. Mit der Anpassung an die Wirklichkeit können wir zudem zeigen, dass wir das Thema verstanden haben und mit klarer Botschaft vorangehen, anstelle das Ziel in ein paar Monaten dann offiziell aufzugeben, wenn es alle anderen auch gemacht haben. Ehrlichkeit braucht manchmal Mut, denn „Zu sagen was ist“, ...

Antrag L01.086.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 86 - 90

82 Der weltweite Kampf um Ressourcen, Absatzmärkte und Einflussphären ist eine der
83 wesentlichen Ursachen für Kriege. Es ist fatal, in dieser historischen Situation die

84 Weichen auf Aufrüstung zu stellen, wie die Bundesregierung es tut. Nicht Aufrüstung,
85 sondern der Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft und eine nachhaltige,
86 ressourcenschützende Wirtschaftsweise und eine ~~gerecht~~kooperative Weltwirtschaftsordnung
87 schaffen die Grundlage für eine friedlichere Welt. ~~Wir stehen für eine Politik der~~
88 ~~Deeskalation, für Frieden und~~Im Kapitalismus stehen wir für eine Politik der Erkämpfung des
weltweiten Friedens durch den Sozialismus. Im Sozialismus stehen wir dann für eine Politik der
Sicherheit durch Kooperation und Abrüstung. Wir reihen
89 uns nicht ein in den patriotischen Chor von SPD, Grünen, FDP und CDU/CSU für mehr Aufrüstung
und
90 Abschreckung im Namen deutscher kapitalistischer Wirtschaftsinteressen, während
Lohnarbeiter:innen vom Staat sozial drangsaliiert werden.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.089.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

| | |
|--------------------------|-----------------------|
| Antragsteller*in: | Ökologische Plattform |
|--------------------------|-----------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 89

82 Der weltweite Kampf um Ressourcen, Absatzmärkte und Einflussphären ist eine der
83 wesentlichen Ursachen für Kriege. Es ist fatal, in dieser historischen Situation die
84 Weichen auf Aufrüstung zu stellen, wie die Bundesregierung es tut. Nicht Aufrüstung,
85 sondern der Ausstieg aus der fossilen Wirtschaft und eine nachhaltige,
86 ressourcenschützende Wirtschaftsweise und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung
87 schaffen die Grundlage für eine friedlichere Welt. Wir stehen für eine Politik der
88 Deeskalation, für Frieden und Sicherheit durch Kooperation und Abrüstung. Wir reihen
89 uns nicht ein in den Chor von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU/CSU für mehr
Aufrüstung und
90 Abschreckung.

Begründung

Eine Stärkung der Waffenindustrie, Ölbohrungen im Watt, Abstandsregeln für Windkraftträder, Deals mit Katar, nicht einmal ein Tempolimit und grundsätzlich eine Politik, die das Pariser Abkommen brechen wird, entsprechen nicht dem, was grüne Politik ausmacht. Wir machen bei dem falschen Marketing nicht mehr mit. Greenwashing ganzer Parteien finden wir unmoralisch, unehrlich und vor allem verantwortungslos, wo wir so dringend echten Klimaschutz brauchen.

Die Partei bzw. die Fraktion „Die Grünen“ oder „Grüne“ ist an allen Stellen in allen Leitanträgen zu ersetzen durch „Bündnis 90/Die Grünen“

Antrag L01.092.1: Änderungsantrag zu L01-01

Änderungsantrag zu L01-01

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 92 - 98

91 SPD und Grüne haben sich den Spielarten liberaler Modernisierung verschrieben, sie
92 denken nicht über den Horizont eines zyklisch immer krisenhafteren Wirtschaftssystems hinaus.
93 Eine linke Partei der Lohnabhängigen und Schwachen muss mehr wollen. Und wir können und
94 wollen mehr. Wir haben den Anspruch einer kämpferischen und
95 modernen, sozialistischen Gerechtigkeitspartei, die für eine gerechte Transformation,
96 für weltweite soziale Rechte und Klimagerechtigkeit, ~~für Abrüstung, Frieden und eine eine~~
97 neue sozial-ökologische Weltwirtschaft und gegen Krieg und Aufrüstung entsteht. Nach dem
98 Dogma der ~~Markgläubigkeit~~ Marktgläubigkeit und angesichts globaler Krisen braucht es eine Kraft, die
99 ~~Gemeinwohl~~ menschliches Wohl vor Profit stellt. Diese Zeit braucht eine mutige, radikale und ~~realistische~~ revolutionäre Politik von links.
99 Das ist unser Anspruch und dafür stellen wir uns neu auf.

Begründung

Die Einführung vom Leitantrag beinhaltet keine konkrete Feststellung über den Kapitalismus als Ursache von Krise und Konflikte. Wirkliche materielle Probleme der lohnabhängigen Bevölkerung werden nur unzureichend aufgezählt. Der Zusammenhang zwischen kapitalistischem Wirtschaftssystem und Krise, besonders auch ökologischer Krise werden nicht eindeutig herausgestellt. Es werden nur unzureichend Schlussfolgerungen aus Wahlniederlagen für Parteaufbau und notwendiger Neuausrichtung gemacht.

Antrag L01.101.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 101 - 115

~~101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt— das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz— im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5-Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer~~

~~113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.~~

In den vergangenen Jahren ist es uns nicht gelungen, DIE LINKE als Partei für einen sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft zu profilieren, der von den Bedürfnisse und Interessen der Mehrheit der Menschen, der Arbeitenden und der wirtschaftlich Benachteiligten ausgeht. Die Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation wird viel Arbeit erfordern. Wir wollen sie damit verbinden, die Arbeit und die Position der Arbeitenden in der Wirtschaft zu stärken und aufzuwerten. Der Weg zur Klimaneutralität muss sozial gestaltet werden um erfolgreich zu sein. DIE LINKE stellt dabei folgende Forderungen in den Mittelpunkt:

116

- ein Klima-Job-Programm für hunderttausende neue, zukunftssichere und gut bezahlte Arbeitsplätze;
- wirksame Mitbestimmung der Beschäftigten und eine demokratische Steuerung der Transformation unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerung, von Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden;
- konsequenter Ausbau und Qualitätsverbesserung der öffentlichen Verkehrsangebote, die zugleich preisgünstiger werden müssen, sowie ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld, das bei geringerem Einkommen deutlich stärker entlastet als die bisherige Entfernungspauschale.

Soziale und ökologische Politik sind kein Gegensatz – im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition, die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Für eine Profilierung der LINKEN in der Klimapolitik ist es vorrangig erforderlich, ihren sozialen Gestaltungsanspruch deutlich zu machen und zwar mit konkreten Forderungen, die die Menschen sich merken können und die sie mehrheitlich positiv bewerten. Nur dann kann das die der LINKEN zugeschriebene Kompetenz auf diesem Feld erhöhen. Zum Mobilitätsgeld siehe auch Antrag G07.

Antrag L01.101.2: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

Nils Böhlke (BAG Betrieb und Gewerkschaft · Nr. 248)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 101 - 103

~~101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt – das werden wir ändern.~~ Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen

106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Das gilt nur für einen Teil der Partei und ist zudem auch eine völlig unnötige Selbstkasteiung.

Antrag L01.102.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

| | |
|--------------------------|--|
| Antragsteller*in: | Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf / Hoheluft-Ost |
|--------------------------|--|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 102 - 103

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend ~~in den Mittelpunkt~~
103 ~~unserer Politik gestellt~~ mit der Gegnerschaft zu den Profiteuren der sozialen Ungleichheit und des
Raubbaus an der Natur, mit der Involvierung der großen Mehrheit in diese Kämpfe und mit der
eigenständig akzentuierten Beteiligung an bereits vorhandenen (internationalen) Bewegungen
verbunden - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Antrag L01.106.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

| | |
|--------------------------|----------------------------|
| Antragsteller*in: | BAG Betrieb & Gewerkschaft |
|--------------------------|----------------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 106

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Dort wo es Interessengegensätze gibt, beispielsweise zwischen Beschäftigten
umweltschädlicher Technologien und dem Anspruch an eine saubere Umwelt, suchen wir mit allen
Beschäftigten nach einer nachhaltigen Lösung, die nicht zu einer Verschlechterung der
Lebenssituation der Kolleginnen und Kollegen führt. Wir müssen die lautstarke Stimme für
diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Wir können nicht so tun als ob es keine Interessengegensätze in diesem Bereich gibt. Viele Kolleginnen und Kollegen haben sich in den letzten Jahren auf den Weg gemacht um hier gemeinsame Lösungen zu finden. Anstatt die Probleme zu ignorieren, sollten wir die bestehenden Bemühungen unterstützen.

Antrag L01.106.2: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 106

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen ~~die lautstarke Stimme für diejenigen werden~~ dazu ermuntern, für ihre
Interessen zu kämpfen, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine

Begründung

Es ist eine Illusion, dass wir als Partei ohne die Organisation der Betroffenen an den bestehenden Verhältnissen etwas ändern können. Diese Illusion wird zwar von Mehrheiten geteilt, aber wir sollten sie nicht noch bestärken.

Antrag L01.108.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in: Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 108

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Umwelt- und Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Klima ist leidernichtalles. DienatürlichenLebensbedingungen sind Klima, Biodiversität und
Naturressourcen. Sie müssen geschützt werden, denn die Bedrohung der natürlichen
Lebensgrundlagen kommt auch aus dieser Richtung.

Antrag L01.109.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in: Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 109

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik

105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am ~~1,5-Grad-Ziel~~Ziel des Klimaschutzes genauso festhält wie am Ziel einer
armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Wie bereits im vorherigen Änderungsantrag zu Zeile 81 ausgeführt, ist das 1,5 Grad- Ziel politisch nicht mehr umsetzbar und das Festhalten am 1,5° Ziel somit unseriös. Es ist Zeit, dass wir zeigen, dass wir die Expertise und die Ehrlichkeit haben, als erste von den Parteien die Realität anzuerkennen. Als einzige echte Opposition müssen wir ehrlich sein. Es gilt nun dafür zu sorgen, dass die Katastrophe nicht zur Apokalypse wird. Dies ist bereits eine Mammutaufgabe. Auf eine Zukunft mit viel mehr Elend in der Welt müssen wir uns einstellen und alles mobilisieren, dieses abzuschwächen.

Antrag L01.110.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 110

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare ~~Alternative zur Politik der Ampel Koalition,~~Politik,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Üblicher Satzbau bei Relativsätzen- der Originalsatz kann leicht zu Missverständnissen führen. Außerdem sollen wir uns präsentieren und weniger die Ampel erwähnen - CDU und AfD haben an den genannten Punkten im Übrigen auch kein Interesse.

Antrag L01.111.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 111

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der ~~unteren Hälfte~~ Mehrheit der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Es ist nicht ersichtlich, weshalb wir „die Mitte“ nicht in unsere Argumentation mit einbeziehen sollten.

Antrag L01.112.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 112

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: ~~Klimaschutz~~ Klima-, Umwelt- und
113 Naturressourcenschutz mit sozialer
114 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und

114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: Gemeinwohl vor Profit.

Begründung

Klima ist leider nicht alles. Die natürlichen Lebensbedingungen sind Klima, Biodiversität, Naturre Ressourcen. Sie müssen geschützt werden, denn die Bedrohung der natürlichen Lebensgrundlagen kommen auch aus dieser Richtung.

Antrag L01.115.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 115

101 In den vergangenen Jahren haben wir den Kampf gegen die Klimakatastrophe und das
102 Aufzeigen einer sozial-ökologischen Alternative nicht ausreichend in den Mittelpunkt
103 unserer Politik gestellt - das werden wir ändern. Als LINKE werden wir den sozialen
104 und ökologischen Systemwechsel ins Zentrum rücken. Soziale und ökologische Politik
105 sind kein Gegensatz - im Gegenteil. Soziale und ökologische Gerechtigkeit hängen
106 voneinander ab. Wir müssen die lautstarke Stimme für diejenigen werden, die das Ende
107 des Monatseinkommens genauso fürchten wie die Zerstörung des Planeten. Wir machen uns
108 für konsequenten Klimaschutz und für soziale Garantien stark. DIE LINKE stellt sich
109 auf als Partei, die am 1,5 Grad-Ziel genauso festhält wie am Ziel einer armutsfreien
110 Gesellschaft. Wir formulieren eine klare Alternative zur Politik der Ampel-Koalition,
111 die die Interessen der Beschäftigten und der unteren Hälfte der Gesellschaft beim
112 sozial-ökologischen Umbau in den Mittelpunkt stellt: Klimaschutz mit sozialer
113 Absicherung für alle; klimaneutrale Arbeitsplätze mit Zukunft, guten Löhnen und
114 echter Mitbestimmung; Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen. Kurz, eine
115 gerechte Transformation: ~~Gemeinwohl vor Profit~~Der Weg zum guten Leben für alle.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.116.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in: BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 116

116 ~~Anonyme~~ Marktkräfte, Profitinteressen und Konzernmanager dürfen nicht länger über
117 unsere Zukunft entscheiden! Wir wollen, dass die Bürger*innen und die Beschäftigten
118 demokratisch über wirtschaftliche Entscheidungen mitbestimmen können. Unser Ziel ist
119 eine Stärkung des Öffentlichen gegen die Dominanz privater Konzerne und

120 Profitinteressen. DIE LINKE ist mehr als ein soziales Korrektiv, wir wollen eine neue
121 Wirtschaftsordnung nach dem Neoliberalismus und jenseits des fossilen Kapitalismus.
122 So wie es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann, kann es auch keinen
123 Sozialismus ohne Ökologie, ohne ein Ende des Raubbaus an der Natur geben.
124 Sozialistische Politik ist daher mehr als die Forderung nach einer gerechteren
125 Verteilung von Einkommen und Vermögen und einer Wiederherstellung des Sozialstaates:
126 Es geht um neue, demokratische und nachhaltige Weisen zu arbeiten und zu produzieren,
127 um die ökologische Transformation von Industriestrukturen, eine nachhaltige
128 Landwirtschaft und eine neue Qualität öffentlicher Infrastruktur, die ein gutes Leben
129 für alle möglich macht.

Begründung

Selbstverständlich gibt es eine herrschende Klasse, die nicht anonym ist, sondern es handelt sich um konkrete Personen, die aber ein Teil des Systems Kapitalismus sind.

Antrag L01.120.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Antragsteller*in:

Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 120

116 Anonyme Marktkräfte, Profitinteressen und Konzernmanager dürfen nicht länger über
117 unsere Zukunft entscheiden! Wir wollen, dass die Bürger*innen und die Beschäftigten
118 demokratisch über wirtschaftliche Entscheidungen mitbestimmen können. Unser Ziel ist
119 eine Stärkung des Öffentlichen gegen die Dominanz privater Konzerne und
120 ProfitinteressenProfitinteressen. Dazu ist auch eine Überführung der Banken und Konzerne in
öffentliches Eigentum und bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende
Bevölkerung eine Voraussetzung. Nur auf dieser Grundlage kann die zerstörerische Konkurrenz
privater Konzerne um Profite und Märkte durch eine an den Bedürfnissen der Menschen
orientierte, ökologisch nachhaltige, demokratische Planung und Kooperation ersetzt werden. DIE
LINKE ist mehr als ein soziales Korrektiv, wir wollen eine neue
121 Wirtschaftsordnung nach dem Neoliberalismus und jenseits des fossilen Kapitalismus.
122 So wie es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann, kann es auch keinen
123 Sozialismus ohne Ökologie, ohne ein Ende des Raubbaus an der Natur geben.
124 Sozialistische Politik ist daher mehr als die Forderung nach einer gerechteren
125 Verteilung von Einkommen und Vermögen und einer Wiederherstellung des Sozialstaates:
126 Es geht um neue, demokratische und nachhaltige Weisen zu arbeiten und zu produzieren,
127 um die ökologische Transformation von Industriestrukturen, eine nachhaltige
128 Landwirtschaft und eine neue Qualität öffentlicher Infrastruktur, die ein gutes Leben
129 für alle möglich macht.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L01.121.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 121

116 Anonyme Marktkräfte, Profitinteressen und Konzernmanager dürfen nicht länger über
117 unsere Zukunft entscheiden! Wir wollen, dass die Bürger*innen und die Beschäftigten
118 demokratisch über wirtschaftliche Entscheidungen mitbestimmen können. Unser Ziel ist
119 eine Stärkung des Öffentlichen gegen die Dominanz privater Konzerne und
120 Profitinteressen. DIE LINKE ist mehr als ein soziales Korrektiv, wir wollen eine neue
121 Wirtschaftsordnung nach dem Neoliberalismus und jenseits des ~~fossilen~~-Kapitalismus.
122 So wie es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann, kann es auch keinen
123 Sozialismus ohne Ökologie, ohne ein Ende des Raubbaus an der Natur geben.
124 Sozialistische Politik ist daher mehr als die Forderung nach einer gerechteren
125 Verteilung von Einkommen und Vermögen und einer Wiederherstellung des Sozialstaates:
126 Es geht um neue, demokratische und nachhaltige Weisen zu arbeiten und zu produzieren,
127 um die ökologische Transformation von Industriestrukturen, eine nachhaltige
128 Landwirtschaft und eine neue Qualität öffentlicher Infrastruktur, die ein gutes Leben
129 für alle möglich macht.

Begründung

Erstens wollen wir den Kapitalismus abschaffen und nicht nur eine bestimmte Form desselben und zweitens ist der Begriff „fossiler Kapitalismus“ keine sinnvolle Bezeichnung des Wirtschaftssystems.

Antrag L01.129.1: Änderungsantrag zu L01-02

Änderungsantrag zu L01-02

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 129

116 Anonyme Marktkräfte, Profitinteressen und Konzernmanager dürfen nicht länger über
117 unsere Zukunft entscheiden! Wir wollen, dass die Bürger*innen und die Beschäftigten
118 demokratisch über wirtschaftliche Entscheidungen mitbestimmen können. Unser Ziel ist
119 eine Stärkung des Öffentlichen gegen die Dominanz privater Konzerne und
120 Profitinteressen. DIE LINKE ist mehr als ein soziales Korrektiv, wir wollen eine neue
121 Wirtschaftsordnung nach dem Neoliberalismus und jenseits des fossilen Kapitalismus.
122 So wie es keinen Sozialismus ohne Demokratie geben kann, kann es auch keinen
123 Sozialismus ohne Ökologie, ohne ein Ende des Raubbaus an der Natur geben.
124 Sozialistische Politik ist daher mehr als die Forderung nach einer gerechteren
125 Verteilung von Einkommen und Vermögen und einer Wiederherstellung des Sozialstaates:
126 Es geht um neue, demokratische und nachhaltige Weisen zu arbeiten und zu produzieren,
127 um die ökologische Transformation von Industriestrukturen, eine nachhaltige
128 Landwirtschaft und eine neue Qualität öffentlicher Infrastruktur, die ein gutes Leben
129 für alle möglich macht.

Klima-, Umwelt-und Ressourcengerechtigkeit heißt, Solidarität international zu denken

Die Klimakrise ist wie alle anderen ökologischen Krisen ein globales Problem, das nur in globaler

Zusammenarbeit gelöst werden können. Dies kann nur gelingen, wenn soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität ins Zentrum gerückt werden. Für Klimagerechtigkeit ist die globale Perspektive keine Randnotiz, sondern die Grundlage für zukunftsweisende Politik. Viele Menschen aus dem Globalen Süden sind nicht nur Hauptleidtragende der Klimakatastrophe, ohne diese überhaupt mitverursacht zu haben, sondern auch der imperialen und kolonialen Lebensweise des Globalen Nordens insgesamt. Einerseits fließt eine stetig steigende Menge an Rohstoffen, die unter erheblichen Schäden an Menschen und Ökosystemen in den Herkunftsländern abgebaut wird, in den Globalen Norden, also zu uns. Andererseits übersteigt der Geldfluss von Süd nach Nord den in umgekehrte Richtung, z.B. in Form von Entwicklungszusammenarbeit, um ein Vielfaches, vor allem durch die Tilgung von Schulden. In diesem Sinn bedeutet Klimagerechtigkeit, unsere Wirtschaft und Gesellschaft schnellstmöglich ökologisch und klimaverträglich umzubauen. Dieser Herausforderung müssen wir uns als Linke stellen, um auf die zu erwartenden zunehmenden Krisen angemessene und zeitgemäße Antworten zu entwickeln. Das heißt, andere Wohlstandsmodelle aufzubauen und zu unterstützen, die nicht auf steigenden individuellen und ungerecht verteilten Konsum angewiesen sind. Stattdessen brauchen wir Strukturen kollektiver Daseinsvorsorge, die auf sorgsamem Umgang mit natürlichen Ressourcen in regionalisierten Wirtschaftskreisläufen fußen mit starkem Fokus auf Reparatur, Upcycling und Umnutzung vorhandener Produkte. Für unsere Beziehung insbesondere zum Globalen Süden muss das heißen, unsere historische Klimaschuld anzuerkennen und durch Schuldenerlass und Reparationen Länder des Globalen Südens darin zu unterstützen, eine zukunftsfähige Wirtschaft zu entwickeln. Dafür machen wir uns auch in der EU stark.

Begründung

Der internationale Bezug im Antrag ist unzureichend, denn er fehlt beinahe gänzlich. Durch den Einschub soll dieser Mangel behoben werden.

Antrag L01.130.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: Sozialistische Linke

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 130

130 ~~Klimaneutral bis 2035~~—Die Energiewende vorantreiben

Begründung

Klimaneutralität bis 2035 ist real nicht erreichbar, aber auch wenn es später als 2035 wird, ist es wichtig und mindert die Klimakatastrophe. Nicht zu erreichende Zielformulierungen sind hier nicht sinnvoll.

Antrag L01.131.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf /

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 130

130 **Klimaneutral bis 2035 - Die Energiewende vorantreiben**

Zeile 131 - 136

~~131 Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat nochmals die Dringlichkeit des Ausstiegs
132 aus den fossilen Energien Kohle, Öl und Gas deutlich gemacht. Dennoch werden jetzt
133 Stimmen laut, die statt auf Erneuerbare Energien weiter auf Kohle und Atom setzen.
134 Als LINKE sagen wir: Hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2035
135 ist notwendig und machbar. Unsere Perspektive einer regionalen Energiewende in
136 öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand ist der beste Weg dahin.~~

- Als LINKE sagen wir: Hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2035 ist notwendig und machbar. Unsere Perspektive einer regionalen Energiewende in öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand ist der beste Weg dahin.

Zeile 137 - 138

~~137 Notwendig ist dafür nicht weniger als das größte Investitionsprogramm in der
138 Geschichte der Bundesrepublik.~~

Zeile 139 - 144

~~139 Auch Umweltverbände kritisieren, dass die von der Ampel versprochenen 200 Milliarden
140 Euro für den Klimaschutz eine „Luftbuchung“ sind, da sie nur bereits eingeplante
141 Investitionen symbolträchtig zusammenrechnen. Das reicht hinten und vorne nicht, um
142 uns im jetzt erforderlichen Rekordtempo aus der Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle zu
143 lösen. Wir schlagen ein zusätzliches Investitionsprogramm über 20 Milliarden jährlich
144 alleine für die Energiewende vor.~~

Zeile 145 - 155

~~145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere
146 Energieversorgung krisensicherer. Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender
147 Deckel“) muss aufgehoben werden. Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von
148 den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand
149 holen. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-
155 und Gasheizungen ersetzt werden.~~

Zeile 156 - 161

~~156 Um den Energieverbrauch in Gebäuden zu senken und bis 2035 einen klimaneutralen
157 Gebäudebestand zu erreichen, wollen wir einen bundesweiten Klimacheck für alle Gebäude
158 und verbindliche und sozial ausgerichtete Stufenpläne für die Gebäudemodernisierung.~~

~~159 Die Sanierungsquote muss mindestens verdreifacht werden – und warmmietenneutral sein.
160 Die CO2-Steuer darf nicht auf die Miete umgelegt werden. Wir lassen nicht zu, dass
161 die Kosten auf die Mieter*innen abgewälzt werden!~~

Zeile 162 - 171

~~162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.~~

- Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise. Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand holen. Wir wollen die Förderung der erneuerbaren Energien auf Stadtwerke, Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten.
- Die CO2-Steuer darf nicht auf die Miete umgelegt werden. Wir lassen nicht zu, dass die Kosten auf die Mieter*innen abgewälzt werden!
- Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate. Strom und Gassperren müssen verboten werden.
- Wir unterstützen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb der Inflation.

Begründung

Antragsheft 1, Seite 95-99, Zeile 130 - 300, kürzen und ändern
Klare Kampfziele für Opposition und außerparlamentarische Bewegung statt Träume für eine Regierung, die wir nicht sind.

Antrag L01.136.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 136

131 Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat nochmals die Dringlichkeit des Ausstiegs
132 aus den fossilen Energien Kohle, Öl und Gas deutlich gemacht. Dennoch werden jetzt
133 Stimmen laut, die statt auf Erneuerbare Energien weiter auf Kohle und Atom setzen.
134 Als LINKE sagen wir: Hundertprozentige Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2035
135 ist notwendig und machbar. Unsere Perspektive einer regionalen Energiewende in
136 öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand ist der beste Weg dahin. Privatisierte
Energieunternehmen, die von der Preistreiberei auf den fossilen Energiemärkten profitieren,

wollen wir re-kommunalisieren und in neue demokratisch verwaltete, kommunale Unternehmen überführen, die die Energie- und Wärmewende vorantreiben.

Antrag L01.144.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 144

139 Auch Umweltverbände kritisieren, dass die von der Ampel versprochenen 200 Milliarden
140 Euro für den Klimaschutz eine „Luftbuchung“ sind, da sie nur bereits eingeplante
141 Investitionen symbolträchtig zusammenrechnen. Das reicht hinten und vorne nicht, um
142 uns im jetzt erforderlichen Rekordtempo aus der Abhängigkeit von Gas, Öl und Kohle zu
143 lösen. Wir schlagen ein zusätzliches Investitionsprogramm über 20 Milliarden jährlich
144 alleine für die Energiewende vor.

Außerdem fordern wir eine sofortige Abschaltung aller AKWs und vorgezogene Abschaltung aller Kohlekraftwerke in wenigen Jahren bei voller Lohn- und Beschäftigungsgarantie, sowie die sofortige Einstellung des Braunkohleabbaus. Im weiteren befürworten wir eine Verstaatlichung der Energiekonzerne und deren demokratische Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. Finanziert muss diese Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energie durch die Gewinne und Vermögen der Energiewirtschaft, sowie Gewinne der Krisenprofiteure.

Begründung

Die Forderungen für eine sozial-ökologische Transformation in der Energiewirtschaft sind zu unkonkret, genauso wie die Finanzierungspläne. In Anbetracht der ökologischen Lage sind sie nicht radikal genug. Sie erfüllen die nötigen Anforderungen zur Klimarettung nicht.

Die Möglichkeit und Notwendigkeit einer automatischen Lohnanpassung an die hohen Preise und gravierende Inflation wird nicht mit einbezogen.

Antrag L01.145.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 145 - 149

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. ~~Das macht unsere~~
146 ~~Energieversorgung krisensicherer.~~ Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender
147 Deckel“) muss aufgehoben werden. ~~Die Energieversorgung und die Netze~~ Mittelspannungsnetze in kommunaler und öffentlicher Hand sorgen für eine regionale, effiziente und krisenresistente Stromversorgung. Damit bei der überregionalen Planung der Energiewende nicht die Renditeerwartungen privater Investoren im Fokus stehen, wollen wir ~~von~~
148 ~~den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand~~
149 ~~holen~~ die Übertragungsstromnetze verstaatlichen. Direktinvestitionen in erneuerbare Stromerzeugungsanlagen stärken die Stromerzeugung in öffentlicher Hand. Wir wollen die

Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-
155 und Gasheizungen ersetzt werden.

Begründung

-Wärme, Strom, Bewegung—all das ist Energie. Dieser Abschnitt behandelt die Stromerzeugung und Stromübertragung. Um Missverständnisse zu vermeiden, sollte das entsprechend ausformuliert werden.

-Die Netze gehören schon lange nicht mehr den „großen vier“ Energiekonzernen. Die vier großen Übertragungsnetze gehören nicht in kommunale oder genossenschaftliche Hand, vielmehr bedarf es hier einer überregionalen Planung. Beim Mittelspannungsnetz hingegen sind regionale Konzepte sinnvoll.

-Rund drei Viertel der klimaneutralen Energieversorgung muss in den nächsten Jahren neu aufgebaut werden. Statt in die fossile und atomare Infrastruktur der Energiekonzerne zu investieren, sollten staatliche Mittel direkt in erneuerbare Energieerzeugeranlagen investiert werden.

weitere Antragsteller*innen

Delegierte:

Kim Sophie Bohnen, Marina Stengel-John, Nadja Lütich, Dagmar Modrow, Katharina Horn, Andrei Yagoubov, Inge Hoeger, Jan Lieberum, Edith Bartelmus-Scholich, Marlene Wenzl, Julian Schneiderath, Helen Klee, Lara Scheunemann, Linus Hagemann, Nina Treu, Christiane Kliemann, Steffen Kühne, Christian Wiedemann, Tino Marwitz, Mischa Kreuzer

Antrag L01.146.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

| | |
|--------------------------|--------------------------------------|
| Antragsteller*in: | KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit |
|--------------------------|--------------------------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 146 - 147

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere
146 Energieversorgung krisensicherer. Die ~~Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender-~~
147 ~~Deckel“) muss aufgehoben werden. Die~~ Energieversorgung und die Netze wollen wir von
148 den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand
149 holen. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-
155 und Gasheizungen ersetzt werden.

Begründung

Der Leitantrag wird hier von der Wirklichkeit überholt. Die Abschaffung des atmenden Deckels ist im aktuellen Gesetzesentwurf der Bundesregierung „Entwurf eines Gesetzes zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor“ enthalten.

weitere Antragsteller*innen

Kim Sophie Bohnen, Marina Stengel-John, Nadja Lütich, René Jokisch, Dagmar Modrow, Katharina Horn, Andrei Yagoubov, Inge Hoeger, Jan Lieberum, Edith Bartelmus-Scholich, Marlene Wenzl, Julian Schneiderath, Helen Klee, Lara Scheunemann, Linus Hagemann, Nina Treu, Christiane Kliemann, Steffen Kühne, Christian Wiedemann, Tino Marwitz, Mischa Kreutzer

Antrag L01.147.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

| | |
|--------------------------|-----------------------|
| Antragsteller*in: | KV Marburg-Biedenkopf |
|--------------------------|-----------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 147 - 149

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere
146 Energieversorgung krisensicherer. Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender
147 Deckel“) muss aufgehoben werden. ~~Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von~~
148 ~~den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und~~
genossenschaftliche Stromerzeuger und Stromdistributoren müssen in öffentliche Hand
149 holen überführt werden, um allen einen gerechten und bezahlbaren Zugang zu Strom zu
ermöglichen. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-
155 und Gasheizungen ersetzt werden.

Begründung

Bereiche, die für die Gewährleistung eines würdigen Lebens notwendig sind (Daseinsfürsorge), dürfen nicht in der Hand des Marktes liegen.

Antrag L01.149.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

| | |
|--------------------------|----------------------------------|
| Antragsteller*in: | OV Seehausen (LV Sachsen-Anhalt) |
|--------------------------|----------------------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 149

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere
146 Energieversorgung krisensicherer. Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender
147 Deckel“) muss aufgehoben werden. Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von

148 den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand
149 holen. Schon im laufenden Jahr und besonders in 2023 müssen Millionen Haushalte in
Deutschland mit hohen Nachzahlungsforderungen der Energieversorger rechnen. Da wegen der
energiepolitischen Lage viele alternative und ökologisch-nachhaltige Versorger Insolvenz
anmelden mussten, diktieren zunehmend die großen Konzerne die Preise und verdienen an der
Krise. Besonders die Menschen mit geringen Einkommen werden so existenziell bedroht.
Der Bundesparteitag schlägt allen Landesverbänden vor, ab sofort für Volksentscheide initiativ zu
werden, um im Bündnis mit anderen fortschrittlichen Kräften eine Kampagne für die Enteignung
der großen Energiekonzerne ins Leben zu rufen, da nur auf den Landesebenen die rechtlichen
Voraussetzungen für Volksentscheide bestehen.
Nach einem Erfolg des jeweiligen Volksentscheids fordern wir für den Zeitraum bis zur
Durchführung der Enteignungen die treuhänderische Kontrolle der Energiekonzerne durch die
Bundesnetzagentur, wie sie bereits im Fall des Tochterunternehmens von „Gazprom“ praktiziert
wurde und wird. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-
155 und Gasheizungen ersetzt werden.

Zeile 162 - 163

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die ~~großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.~~
163 ~~Die~~ Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

Begründung

Anknüpfend an den Erfolg von „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ gehen wir einen konsequenten Schritt in Richtung energiepolitischer Daseinsvorsorge.

Antrag L01.154.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 154

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere
146 Energieversorgung krisensicherer. Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender
147 Deckel“) muss aufgehoben werden. Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von
148 den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand
149 holen. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,

150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 Es braucht einen geförderten, verpflichtenden Ausbau von Solardächern auf
Mehrfamilienhäusern, auch um insbesondere für die Mieterinnen und Mieter die Energiekosten zu
senken und die Energiewende für sie attraktiv zu machen. Durch ein massives Förderprogramm
für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-
155 und Gasheizungen ersetzt werden.

Begründung

Bislang finden sich Solardächer aufgrund der Förderungsvorgaben fast ausschließlich auf Einfamilienhäusern. Dabei ist die dominante Wohnform das Wohnen zur Miete in Mehrfamilienhäusern. Um die Energiewende wirklich voranzutreiben, müssen die Solardächer endlich auf die Mehrfamilienhäuser. Dies muss massiv staatlich gefördert werden und die Energiekosteneinsparungen sollten ausschließlich den Mieterinnen und Mietern zugute kommen.

Antrag L01.154.2: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 154 - 155

145 Insbesondere die dezentrale Energieversorgung muss ausgebaut werden. Das macht unsere
146 Energieversorgung krisensicherer. Die Deckelung der Ausbauziele (sog. „atmender
147 Deckel“) muss aufgehoben werden. Die Energieversorgung und die Netze wollen wir von
148 den „großen vier“ Energiekonzernen zurück in kommunale und genossenschaftliche Hand
149 holen. Wir wollen die Förderung der Erneuerbaren Energien auf Stadtwerke,
150 Genossenschaften und Bürgerenergieprojekte hin ausrichten. Die Kommunen müssen an den
151 Planungen und Erträgen privater Investoren in Windkraftanlagen, Photovoltaik-
152 Kraftwerken und Energiespeichern beteiligt werden. Wir setzen uns für verpflichtende
153 Solardächer, nicht nur für Neubauten, sondern auch für geeignete Bestandsgebäude ein.
154 ~~Durch ein massives Förderprogramm für eine Million effiziente Wärmepumpen können Öl-~~
155 ~~und Gasheizungen~~Allen Menschen muss der Zugang zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung
ermöglicht werden. Dabei kommen überwiegend zwei Techniken zum Einsatz: Der Ausbau von
Wärmenetzen und der Ersatz fossiler Heizungen durch dezentrale Wärmepumpen. Für den Aufbau
und die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung sind Stadtwerken und kommunalen
Energieversorgern jährlich Mittel in zweistelligen Milliardenhöhen zur Verfügung zu stellen. Rund
14 Millionen fossile Heizanlagen müssen zur Erreichung der Klimaneutralität durch
Wärmepumpen ersetzt werden. Um Ressourcen zu schonen, bedarf es der Einbettung in eine
kommunale Wärmeleitplanung, damit nicht dort Wärmepumpen verbaut werden, wo ein
Anschluss an Wärmenetze möglich ist.

Begründung

- Der Leitantrag wird hier von der Wirklichkeit überholt. Die Bundesregierung plant den Einbau von 6 Millionen Wärmepumpen bis 2030. Für das Erreichen der Klimaneutralität müssen ca. 14 Millionen fossile Heizungen durch Wärmepumpen ersetzt werden, so die Denkfabrik „Agora Energiewende“ in

einer Studie von 2021.

- Gleichzeitig müssen überall dort, wo es möglich ist, Wärmenetze entstehen bzw. ausgebaut werden. Diese sind gleichzeitig zu dekarbonisieren.
- Der Ausbau von Wärmenetzen und Einbau von Wärmepumpen wird zu einem massiven Rückgang der Gasnachfrage führen – der bisherigen Haupteinnahmequelle vieler Stadtwerke und kommunaler Energieversorger. Als Unternehmen in öffentlicher Hand können sie die Netzentgelte nicht auf immer weniger Kunden verteilen, sondern müssten ab einem gewissen Punkt zumindest für finanziell schwächere Kunden die Energieversorgung subventionieren. Für einen sozial verträglichen Rückbau des Gasverteilernetzes und den gleichzeitig stattfindenden Aufbau und die Dekarbonisierung der Wärmenetzen sind deshalb Mittel in Milliardenhöhe zur Verfügung zu stellen.

Antrag L01.162.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

Partei Vorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 162 - 171

~~162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz IV Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.~~

Statt Aufrüstung – 100-Milliarden für nachhaltige Entlastung der Bevölkerung

172

Zur Kompensation der akut explodierenden Energiekosten und Preise fordern wir ein Entlastungspaket.

Für acht Monate lang wollen wir Haushalte mit sofort wirksamen Einmalzahlungen entlasten: monatlich 125 Euro für jeden Haushalt (sowie 50 Euro monatlich für jedes weitere Mitglied des Haushaltes).

173

Strom sparen, aber sozial gerecht: Wir wollen ein kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum Stromsparen geschaffen. Strom und Gassperren müssen verboten werden.

Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9-Euro-Tickets im ÖPNV ist ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als bürokratisches Monster. Ein Strohfeuer reicht nicht, um die Menschen zu entlasten und eine sozial-ökologische Verkehrswende voranzubringen. Wir fordern, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu machen und als Sofortmaßnahme das 9-Euro-Ticket zu verlängern. Günstige Fahrpreise alleine helfen den Menschen in Orten, wo kein Bus mehr fährt, noch nicht. Wir fordern, dass massiv in Kapazitäten, Taktung und Personal investiert wird.

174

Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld einführen. Wir wollen die Entfernungspauschale und die Mobilitätsprämie in ein einheitliches und

einkommensunabhängiges Mobilitätsgeld von zehn Cent pro Entfernungskilometer überführen.

Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, wollen wir das Wohngeld und die Transferleistungen (für Grundsicherungsempfänger) um mindestens 200 Euro monatlich erhöhen. Um wirksam gegen die rasant steigende Kinderarmut vorzugehen, muss schnellstmöglich eine Kindergrundsicherung in Höhe von 699,00 Euro monatlich eingeführt werden.

175

Energie- und Lebensmittelpreise staatlich kontrollieren, Mieten deckeln: Die großen Energiekonzerne und Supermarktketten verdienen an der Krise. Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Auch die Vergesellschaftung von Raffinerien und Energieproduzenten ist ein Instrument, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Auch bei Lebensmittelpreisen muss eine staatliche Kontrolle greifen, die Spekulation und Extra-Profite auf Kosten der Bevölkerung verhindert. Mietpreise und Gewerbemieten wollen wir bundesweit deckeln.

Antrag L01.162.2: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 162 - 163

- 162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne ~~verdienen an der Krise.~~
163 ~~Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden~~ müssen in Staatseigentum überführt werden.
Bis dahin wollen wir die Krisenprofiteure zu Kasse bitten und die Zufalls- oder Übergewinne abschöpfen, um sie als Sonderzahlungen an Menschen auszuschütten, die besonders unter den gestiegenen Lebenshaltungskosten leiden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

Begründung

Die Energiekonzerne gehören zur Daseinsvorsorge und damit in öffentliche Hand. Ein großer Teil der Preissteigerung lässt sich auf Spekulationen und nicht auf reale Knappheiten zurückführen, wodurch die Gewinnspanne der Unternehmen steigt.

Antrag L01.162.3: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), BV Charlottenburg-Wilmersdorf, Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin)

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 162 - 169

- 162 ~~Strom sparen, aber sozial gerecht:~~ Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. ~~Wir~~ Haushalten mit
geringem Einkommen wollen ~~ein-~~
165 ~~kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den~~
166 ~~durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum~~
167 ~~Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die~~
168 ~~sofortige und künftig automatische Erhöhung der~~ unter Berücksichtigung der jeweils konkreten
Rahmenbedingungen ein deutlich vergünstigtes Grundkontingent an Strom und Gas in Höhe des
durchschnittlichen Verbrauchs zur Verfügung stellen. Es wird eine Lösung angestrebt, die die
Einkommensprogression berücksichtigt. Alles, was über den durchschnittlichen Verbrauch
hinausgeht, wird teurer - für alle. Damit werden Anreize zum Strom sparen geschaffen. Da die
Hartz-IV-Sätze ~~um die Inflationsrate-~~
169 ~~Strom~~ systematisch kleingerechnet werden, treffen die aktuellen Preissteigerungen Menschen in
der Grundsicherung besonders hart. Wir fordern, den Regelsatz angemessen methodisch korrekt
zu berechnen (u. a. unsachgemäße Vermischung von Statistik- und Warenkorbmodell beenden)
und angesichts der Preisexplosion für einen zeitnahen Inflationsausgleich in der Grundsicherung
zu sorgen. Strom- und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten
und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

Begründung

- Die Antragsteller:innen sind der Auffassung, dass Haushalte mit geringem Einkommen angesichts der steigenden Energiepreise gezielt entlastet werden müssen. Die Einführung eines „bedingungslosen Strom- und Gaseinkommens“ auch für Wohlhabende und Reiche lehnen die Antragsteller:innen hingegen ab.
- Nach Ansicht der Antragsteller:innen ist das Hauptproblem bei der Berechnung der Regelbedarfe deren systematische Kleinrechnung. Die Inflationsrate fließt in die jährliche Anpassung der Regelbedarfe bereits ein – allerdings etwas zeitverzögert, sodass die aktuellen Preissteigerungen nicht abgebildet werden.

weitere Antragsteller*innen

AK Arbeit und Soziales Charlottenburg-Wilmersdorf (Berlin)

Antrag L01.165.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

| | |
|--------------------------|--------------|
| Antragsteller*in: | KV Darmstadt |
|--------------------------|--------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 165 - 169

- 162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein

165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und ~~Gas~~Wärme für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Ob Öl-, Gasheizung oder Fernwärmeanschluss:
Eine warme Wohnung darf kein unbezahlbarer Luxus sein. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

Begründung

Gas ist nur einer von mehreren Wärmeenergieträgern. Viele Haushalte heizen zum Beispiel mit Öl, Fernwärme, Zentralheizung im Wohnhaus oder Wärmepumpen. Ein Energiegeld schafft ein kostenloses Grundkontingent an Wärme – unabhängig von der Heizanlage.

Empfehlung der BAG Klimagerechtigkeit

Antrag L01.165.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in:

KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 165 - 169

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom ~~und Gas~~ für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Ob Öl-, Gasheizung oder Fernwärmeanschluss:
Eine warme Wohnung darf kein unbezahlbarer Luxus sein. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

Begründung

Gas ist nur einer von mehreren Wärmeenergieträgern. Viele Haushalte heizen zum Beispiel mit Öl, Fernwärme, Zentralheizung im Wohnhaus oder Wärmepumpen. Ein Energiegeld schafft ein kostenloses Grundkontingent an Wärme – unabhängig von der Heizanlage.

weitere Antragsteller*innen

Kim Sophie Bohnen, Marina Stengel-John, Nadja Lütich, René Jokisch, Dagmar Modrow, Katharina Horn, Andrei Yagoubov, Inge Hoeger, Jan Lieberum, Edith Bartelmus-Scholich, Marlene Wenzl, Julian Schneiderath, Helen Klee, Lara Scheunemann, Nina Treu, Christiane Kliemann, Steffen Kühne, Christian Wiedemann, Tino Marwitz, Mischa Kreutzer

Antrag L01.168.1: Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 168

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Löhne (gleitende Lohnskala) und Hartz-IV-Sätze
um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

Begründung

Die Forderungen für eine sozial-ökologische Transformation in der Energiewirtschaft sind zu unkonkret, genauso wie die Finanzierungspläne. In Anbetracht der ökologischen Lage sind sie nicht radikal genug. Sie erfüllen die nötigen Anforderungen zur Klimarettung nicht.

Die Möglichkeit und Notwendigkeit einer automatischen Lohnanpassung an die hohen Preise und gravierende Inflation wird nicht mit einbezogen.

Antrag L01.169.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 169

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Eine solche automatische Anpassung der
Einkommen der Lohn-, Gehalts- und Transfergeld-Beziehenden an die Inflationsrate sollte auch in
die Tarifpolitik der Gewerkschaften Einkehr finden. Wir werden uns dafür stark machen. In
mehreren Ländern gab es in der Vergangenheit eine solche "Gleitende Lohnskala". Sie wurden im
Zuge des Neoliberalismus abgeschafft oder wirkungslos gemacht. Sie sollte als Regel eingeführt
werden, damit in den Tarifaueinandersetzungen und -verträgen dann wirkliche
Einkommenserhöhungen erkämpft und beschlossen werden können. Wir unterstützen die
Beschäftigten und

170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation.

Begründung

Antrag spricht für sich. Die Macht der Gewerkschaften darf durch die Inflation nicht noch weiter unterlaufen werden.

Antrag L01.170.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

| | |
|--------------------------|----------------------------|
| Antragsteller*in: | BAG Betrieb & Gewerkschaft |
|--------------------------|----------------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 170 - 171

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute ~~Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb~~
171 ~~der Inflation~~Löhne.

Begründung

Angesichts unserer eigenen Verankerung in den Gewerkschaften und einer von der Bundesregierung für 2022 prognostizierten Inflationsrate von 6,1 Prozent ist diese Forderung völlig voluntaristisch. Anstatt den Gewerkschaften Vorgaben zu machen, wie hoch die Tarifabschlüsse sein sollten, sollten wir unsere Energie lieber darauf lenken, die Beschäftigten in ihren Tarifikämpfen zu unterstützen.

Antrag L01.170.2: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

| | |
|--------------------------|----------------------|
| Antragsteller*in: | Sozialistische Linke |
|--------------------------|----------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 170 - 171

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und

170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute ~~Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb~~
171 ~~der Inflation~~ Löhne.

Begründung

Tarifverträge schließen die Gewerkschaften und Arbeitgeber autonom ab. Der Satz vermittelt den Eindruck, DIE LINKE wollte ihnen da Vorgaben machen. Klar unterstützen wir das genannte Ziel, das auch die Gewerkschaften haben, aber sie werden es nicht immer durchsetzen können, und dann ggf. trotzdem Tarifverträge mit niedrigeren Lohnzuwächsen abschließen. Weil die Alternative wäre ggf. Fortgelten der alten Verträge ganz ohne Zuwächse, wenn die Durchsetzungsfähigkeit nicht da ist. V.a. aber ist das die eigenständige Entscheidung der Gewerkschaften und der Beschäftigten und nicht die Kompetenz der LINKEN.

Antrag L01.171.1: Änderungsantrag zu L01-03

Änderungsantrag zu L01-03

| | |
|--------------------------|---------------------------|
| Antragsteller*in: | Antikapitalistische LINKE |
|--------------------------|---------------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 171

162 Strom sparen, aber sozial gerecht: Die großen Energiekonzerne verdienen an der Krise.
163 Die Strompreise müssen staatlich reguliert werden. Wir treten für die
164 Wiedereinführung der 2007 abgeschafften Strompreisgenehmigung ein. Wir wollen ein
165 kostenfreies Grundkontingent an Strom und Gas für alle. Alles, was über den
166 durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum
167 Stromsparen geschaffen. Um die Preissteigerungen sozial aufzufangen, fordern wir die
168 sofortige und künftig automatische Erhöhung der Hartz-IV-Sätze um die Inflationsrate.
169 Strom und Gassperren müssen verboten werden. Wir unterstützen die Beschäftigten und
170 ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb
171 der Inflation. Dazu bedarf es einer kämpferischen Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L01.174.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

| | |
|--------------------------|--|
| Antragsteller*in: | Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf / Hoheluft-Ost |
|--------------------------|--|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 174 - 179

173 Die Pariser Klimaziele können nur mit einem radikalen Umsteuern in der
174 Verkehrspolitik erreicht werden. ~~Der Verkehrssektor ist der einzige Bereich, der seit~~
175 ~~1990 seine klimaschädlichen Emissionen nicht reduziert hat.~~ Die gegenwärtige
176 Verkehrspolitik schädigt nicht nur das Klima, sie ist auch unsozial. Sie schließt

177 ganze Bevölkerungsgruppen von der Mobilität aus: weil sie sich Fahrpreise für Bahnen
178 und Busse nicht leisten können und weil ganze Landstriche vom öffentlichen Verkehr
179 abgekoppelt sind. Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
ausgeschlossen wird.

Zeile 180 - 192

~~180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir
182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende.~~

- Wir wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im
Alltag zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes öffentliches
Mobilitätssystem der Zukunft schaffen.

Zeile 193 - 201

~~193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9 Euro Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu
196 machen und als Sofortmaßnahmen ein 365 Euro Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld
198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen
201 nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.~~

- Wir fordern, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu machen und als Sofortmaßnahmen ein
ganzjähriges 9-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.
- Wir wollen den Güterverkehr weitgehend von der Straße und konsequent auf die Schiene holen.

Begründung

Antragsheft 1, Seite 95-99, Zeile 130 - 300, kürzen und ändern
Klare Kampfziele für Opposition und außerparlamentarische Bewegung statt Träume für eine
Regierung, die wir nicht sind.

Antrag L01.180.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 180

180 Wer Straßen baut, erntet Kfz-Verkehr. Keinen neuen Kilometer Autobahn. Die Investitionsmittel müssen für den Ausbau der Bahninfrastruktur umgewidmet werden. Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir
182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende.

Begründung

Neue Autobahnen in der Fläche aber auch in der Stadt führen nicht zur Beschleunigung des MIV, aber sie führen zu mehr Flächenversiegelung und zu mehr Verkehrslärm für Anwohner.

Antrag L01.181.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:

KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 181 - 187

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. ~~Wir~~
Mit der Bahn als Aktiengesellschaft, die darauf ausgelegt ist, Gewinne zu erwirtschaften, ist das nicht möglich. Eine Abkehr von der Profitorientierung im Personenverkehr in der Bahn hin zu einem gemeinwohlorientierten Projekt und gleichzeitig die Bedienung aller Zugstrecken in Deutschland ausschließlich durch die Deutsche Bahn ist unumgänglich. Ausgenommen davon sind internationale Strecken, die von ausländischen Bahnkonzernen betrieben werden. Dazu soll die Bahn vergesellschaftet werden und in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt werde, um sie vor Reprivatisierung zu schützen. Wir wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für
alle ~~bezahlbar~~kostenloses im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, ~~preisgünstiges~~ und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise ~~gesenkt~~abgeschafft werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende.

Begründung

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Auswirkungen der Bahnreform 1994 zu einer Verkürzung des Schienennetzes, Abhängen vieler Städte vom Fernverkehr und zu einem systematischen Abbau von Arbeitsplätzen bei der Bahn geführt haben. Zudem werden im Regionalverkehr bereits einige Strecken von privaten Betreibern bedient, was beispielsweise in einem Schutzschirmverfahren gegen Abellio mündete. Gleichzeitig steigen die Ticketpreise weiter an, so dass es für viele Strecken immer noch billiger ist, das Auto zu nehmen, anstatt sich in die Bahn zu setzen. Deshalb kann die Verkehrswende nur gelingen, wenn die Bahn wieder gemeinwohlorientiert und nicht profitorientiert handelt. Die Ampel hat vorgemacht, dass der Bahnverkehr billig sein kann, wenn es politisch gewollt ist. Wir sagen, wir können mehr: nur mit der Linken gibt es den Nah- und Fernverkehr komplett kostenfrei. Das ist nicht nur gut fürs Klima, sondern sozial gerecht; so landen beispielsweise jährlich tausende Menschen im Gefängnis, weil sie sich keinen Fahrschein leisten können.

Antrag L01.181.2: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 181

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. ~~Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir~~ E-Autos
sind keine Zukunftstechnologie. Sie sind genauso umweltschädlich und
ressourcenverschwenderisch wie Verbrenner, hinderlich einer bedarfsorientierten Transformation
der Wirtschaft und führen bei der Rettung von Arbeitsplätzen in eine Sackgasse. Sie sind lediglich
weiterer Zeitaufschub für Profite und Greenwashing der Autoindustrie. Wir
182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.182.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:

linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 182

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir
182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle **bezahlbares zugängliches** im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende.

Zeile 193

193 Das von der Ampel verkündete Paket für **lediglich** vorübergehende ~~(+)~~9-Euro-Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu
196 machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld
198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen
201 nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.186.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 186 - 192

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir
182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, **Bahnprivatisierungen**
187 **verhindert werden,** das Verkehrsangebot
188 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
189 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
190 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
191 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als

191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende. Dabei sollen auch Großkonzerne und Banken zur Kasse gebeten werden.

Begründung

Es wird sich nicht direkt genug gegen Privatisierung des ÖPNV's ausgesprochen, sowie die nötigen Finanzierungsquellen zu dessen Ausbau.

Antrag L01.187.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in: LV Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 187

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir
182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Gleichzeitig muss Deutschland endlich auch Hochgeschwindigkeitsland im Schienenverkehr werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende.

Begründung

In Spanien werden neue Bahntrassen mittlerweile für 360 km/h geplant und gebaut, während man in Deutschland Jahrzehnte an Ausbaustrecken arbeitet, auf denen Züge dann mit gemütlichen 180 km/h durch die Landschaft tuckern. In Frankreich verfügt das Hochgeschwindigkeitsnetz über eigene Trassen/Gleise und ist gesichert, während sich in Deutschland Regional-, Fern- und Güterverkehr oft ungenügend gesicherte Trassen teilen müssen.

Antrag L01.192.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in: OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 192

180 Wir wollen ein Verkehrssystem in dem alle mobil sein können und niemand
181 ausgeschlossen wird. Verkehrswende muss mehr sein als eine bloße Antriebswende. Wir

182 wollen Deutschland zum Bahnland machen und ein für alle bezahlbares im Alltag
183 zuverlässig funktionierendes, preisgünstiges und barrierefreies, vernetztes
184 öffentliches Mobilitätssystem der Zukunft schaffen. Durch den massiven Ausbau von Bus
185 und Bahn, durch vernetzte Angebote auch auf dem Land, durch öffentliche Carsharing-
186 Plattformen. Stillgelegte Bahnstrecken müssen reaktiviert werden, das Verkehrsangebot
187 ausgeweitet und die Ticketpreise gesenkt werden. Wir wollen eine Mobilitätsgarantie
188 für den ländlichen Raum, u.a. durch Rufbusse, Sharing-Modelle. Dazu muss der Bund den
189 Ländern und Kommunen zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen. Die Ampel-
190 Koalition mit FDP-Verkehrsminister blockiert aber die notwendige Verkehrswende. Als
191 LINKE fordern wir ein Investitionsprogramm über 17 Milliarden pro Jahr in die sozial-
192 ökologische Mobilitätswende. Der Deutschen Bahn muss die Kapitalverwertung und die Kontrolle durch das Kapital entzogen werden. Dafür muss der Bahnvorstand entlassen und der Aufsichtsrat aufgelöst werden. Die Verwaltung und Kontrolle muss denjenigen übertragen werden, die an einer klima-, bürger- und arbeitnehmerfreundlichen Bahn Interesse haben. Dafür sind auf regionaler Ebene Räte sowie ein zentraler bundesweiter Verwaltungsrat einzurichten aus gewählten Vertreter*innen aus Belegschaft, Bahngewerkschaften EVG und GDL, sowie Vertretern von Nutzer*innen und Initiativen für die Bahn (Allianz für Schiene, PRO Bahn, VCD, BUND, Bündnis Bahn für alle, Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21...) Die Trennung von Schiene und Netz sowie die Privatisierung von Teilen der Bahn oder Ausschreibungen mit dem Ziel privaten Betreibergesellschaften Profitquellen zu erschließen lehnen wir ab.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.193.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

| | |
|--------------------------|-----------------|
| Antragsteller*in: | Partei Vorstand |
|--------------------------|-----------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 193 - 201

~~193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9 Euro Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu
196 machen und als Sofortmaßnahmen ein 365 Euro Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld
198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen
201 nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.~~

Antrag L01.193.2: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

| | |
|--------------------------|-----------------------|
| Antragsteller*in: | KV Hersfeld-Rotenburg |
|--------------------------|-----------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 193 - 201

193 Das von der Ampel ~~verkündete Paket für vorübergehende (!)~~beschlossene 9-Euro-Tickets im ÖPNV-
194 ~~ist~~
194 ~~ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als~~
195 ~~bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu~~
196 ~~machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den~~während der Monate
Juni, Juli und August ist ein wenig
durchdachtes und schlecht vorbereitetes Strohfeuer mit fragwürdiger Wirkung. Als
Zwischenschritt auf dem Weg zu bringen.
197 ~~Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld-~~
198 ~~einführen. Mit~~
zu einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30-
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen-
ticketfreien ÖPNV, fordert DIE LINKE als Sofortmaßnahme bis auf weiteres die Einführung von
überregional gültigen ÖPNV-Tickets. Unterschiedliche Nutzungsdauern gepaart mit Staffelpreisen
sollen
201 ~~nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen~~nur
für Berufspendler*innen attraktiv sein, sondern auch umstiegsbereite Gelegenheitsnutzer*innen
anziehen.

Begründung

Der Text erklärt die Besonderheit des “bürokratischen Monsters“ beim 9-Euro-Ticket nicht und auch nicht, wieso es beim deutlich teureren 365-Euro-Ticket keines geben sollte. Ein 365-Euro-Ticket allein wird zudem kaum, im Prinzip willige, “Gelegenheitsnutzer“ für den ÖPNV überzeugen. Hier bräuchte es etwa eine Staffelung wie folgt: (Beispiel) 2,50€/Tag, 14€/Woche, 45€/Monat und 365€/Jahr

Antrag L01.195.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

| | |
|-------------------|-----------------------|
| Antragsteller*in: | KV Marburg-Biedenkopf |
|-------------------|-----------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 195 - 196

193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9-Euro-Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern ~~dagegen, den ÖPNV schrittweise~~den Nah- und Fernverkehr
sofort kostenfrei zu
196 ~~machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.~~
machen.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld
198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen
201 nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.

Begründung

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Auswirkungen der Bahnreform 1994 zu einer Verkürzung des

Schienenetzes, Abhängen vieler Städte vom Fernverkehr und zu einem systematischen Abbau von Arbeitsplätzen bei der Bahn geführt haben. Zudem werden im Regionalverkehr bereits einige Strecken von privaten Betreibern bedient, was beispielsweise in einem Schutzschirmverfahren gegen Abellio mündete- Gleichzeitig steigen die Ticketpreise weiter an, so dass es für viele Strecken immer noch billiger ist, das Auto zu nehmen, anstatt sich in die Bahn zu setzen. Deshalb kann die Verkehrswende nur gelingen, wenn die Bahn wieder gemeinwohlorientiert und nicht profitorientiert handelt. Die Ampel hat vorgemacht, dass der Bahnverkehr billig sein kann, wenn es politisch gewollt ist. Wir sagen, wir können mehr: nur mit der LINKEN gibt es den Nah- und Fernverkehr komplett kostenfrei. Das ist nicht nur gut fürs Klima, sondern sozial gerecht, so landen beispielsweise jährlich tausende Menschen im Gefängnis, weil sie sich keinen Fahrschein leisten können.

Antrag L01.195.2: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 195 - 196

193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9-Euro-Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, ~~den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu~~
196 ~~machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.~~
Nulltarif im ÖPNV.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld
198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen
201 nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.

Begründung

-

Antrag L01.200.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 200 - 201

193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9-Euro-Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu
196 machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld
198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 werden. Aber die Ampel zögert weiter. ~~Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen~~

201 ~~nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen.~~

Antrag L01.201.1: Änderungsantrag zu L01-04

Änderungsantrag zu L01-04

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 200 - 201

193 Das von der Ampel verkündete Paket für vorübergehende (!) 9-Euro-Tickets im ÖPNV ist
194 ein Schritt in die richtige Richtung, die Kommunen kritisieren es jedoch zu Recht als
195 bürokratisches Monster. Wir fordern dagegen, den ÖPNV schrittweise kostenfrei zu
196 machen und als Sofortmaßnahmen ein 365-Euro-Ticket im ÖPNV auf den Weg zu bringen.
197 Statt die Pendlerpauschale zu erhöhen, wollen wir ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld
198 einführen. Mit einem Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und 30
199 km/h in Ortschaften, würde der Bedarf an Öl und die CO2-Emissionen deutlich reduziert
200 ~~werden. Aber die Ampel zögert weiter. Auch in dieser Frage werden wir SPD und Grünen~~
201 ~~nicht aus der Verantwortung lassen und weiter Druck machen~~ werden. Wir wollen auch mit einer
wirksamen Neuregelung die immer fortschreitendere Zersiedelung der Landschaft, die
Verlängerung der Arbeitswege und Verstopfung der Straßen stoppen und zurückdrängen: Viele
Tarifverhandlungen der letzten Jahre haben sich des Themas Arbeitsweg angenommen: Jobtickets,
Bezahlung der Fahrten zu Einsatzorten, Beginn der Arbeitszeit schon am Tor der großen
Fabrikanlagen usw. Wir fordern eine generelle Bezahlung der Fahrt zum Arbeitsplatz als
Arbeitszeit. Das Mobilitätsgeld kann damit verrechnet werden. Wir werden uns in den
Gewerkschaften dafür einsetzen, solche neuen Tarifverträge für die Fahrt zur Arbeit zu erkämpfen.

Begründung

Diese Forderung wird zunehmend auch in den Gewerkschaften diskutiert und ist viel sinnvoller als das Mobilitätsgeld.

Antrag L01.202.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in: Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 202

202 Klimajob-Programm - Für gute Arbeit und lebenswerte, ~~klimaneutrale~~ökologisch
nachhaltige Kommunen

Begründung

„Gute Arbeit“ und „klimaneutrale Kommunen“ sind nicht ausreichend, wenn diese wirklich „lebenswert“ werden sollen. Es braucht auch eine lebenswerte Lebenswelt.

Antrag L01.203.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in:

Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf /
Hoheluft-Ost

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 203 - 212

~~203 Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, die soziale Infrastruktur für ein besseres Leben
204 zu schaffen. Wir wollen 120 Milliarden Euro pro Jahr in den klimaneutralen Umbau und
205 die soziale Infrastruktur in den Kommunen investieren. Mit unserem Klima-Job-Programm
206 können hunderttausende neue und zukunftssichere, gut bezahlte Arbeitsplätze
207 geschaffen werden. In der Schienenfahrzeugproduktion, im öffentlichen Nahverkehr, im
208 Handwerk und durch die Förderung erneuerbarer Energien. Wir wollen die sozialen
209 Dienstleistungen aufwerten und 500 000 gut bezahlte Arbeitsplätze in Pflege, Bildung
210 und sozialer Arbeit schaffen. Auch das trägt dazu bei, dass unsere Wirtschaft
211 klimaneutral wird. Ein Aufbauprogramm, das für die Beschäftigten eine planbare
212 Zukunft mit sinnvoller und gut bezahlter Arbeit bedeutet.~~

Zeile 213 - 233

~~213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von
214 Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit
216 die Abwesenheit von Staat — allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer
217 Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und
225 kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu
226 privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
227 müssen dem privaten Profit und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter und
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen — in der Kommune, auf Länderebene und
233 bundesweit.~~

Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Wir wollen die Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen.

234

- Kommunale Stadtwerke, Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional ausgerichtete Energiewende.

- Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für lebenswerte Kommunen.
- Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu privater Spekulation mit der Wohnungsnot.
- Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden.
- Kostenfreie Kitas und besser ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen Herkunft.

Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und Verkehrsinitiativen.

Begründung

Antragsheft 1, Seite 95-99, Zeile 130 - 300, kürzen und ändern
Klare Kampfziele für Opposition und außerparlamentarische Bewegung statt Träume für eine Regierung, die wir nicht sind.

Antrag L01.204.01: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

| | |
|--------------------------|----------------------------|
| Antragsteller*in: | BAG Betrieb & Gewerkschaft |
|--------------------------|----------------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 204

203 Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, die soziale Infrastruktur für ein besseres Leben
204 ~~zu schaffen~~ zu schaffen und um die Arbeitsbedingungen von morgen zu kämpfen. Wir wollen 120
Milliarden Euro pro Jahr in den klimaneutralen Umbau und
205 die soziale Infrastruktur in den Kommunen investieren. Mit unserem Klima-Job-Programm
206 können hunderttausende neue und zukunftssichere, gut bezahlte Arbeitsplätze
207 geschaffen werden. In der Schienenfahrzeugproduktion, im öffentlichen Nahverkehr, im
208 Handwerk und durch die Förderung erneuerbarer Energien. Wir wollen die sozialen
209 Dienstleistungen aufwerten und 500 000 gut bezahlte Arbeitsplätze in Pflege, Bildung
210 und sozialer Arbeit schaffen. Auch das trägt dazu bei, dass unsere Wirtschaft
211 klimaneutral wird. Ein Aufbauprogramm, das für die Beschäftigten eine planbare
212 Zukunft mit sinnvoller und gut bezahlter Arbeit bedeutet.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L01.208.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

| | |
|--------------------------|-----------------------|
| Antragsteller*in: | KV Hersfeld-Rotenburg |
|--------------------------|-----------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 208 - 211

203 Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, die soziale Infrastruktur für ein besseres Leben
204 zu schaffen. Wir wollen 120 Milliarden Euro pro Jahr in den klimaneutralen Umbau und
205 die soziale Infrastruktur in den Kommunen investieren. Mit unserem Klima-Job-Programm
206 können hunderttausende neue und zukunftssichere, gut bezahlte Arbeitsplätze
207 geschaffen werden. In der Schienenfahrzeugproduktion, im öffentlichen Nahverkehr, im
208 Handwerk und durch die Förderung erneuerbarer Energien. ~~Wir wollen die sozialen-~~
209 ~~Dienstleistungen aufwerten und 500 000 gut bezahlte Arbeitsplätze in Pflege, Bildung-~~
210 ~~und sozialer Arbeit schaffen. Auch das trägt dazu bei, dass unsere Wirtschaft-~~
211 ~~klimaneutral wird.~~ Ein Aufbauprogramm, das für die Beschäftigten eine planbare
212 Zukunft mit sinnvoller und gut bezahlter Arbeit bedeutet.

Begründung

Die Klimawirkung dieser Branche scheint von sehr weit hergeholt – falls nicht, sollte das an dieser Stelle auch begründet werden. Der ansonsten sehr wichtige Punkt zu den sozialen Dienstleistungen muss an geeigneter Stelle angeführt werden.

Antrag L01.212.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in: OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 212

203 Sozial-ökologischer Umbau bedeutet, die soziale Infrastruktur für ein besseres Leben
204 zu schaffen. Wir wollen 120 Milliarden Euro pro Jahr in den klimaneutralen Umbau und
205 die soziale Infrastruktur in den Kommunen investieren. Mit unserem Klima-Job-Programm
206 können hunderttausende neue und zukunftssichere, gut bezahlte Arbeitsplätze
207 geschaffen werden. In der Schienenfahrzeugproduktion, im öffentlichen Nahverkehr, im
208 Handwerk und durch die Förderung erneuerbarer Energien. Wir wollen die sozialen
209 Dienstleistungen aufwerten und 500 000 gut bezahlte Arbeitsplätze in Pflege, Bildung
210 und sozialer Arbeit schaffen. Auch das trägt dazu bei, dass unsere Wirtschaft
211 klimaneutral wird. Ein Aufbauprogramm, das für die Beschäftigten eine planbare
212 Zukunft mit sinnvoller und gut bezahlter Arbeit bedeutet. Wir fordern die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich und setzen uns in den Gewerkschaften dafür ein, den Kampf dafür auf die Tagesordnung zu setzen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L01.213.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 213 - 217

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge ~~(oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von~~
214 ~~Wirtschaft und Gesellschaft, so, die~~ Wolfgang Streeck) Streeck als „Fundamentalökonomie“ im
215 Alternativ Konzepte für eine gerechte klimaneutrale Transformation. ~~Für die FDP ist Freiheit~~ In der
216 neoliberalen Ideologie (z. B. der FDP) steht Freiheit gleichbedeutend für
217 die Abwesenheit von Staat – allerdings nicht, Dass aber der ungeliebte Staat zum eigenen Vorteil
ausgeplündert werden kann, wenn es darum geht, ihrer
Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben sich die Gelegenheit ergibt, ist dabei kein
Widerspruch. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und
225 kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu
226 privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
227 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen - in der Kommune, auf Länderebene und
233 bundesweit.

Begründung

Der erste Satz wird so leichter lesbar und vermeidet das "verbrannte Wort" Alternative. Solcherlei "Freiheitsdenkende" finden sich nicht nur in der FDP - das ist leider kein Alleinstellungsmerkmal.

Antrag L01.213.2: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

| | |
|--------------------------|-----------|
| Antragsteller*in: | LV Bremen |
|--------------------------|-----------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 213 - 214

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge ~~(oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von~~
214 ~~Wirtschaft und Gesellschaft, so, Wolfgang Streeck)~~ steht im Mittelpunkt unserer
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit
216 die Abwesenheit von Staat - allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer
217 Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und

225 kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu
226 privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
227 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen - in der Kommune, auf Länderebene und
233 bundesweit.

Begründung

Wolfgang Streeck ist aufgrund seiner politischen Positionierungen, vorsichtig gesagt, hochumstritten. Erwähnt seien seine EU-feindliche Haltung, Verständnis für den Brexit und für die Politik Victor Orbans, und die Zielsetzung, die EU wieder zugunsten eines Nationalstaatensystems zu dezentralisieren. Verwiesen sei auf die Rezension im ND: <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1159702.wolfgang-streeck-die-sackgasse-der-globalisierung.html> Wenn die LINKE sich positiv auf solche Haltungen beziehen soll in einem Leitantrag, muss das inhaltlich-argumentativ zur Diskussion gestellt werden und darf nicht mit einem Klammer-Verweis durch die Hintertür gemacht werden.

Antrag L01.215.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Linus Hagemann (BV Charlottenburg-Wilmersdorf), Frederike-Sophie Gronde-Brunner (Berlin), Moritz Fröhlich (Zusammenschluss) |
|--------------------------|---|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 215 - 217

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von
214 Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. ~~Für die FDP ist Freiheit~~
216 ~~die Abwesenheit von Staat – allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer~~
217 ~~Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben.~~ Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und
225 kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu
226 privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
227 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen - in der Kommune, auf Länderebene und

Begründung

Der Satz arbeitet sich unnötig an der FDP ab, ohne etwas über uns und unsere Anliegen zu sagen. Dazu bietet er unnötige Angriffsfläche, dazu ein Auszug aus den "Karlsruher Freiheitsthesen" der FDP, S.22:

Freiheit bedeutet, dass Menschen sich selbstbestimmt entfalten können. Diese eigene Freiheit soll jeder Mensch konkret fühlen und erleben können. Darum kämpfen wir für die Freiheit, das Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Antrag L01.224.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 224 - 226

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von
214 Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit
216 die Abwesenheit von Staat - allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer
217 Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften ~~und~~
225 kommunale Bodenfonds mitsollen für dauerhaft bezahlbaren ~~Mieten sind~~ Wohnraum sorgen und
möglichst klimaschonenden Wohnraum zur Verfügung stellen. Zusammen mit kommunalen
Bodenfonds bilden sie unsere ~~Alternative zu~~
Antwort auf die Folgen von privater Spekulation ~~mit der~~ und Wohnungsnot. Krankenhäuser und
Pflegeeinrichtungen
227 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen - in der Kommune, auf Länderebene und
233 bundesweit.

Begründung

Der Aspekt des Klimaschutzes fehlt völlig. Bodenfonds fordern keine Mieten und private Spekulation findet nicht nur mit Wohnraum statt, sondern auch und gerade mit dem nicht vermehrbaren Gut Boden.

Antrag L01.224.2: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 224 - 231

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von
214 Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit
216 die Abwesenheit von Staat - allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer
217 Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. ~~Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und~~
225 ~~kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren~~ Um allen menschenwürdige und bezahlbare
Wohnmöglichkeiten zu bieten, fordern wir eine Reduzierung der Mieten sind unsere Alternative zu
226 ~~privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen~~
227 ~~müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und~~ durch Einführung einer
reglementierten und kontrollierten Kostenmiete, sowie ein Sofortprogramm von 40 Milliarden
Euro für den Bau von 250.000 kommunalen und
228 ~~gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser~~
229 ~~ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu~~ Wohnungen. Für einen Stopp der Privatisierung von
Wohnungen und öffentlichen Grundstücken und Enteignung der großen Immobilienkonzerne.
Kleinaktionäre werden bei erwiesener Bedürftigkeit entschädigt. Krankenhäuser und
Pflegeeinrichtungen müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen werden.
Das heißt Rekommunalisierung der privatisierter Krankenhäuser, Wiedereingliederung
ausgegliederter Betriebsteile und eine Überführung privater Klinik- und Pharmakonzerne in
öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten. Damit
erste Schritte zu einem kostenlosen, staatlichen und gerecht steuerfinanzierten
Gesundheitswesen getan werden, sind wir für die Zusammenführung aller Krankenkassen (auch
aller Privatversicherungen) zu einer einzigen öffentlichen Krankenkasse bei Arbeitsplatzgarantie
für alle Beschäftigten. Um den Gesundheitssektor weiter voranzutreiben, brauchen wir die
Schaffung von 162.000 Stellen in den Krankenhäusern, eine deutliche Lohnerhöhung für
Krankenpfleger:innen und medizinische Fachangestellte, sowie eine bedarfsgerechte gesetzliche
Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen zur Bekämpfung des
Personalmangels. Die Fallpauschale gehört abgeschafft!
Zur Förderung der Bildung ~~unabhängig von der sozialen~~
230 ~~Herkunft~~ fordern wir gebührenfreie Kitas, Unis und Volkshochschulen, sowie ein Ende der Schul-
und Universitätsprivatisierungen. Betriebe, die gar nicht oder unter 10% der Belegschaft
ausbilden, sollen zahlen und eine Übernahme in den erlernten Berufen muss unbefristet
garantiert sein! Um Auszubildende zu unterstützen, muss ihre Vergütung auf das Niveau des
gesetzlichen Mindestlohns angehoben werden. Auch Schüler:innen und Studierende dürfen nicht
zu kurz kommen. Für sie fordern wir die Einführung einer elternunabhängigen Grundsicherung ab
16 Jahren von 700 Euro plus Warmmiete. Kinder und beschäftigte Eltern haben das Recht auf eine
kostenlose und ganztägige Kinderbetreuung vom ersten bis zum 13. Lebensjahr. Zur
Demokratisierung des Bildungssystems brauchen wir gewählte Komitees von Eltern,
Schüler:innen, Studierenden, Lehrenden und Gewerkschaftsvertreter:innen. Für diese Ziele
~~streiten~~ müssen wir zusammen mit Gewerkschaften, Student:innen, Umweltorganisationen, und
Mieter- und

231 Verkehrsinitiativen streiten. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 Gemeinwohlökonomie konkret werden lassen - in der Kommune, auf Länderebene und
233 bundesweit.

Begründung

Es werden keine nötigen und konkreten Vorschläge für Maßnahmen zur Entlastung von Mieter:innen, Patient:innen, Pfleger:innen, Studierenden, Schüler:innen und Azubis gemacht. Ebenso sind keine Vorschläge zum Ausbau, Besserung und Demokratisierung der jeweiligen Sektoren, wie Versicherung, Bildung und Gesundheit etc. enthalten.

Antrag L01.232.1: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik, KV Darmstadt |
|--------------------------|---|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 232

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von
214 Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit
216 die Abwesenheit von Staat - allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer
217 Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und
225 kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu
226 privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
227 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 Gemeinwohlökonomie sozial und ökologisch nachhaltige Ökonomie konkret werden lassen - in der
Kommune, auf Länderebene und
233 bundesweit.

Begründung

„Gemeinwohlökonomie“ steht für ein konkretes Modell des Wirtschaftens (Christian Felber), das wir nicht als Partei diskutiert und beschlossen haben. „Gemeinwohlökonomie“ ist eine Bewegung und nicht identisch mit einer Bewegung für eine „dem Gemeinwohl verpflichtete Wirtschaft“, sondern wesentlich enger.

Alternativ könnte auch „dem Gemeinwohl verpflichtete Ökonomie“ statt sozial und ökologisch nachhaltige Ökonomie genutzt werden - wir finden die erste Version aber besser.

Antrag L01.232.2: Änderungsantrag zu L01-05

Änderungsantrag zu L01-05

Antragsteller*in:

KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 232

213 Die Öffentliche Daseinsvorsorge (oder „Fundamentalökonomie“, die Grundlage von
214 Wirtschaft und Gesellschaft, so Wolfgang Streeck) steht im Mittelpunkt unserer
215 Alternative für eine gerechte klimaneutrale Transformation. Für die FDP ist Freiheit
216 die Abwesenheit von Staat - allerdings nicht, wenn es darum geht, ihrer
217 Unternehmerklientel Staatsgelder zuzuschieben. Individuelle Freiheit und eine
218 funktionierende Demokratie brauchen tragfähige öffentliche Strukturen. Der Markt
219 schafft Infrastrukturen nur dort, wo damit Profit gemacht werden kann. Wir wollen die
220 Infrastrukturen der Daseinsvorsorge dem privaten Profitinteresse entziehen und unter
221 gesellschaftliche Kontrolle bringen, also Gemeingüter schaffen. Kommunale Stadtwerke,
222 Energiegenossenschaften, rekommunalisierte Netze für eine dezentrale, regional
223 ausgerichtete Energiewende. Kostenfreier ÖPNV und mehr autofreie Zonen für
224 lebenswerte Kommunen. Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbaugesellschaften und
225 kommunale Bodenfonds mit dauerhaft bezahlbaren Mieten sind unsere Alternative zu
226 privater Spekulation mit der Wohnungsnot. Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen
227 müssen dem privaten Profit- und Verwertungsinteresse entzogen und kommunalen und
228 gemeinwohlorientierten Trägern übertragen werden. Kostenfreie Kitas und besser
229 ausgestattete Schulen sichern den Zugang zu Bildung unabhängig von der sozialen
230 Herkunft. Für diese Ziele streiten Gewerkschaften, Umweltorganisationen, Mieter- und
231 Verkehrsinitiativen. Hier wollen wir im Bündnis mit ihnen eine neue
232 Gemeinwohlökonomie dem Gemeinwohl verpflichtetet Ökonomie konkret werden lassen - in der
Kommune, auf Länderebene und
233 bundesweit.

Begründung

„Gemeinwohlökonomie“ steht für ein konkretes Modell des Wirtschaftens (Christian Felber), das wir nicht als Partei diskutiert und beschlossen haben. „Gemeinwohlökonomie“ ist eine Bewegung und nicht identisch mit einer Bewegung für eine „dem Gemeinwohl verpflichteten Wirtschaft“, sondern wesentlich enger.

weitere Antragsteller*innen

Kim Sophie Bohnen, Marina Stengel-John, Nadja Lütich, René Jokisch, Dagmar Modrow, Katharina Horn, Andrei Yagoubov, Inge Hoeger, Jan Lieberum, Edith Bartelmus-Scholich, Marlene Wenzl, Julian Schneiderath, Helen Klee, Linus Hagemann, Nina Treu, Christiane Kliemann, Lara Scheunemann, Steffen Kühne, Christian Wiedemann, Tino Marwitz, Mischa Kreutzer

Antrag L01.234.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf / Hoheluft-Ost

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 234

234 **Sozial-ökologische Transformation der Industrie**

Zeile 235 - 246

~~235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängig vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.~~

- Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängig vom Export von Autos, Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen. Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage.

Zeile 247 - 256

~~247 Eine derart tiefgreifende Transformation kann nicht dem Markt überlassen werden. Über
248 Ziele und notwendige Investitionen muss demokratisch entschieden werden
249 („strategische Rahmenplanung“). Staatliche Förderungen dürfen keine Subvention für
250 Entlassungen und Tariffucht sein — sie müssen an Klimaziele und Garantien für
251 Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen gebunden werden. Darauf zielt unser
252 Vorschlag eines Transformationsfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro pro Jahr. Ein
253 nationaler Transformationsrat aus Parteien, Gewerkschaften, Umwelt- und
254 Sozialverbänden und Wissenschaftler*innen entscheidet über die Gestaltung des Umbaus.
255 Auch die Menschen in den Transformationsregionen können in regionalen Wirtschafts-
256 und Sozialräten endlich mitentscheiden.~~

- Eine derart tiefgreifende Transformation kann nicht dem Markt überlassen werden. Über Ziele und notwendige Investitionen muss demokratisch entschieden werden („strategische Rahmenplanung“).

Zeile 257 - 262

~~257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von Landwirt*innen.~~

- Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen, Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen Stopps akuter umweltschädigender

Produktion.

- Wir wollen die Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben massiv ausbauen. Die Bevölkerung muss über Art und Weise sowie Inhalt der Produktion mitbestimmen, statt darauf geworfen zu sein, beim Konsum zwischen den persönlichen sozialen Möglichkeiten und angeblich moralisch verantwortungsvollem Kaufverhalten wählen zu müssen.

Begründung

Antragsheft 1, Seite 95-99, Zeile 130 - 300, kürzen und ändern

Klare Kampfziele für Opposition und außerparlamentarische Bewegung statt Träume für eine Regierung, die wir nicht sind.

Antrag L01.235.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 235 - 236

- 235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland ~~unabhängiger vom Export~~grundlegend umgestalten. Sie muss insbesondere schrittweise unabhängig von der Produktion, der Nutzung bzw. dem Einsatz und den Exporten von Autos,
- 236 Waffen, ~~Sicherheitstechnik~~Personenüberwachungstechnik und umweltschädlichen ~~Formen~~Technologien, insbesondere in der Chemieproduktion-machen-, werden. Sie soll volkswirtschaftlich, europäisch und global ein Treiber sozialökologischer Transformation werden.
- 237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
- 238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
- 239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
- 240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
- 241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
- 242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
- 243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
- 244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
- 245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
- 246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Die bisherige Formulierung erklärt unzulänglich die zu meisternde industriepolitische Herausforderung im Rahmen eines sozial-ökologischen Umbaus/einer sozialökologischen Transformation.

Antrag L01.235.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: BAG Klimagerechtigkeit, KV Darmstadt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 235 - 246

~~235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.~~

Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos, Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen. Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion verpflichten. Um den erforderlichen Strukturwandel zu realisieren, genügt es nicht, „soziale Härten abzumildern.“ Er muss mit solidarischer Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Eigentum einhergehen und auf soziale Nachhaltigkeit zielen—in Deutschland und über seine Grenzen hinaus. Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen, Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke - im Unterschied zu - grüner Politik.

Begründung

Es geht zum einen um die erforderliche Betonung der sozialen Dimension des sozial-ökologischen Umbaus bzw. der sozialökologischen Transformation und zum anderen um ihren internationalistischen Kontext.

weitere Antragsteller*innen

Kim Sophie Bohnen, Marina Stengel-John, Nadja Lütich, Dagmar Modrow, Katharina Horn, Andrei Yagoubov, Inge Hoeger, Jan Lieberum, Edith Bartelmus-Scholich, Marlene Wenzl, Julian Schneiderath, Helen Klee, Linus Hagemann, Nina Treu, Christiane Kliemann, Steffen Kühne, Christian Wiedemann, Tino Marwitz, Mischa Kreutzer

Antrag L01.237.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

| | |
|--------------------------|-----------------------|
| Antragsteller*in: | KV Marburg-Biedenkopf |
|--------------------------|-----------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 237

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage.
Krieg als Klimakiller: Militär und Rüstung töten Mensch und Natur. "Felder wurden verbrannt,

Gewässer vergiftet und Land unbrauchbar gemacht, um einem Gegner die Existenzgrundlage zu entziehen. Moderne Kriege können noch größere Zerstörungen in Ökosystemen anrichten und damit auch das Leben und die Gesundheit von Menschen treffen. Bewaffnete Konflikte verbrauchen und belasten natürliche Ressourcen (Luft, Wasser, Boden, Land, Wälder und Ozeane), schädigen öffentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen (z. B. Energie, Gesundheit, Abwasser, Müllabfuhr) und haben negative Auswirkungen auf den Erhalt von Wildtieren und Ökosystemen (IPB 2002)."
(Quelle: Jürgen Scheffran: Militärische Umweltzerstörung, Klimakrise und sozial ökologische Transformation: Frieden und Nachhaltigkeit gehören zusammen)

238 Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Antrag L01.237.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 237

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima-, umwelt- und friedenspolitische Schicksalsfrage und zugleich eine
Frage trans- und internationaler Solidarität. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

- a) Es geht um die natürlichen Lebensbedingungen insgesamt.
- b) Insgesamt ist der Antrag unzulänglich internationalistisch. Wir versuchen stellenweise eine Vervollkommnung.

Antrag L01.238.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 238

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert, die bei der Überwindung von Biodiversitätsverlust und Umweltkrisen (z.B. chemische Boden- und Wasservergiftung, Vermüllung der Meere und Strände) förderlich ist und die dazu beiträgt, dass die Erde bewohnbar bleibt. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Die bisherige Formulierung ist ausgehend von den Erfordernissen ökologischer Nachhaltigkeit zu kurz gefasst und unzulänglich.

Antrag L01.238.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 238

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dieser Umbau wird auch konkreten Rück- und Wegbau sowie an sozialen und ökologischen Erfordernissen ausgerichteten Neubau einschließen. Die Versiegelung und unökologische Nutzung von Flächen als ein Haupttreiber von Umweltkrisen wollen wir stoppen und strukturell zurückdrängen. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Die Ergänzung präzisiert die Aussagen zum erforderlichen sozial-ökologischen Umbau. Es geht uns hier um eine Verdeutlichung von Umbauprozessen, die zu einer absoluten Reduzierung von Stoff- und Energieumsätzen sowie von Flächenverbrauch führen.

weitere Antragsteller*innen

Kim Sophie Bohnen, Marina Stengel-John, Nadja Lütich, Dagmar Modrow, Katharina Horn, Andrei Yagoubov, Inge Hoeger, Jan Lieberum, Edith Bartelmus-Scholich, Marlene Wenzl, Julian Schneiderath, Helen Klee, Linus Hagemann, Nina Treu, Christiane Kliemann, Steffen Kühne, Christian Wiedemann, Tino Marwitz, Mischa Kreuzer

Antrag L01.238.3: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

| | |
|--------------------------|---|
| Antragsteller*in: | OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster |
|--------------------------|---|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 238 - 240

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. ~~Dazu-~~
239 ~~wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion-~~
240 ~~verpflichten~~ Dafür ist die Überführung der Auto- und aller anderen Konzerne der Industrie und
Dienstleistungen in Gemeineigentum und ihre demokratische Verwaltung und Kontrolle dringend
notwendig. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag L01.240.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

| | |
|--------------------------|----------------------------|
| Antragsteller*in: | BAG Betrieb & Gewerkschaft |
|--------------------------|----------------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 240

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.

237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Dieser Prozess kann nicht dem Markt überlassen werden, sondern erfordert das
Eingreifen des Staates. Dabei muss allerdings klar sein: Dort, wo finanzielle staatliche
Unterstützung notwendig ist, muss diese Unterstützung an Bedingungen wie Tarifbindung,
Stärkung der Mitbestimmung oder die Veränderung der Eigentumsverhältnisse geknüpft werden.
Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L01.240.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik, KV Darmstadt

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 240

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. ~~Es reicht nicht, soziale Verwerfung im~~ Um den erforderlichen Strukturwandel ~~nur zu~~
realisieren, genügt es nicht, „soziale Härten abzumildern. “ Er muss mit solidarischer
Umverteilung von Einkommen, Vermögen und Eigentum einhergehen und auf soziale
Nachhaltigkeit zielen - in Deutschland und über seine Grenzen hinaus.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Es geht zum einen um die erforderliche Betonung der sozialen Dimension des sozial-ökologischen Umbaus bzw. der sozialökologischen Transformation und zum anderen um ihren internationalistischen Kontext.

Antrag L01.240.3: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 240

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Dieser Umbau wird auch konkreten Rück- und Wegbau sowie an sozialen und ökologischen Erfordernissen ausgerichteten Neubau einschließen. Die Versiegelung und antiökologische Nutzung von Flächen als ein Haupttreiber von Umweltkrisen wollen wir stoppen und strukturell zurückdrängen. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Die Ergänzung präzisiert die Aussagen zum erforderlichen sozial-ökologischen Umbau. Es geht um eine Verdeutlichung von Umbauprozessen, die zu einer absoluten Reduzierung von Stoff- und Energieumsätzen sowie von Flächenverbrauch führen.
(Empfehlung der BAG Klimagerechtigkeit)

Antrag L01.240.4: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 240

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Dieser Umbau wird auch konkreten Rückbau sowie an sozialen und ökologischen Erfordernissen ausgerichteten Neubau einschließen. Die Versiegelung und umweltfeindliche Nutzung von Flächen als ein Haupttreiber von Umweltkrisen wollen wir stoppen und strukturell zurückdrängen. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,

244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Die Ergänzung präzisiert die Aussagen zum erforderlichen sozial-ökologischen Umbau. Es geht um eine Verdeutlichung von Umbauprozessen, die zu einer absoluten Reduzierung von Stoff- und Energieumsätzen sowie von Flächenverbrauch führen.

Antrag L01.241.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 241 - 242

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten ~~müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und~~
242 ~~Jobgarantien~~ bestimmen über den Umbau und seine Gestaltung samt ihrer Rechte auf einen
mindestens genauso gut bezahlten Arbeitsplatz. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen
und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.

Begründung

Wir möchten die aktive Mitgestaltungskraft der Beschäftigten betonen statt ihre passive Absicherung zu fordern.

Antrag L01.246.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 246

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu

239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke bzw. sozialistische Politik im Unterschied ~~zu~~
~~grüner Politik~~ zur Politik von Bündnis90/Die Grünen.

Begründung

- a) Die Gegenüberstellung von „linke“ und „grüne“ konterkariert den Antragstext.
- b) Wenn man „Schritte über den Kapitalismus hinaus will“, soll man auch „sozialistisch“ sagen.
- c) darüber hinaus gilt es das Narrativ zu brechen, dass ökologische Politik durch "die Grünen" betrieben wird. Das ist falsch und sollte durch uns nicht reproduziert werden.

Antrag L01.246.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

| | |
|--------------------------|----------------------------|
| Antragsteller*in: | BAG Betrieb & Gewerkschaft |
|--------------------------|----------------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 246

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. ~~Das ist linke im Unterschied zu grüner Politik.~~

Begründung

Mal abgesehen davon, dass es auch im Programm der Grünen ein Ausbau der Mitbestimmung gefordert wird, ist dieses Abarbeiten an den Grünen an dieser Stelle völlig unnötig. Wir sollten hier angesichts unserer eigenen Wirkmächtigkeit etwas weniger „großmäulig“ auftreten.

Antrag L01.246.3: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

| | |
|--------------------------|--------------------------------------|
| Antragsteller*in: | KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit |
|--------------------------|--------------------------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 246

235 Wir wollen die Industriestruktur in Deutschland unabhängiger vom Export von Autos,
236 Waffen, Sicherheitstechnik und umweltschädlichen Formen der Chemieproduktion machen.
237 Das ist eine soziale, klima- und friedenspolitische Schicksalsfrage. Unser Ziel ist
238 eine Industrie, die bis 2035 klimaneutral und energieeffizient produziert. Dazu
239 wollen wir die Unternehmen auf konkrete Schritte zum Umbau der Produktion
240 verpflichten. Es reicht nicht, soziale Verwerfung im Strukturwandel nur abzumildern.
241 Die Beschäftigten müssen in diesem Umbau abgesichert werden: durch Einkommens- und
242 Jobgarantien. Sie müssen ihr Wissen in den Umbau einbringen und mitentscheiden
243 können, zum Beispiel über Vetorechte bei Standortschließungen,
244 Produktionsumstellungen (Konversion) und auch zur Erzwingung eines schnellstmöglichen
245 Stopps akuter umweltschädigender Produktion. Ein solches Vetorecht wirkt bereits
246 heute im Bereich des Arbeitsschutzes. Das ist linke bzw. sozialistische Politik im Unterschied zu ~~grüner Politik~~ zur Politik von Bündnis 90/ Die Grünen.

Begründung

- a) Die Gegenüberstellung von „linke“ und „grüne“ konterkariert den Antragstext.
- b) Wenn man „Schritte über den Kapitalismus hinaus will“, soll man auch „sozialistisch“ sagen.

Antrag L01.251.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 251 - 252

247 Eine derart tiefgreifende Transformation kann nicht dem Markt überlassen werden. Über
248 Ziele und notwendige Investitionen muss demokratisch entschieden werden
249 („strategische Rahmenplanung“). Staatliche Förderungen dürfen keine Subvention für
250 Entlassungen und Tariffucht sein - sie müssen an Klimaziele und Garantien für
251 Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen gebunden werden. ~~Darauf zielt unser~~
252 ~~Vorschlag eines Transformationsfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro pro Jahr~~ Wir fordern für eine
in Gemeineigentum überführte Autoindustrie einen ökologisch sinnvollen Produktionsplan zur
Umstellung der Produktion auf alternative öffentliche Verkehrsmittel und andere gesellschaftlich
sinnvolle Produkte. Ein
253 nationaler Transformationsrat aus Parteien, Gewerkschaften, Umwelt- und
254 Sozialverbänden und Wissenschaftler*innen entscheidet über die Gestaltung des Umbaus.
255 Auch die Menschen in den Transformationsregionen können in regionalen Wirtschafts-
256 und Sozialräten endlich mitentscheiden.

Begründung

-

Antrag L01.256.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

Parteivorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 256

247 Eine derart tiefgreifende Transformation kann nicht dem Markt überlassen werden. Über
248 Ziele und notwendige Investitionen muss demokratisch entschieden werden
249 („strategische Rahmenplanung“). Staatliche Förderungen dürfen keine Subvention für
250 Entlassungen und Tarifflicht sein - sie müssen an Klimaziele und Garantien für
251 Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen gebunden werden. Darauf zielt unser
252 Vorschlag eines Transformationsfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro pro Jahr. Ein
253 nationaler Transformationsrat aus Parteien, Gewerkschaften, Umwelt- und
254 Sozialverbänden und Wissenschaftler*innen entscheidet über die Gestaltung des Umbaus.
255 Auch die Menschen in den Transformationsregionen können in regionalen Wirtschafts-
256 und Sozialräten endlich mitentscheiden.

Regionale Transformationsfonds und -beratungsstellen sollen die Beschäftigten unterstützen. Auf Bundesebene wollen wir uns für ein “Recht auf einen neuen Arbeitsplatz” und ein Recht auf bezahlte Weiterqualifizierung einsetzen. Auf Grund historisch gewachsener Strukturen braucht es insbesondere für Ostdeutschland eine neue Strategie zur Sicherung der Energieversorgung und eine Transformationsstrategie zur Sicherung von Erwerbsarbeit in den ostdeutschen Chemieregionen, wenn die dortigen Raffinerien ihren Betrieb einschränken müssen.

Antrag L01.256.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen),
Stefan Söhngen (KV Rhein-Erft), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 256

247 Eine derart tiefgreifende Transformation kann nicht dem Markt überlassen werden. Über
248 Ziele und notwendige Investitionen muss demokratisch entschieden werden
249 („strategische Rahmenplanung“). Staatliche Förderungen dürfen keine Subvention für
250 Entlassungen und Tarifflicht sein - sie müssen an Klimaziele und Garantien für
251 Arbeitsplätze und gute Arbeitsbedingungen gebunden werden. Darauf zielt unser
252 Vorschlag eines Transformationsfonds in Höhe von 20 Milliarden Euro pro Jahr. Ein
253 nationaler Transformationsrat aus Parteien, Gewerkschaften, Umwelt- und
254 Sozialverbänden und Wissenschaftler*innen entscheidet über die Gestaltung des Umbaus.
255 Auch die Menschen in den Transformationsregionen können in regionalen Wirtschafts-
256 und Sozialräten endlich mitentscheiden.

In den Braunkohlerevieren braucht es langfristige wirtschaftliche Perspektiven für die Beschäftigten, die Zulieferer und kommende Generationen. Wir wollen den Umbau der Reviere zu Modellregionen mit zukunftsfähigen Industrien, z.B. in der Versorgung mit erneuerbaren Energien oder der Kreislaufwirtschaft und mit sicheren, gut bezahlten und mitbestimmten Arbeitsplätzen.

Begründung

In den Braunkohlerevieren und besonderes im rheinischen Revier ist für einen Großteil der Bevölkerung Wohlstand mit Kohleverstromung verbunden. Die Beschäftigten bei den Zulieferern sind bisher nicht durch Jobgarantien geschützt und auch für kommende Generationen stellt sich die Frage,

wie sie ihren Wohlstand in der Region verdienen können. Es ist sinnvoll in den Revieren Arbeitsplätze in den erneuerbaren Energien oder der Kreislaufwirtschaft zu schaffen, da es einerseits durch ausgekohlte Tagebaue und stillgelegte Kohlekraftwerke genug Platz gibt und andererseits genug gut ausgebildete Fachkräfte, die schon in der Energieerzeugung gearbeitet haben und dort auch weiterarbeiten möchten. Zudem sollte sich DIE LINKE. dafür einsetzen, dass diese Arbeitsplätze möglichst sicher sind, gut bezahlt werden und betriebliche Mitbestimmung garantiert ist.

weitere Antragsteller*innen

Şirin Seitz (KV Rhein-Erft)

Antrag L01.257.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 257 - 262

~~257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von Landwirt*innen.~~

Für eine sozial-ökologische Agrarwende

263

Die industrialisierte Intensivlandwirtschaft trägt erheblich zum Verlust der biologischen Vielfalt bei. Dünger und Pestizide gefährden unsere Gewässer, vermindern die Fruchtbarkeit der Böden und senken ihr Kohlenstoffspeichervermögen. Bundesweit ist die Landwirtschaft für 7-8 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich, ihr Anteil liegt damit sogar leicht über den Emissionen aller Industrieprozesse in Deutschland. Die Orientierung auf Produktionssteigerungen, Exporte und Gewinne auf Basis von Standortkonkurrenz zerstört unsere Natur und darüber hinaus in Ländern des globalen Südens die Existenzgrundlage vieler Bäuer*innen. Weltweit dienen 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Tierproduktion. Die naturzerstörende Landnutzung und der durch die Nahrungsmittelindustrie beförderte Konsum tierischer Produkte verschärfen die Klimakrise immer weiter. In der Folge wird die Ernährungssicherheit der gesamten Menschheit aufs Spiel gesetzt.

Immer mehr Menschen wollen sich vor allem gesund ernähren und dabei Klima sowie Natur schützen. Eine große Mehrheit lehnt Massentierhaltung ab, 80 Prozent wollen vor allem saisonale und regionale Lebensmittel kaufen, gut 40 Prozent sogar Biolebensmittel. Um dies nachhaltig und sozial gerecht zu ermöglichen, braucht es eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft. Eine ausreichende Versorgung mit gesundem Essen gehört zu einem Leben in Würde dazu. Deswegen ist es für uns selbstverständlich, dass der ökologisch gebotene Umbau der Landwirtschaft nicht diejenigen belasten darf, die auch heute schon einen Großteil ihres Einkommens für Essen und Miete aufwenden müssen. Die Bedarfssätze aller Sozialleistungen, von der Grundsicherung über Kindergeld hin zum BAföG, müssen mit den Lebenshaltungskosten mindestens Schritt halten und auch der Mindestlohn muss auf ein Niveau steigen, auf dem sich jeder ohne Not von nachhaltig produzierten Lebensmitteln ernähren kann. Das ist nach unserer Auffassung ein untrennbarer Bestandteil aller den Umbau der Lebensmittelversorgung betreffenden Maßnahmen.

264

DIE LINKE kämpft für eine ökologisch nachhaltige und solidarische Landwirtschaft, eine am Gemeinwohl orientierte Versorgung der Menschen mit Agrarprodukten und Lebensmitteln, von der Landwirt*innen auch gut leben können. Wir wollen eine möglichst regional verankerte Agrarproduktion, die sozial ist und dabei unsere Natur schützt. Wir verknüpfen auch hier ökologische Notwendigkeiten mit sozialen Fragen.

Antrag L01.257.2: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

BAG Klimagerechtigkeit, weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 257 - 262

~~257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von Landwirt*innen.~~

Für eine sozial-ökologische Landwirtschafts- und Agrarwende

263

Immer mehr Menschen wollen sich vor allem gesund ernähren und dabei Klima sowie Natur schützen. Eine große Mehrheit lehnt Massentierhaltung ab, 80 Prozent wollen vor allem saisonale und regionale Lebensmittel kaufen, gut 40 Prozent sogar Biolebensmittel. Eine klima-, umwelt- und ressourcengerechte Landwirtschaft muss ohne Massentierhaltung auskommen und die Produktion primär pflanzenbasierter Nahrungsmittel sichern. Eine Landwirtschaft, die dem Erhalt der Artenvielfalt und der Gesundheit ausgelaugter Böden verpflichtet ist, wird wesentlich mehr Arbeitskräfte benötigen als bisher. Das gilt auch für den Schutz der Wälder bzw. eine Waldpolitik, die sozial und ökologisch nachhaltig ist. Dieses Herangehen ist nicht zuletzt auch global gerecht und solidarisch. Um dies nachhaltig und sozial gerecht zu ermöglichen, braucht es eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft. Eine ausreichende Versorgung mit gesundem Essen gehört zu einem Leben in Würde dazu. Deswegen ist es für uns selbstverständlich, dass der ökologisch gebotene Umbau der Landwirtschaft nicht diejenigen belasten darf, die auch heute schon einen Großteil ihres Einkommens für Essen und Miete aufwenden müssen. Die Bedarfssätze aller Sozialleistungen, von der Grundsicherung über Kindergeld hin zum BAFöG müssen mit den Lebenshaltungskosten mindestens Schritt halten und auch der Mindestlohn muss auf ein Niveau steigen, auf dem sich jeder ohne Not von nachhaltig produzierten Lebensmitteln ernähren kann. Das ist nach unserer Auffassung ein untrennbarer Bestandteil aller den Umbau der Lebensmittelversorgung betreffenden Maßnahmen.

DIE LINKE kämpft für eine ökologisch nachhaltige und solidarische Landwirtschaft, eine am Gemeinwohl orientierte Versorgung der Menschen mit Agrarprodukten und Lebensmitteln, von der Landwirt*innen auch gut leben können. Wir wollen eine möglichst regional verankerte Agrarproduktion, die sozial ist und dabei unsere Natur schützt. Wir verknüpfen auch hier ökologische Notwendigkeiten mit sozialen Fragen.

Begründung

Die industrialisierte Intensivlandwirtschaft trägt erheblich zum Verlust der biologischen Vielfalt bei.

Dünger und Pestizide gefährden unsere Gewässer, vermindern die Fruchtbarkeit der Böden und senken ihr Kohlenstoffspeichervermögen. Bundesweit ist die Landwirtschaft für 7 bis 8 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich, ihr Anteil liegt damit sogar leicht über den Emissionen aller Industrieprozesse in Deutschland. Die Orientierung auf Produktionssteigerungen, Exporte und Gewinne auf Basis von Standortkonkurrenz zerstört unsere Natur und darüber hinaus in Ländern des globalen Südens die Existenzgrundlage vieler Bäuer*innen. Weltweit dienen 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Tierproduktion. Die naturzerstörende Landnutzung und der durch die Nahrungsmittelindustrie beförderte Konsum tierischer Produkte verschärfen die Klimakrise immer weiter. In der Folge wird die Ernährungssicherheit der gesamten Menschheit aufs Spiel gesetzt. Der Leitantrag 01 greift hier, was die sozial-ökologische Agrarwende angeht, in seiner bisherigen Form zu kurz. Dies soll behoben werden.

weitere Antragsteller*innen

Kim Sophie Bohnen, Marina Stengel-John, Nadja Lütich, René Jokisch, Dagmar Modrow, Katharina Horn, Andrei Yagoubov, Inge Hoeger, Jan Lieberum, Edith Bartelmus-Scholich, Marlene Wenzl, Julian Schneiderath, Helen Klee, Lara Scheunemann, Linus Hagemann, Nina Treu, Christiane Kliemann, Steffen Kühne, Christian Wiedemann, Tino Marwitz

Antrag L01.257.3: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 257 - 262

~~257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von Landwirt*innen.~~

Für eine sozial-ökologische Agrarwende

263

Die industrialisierte Intensivlandwirtschaft trägt erheblich zum Verlust der biologischen Vielfalt bei. Dünger und Pestizide gefährden unsere Gewässer, vermindern die Fruchtbarkeit der Böden und senken ihr Kohlenstoffspeichervermögen. Bundesweit ist die Landwirtschaft für 7-8 Prozent der gesamten Treibhausgasemissionen verantwortlich, ihr Anteil liegt damit sogar leicht über den Emissionen aller Industrieprozesse in Deutschland. Die Orientierung auf Produktionssteigerungen, Exporte und Gewinne auf Basis von Standortkonkurrenz zerstört unsere Natur und darüber hinaus in Ländern des globalen Südens die Existenzgrundlage vieler Bäuer*innen. Weltweit dienen 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Tierproduktion. Die naturzerstörende Landnutzung und der durch die Nahrungsmittelindustrie beförderte Konsum tierischer Produkte verschärfen die Klimakrise immer weiter. In der Folge wird die Ernährungssicherheit der gesamten Menschheit aufs Spiel gesetzt.

Immer mehr Menschen wollen sich vor allem gesund ernähren und dabei Klima sowie Natur schützen. Eine große Mehrheit lehnt Massentierhaltung ab, 80 Prozent wollen vor allem saisonale und regionale Lebensmittel kaufen, gut 40 Prozent sogar Biolebensmittel. Um dies nachhaltig und sozial gerecht zu ermöglichen, braucht es eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft. Eine

ausreichende Versorgung mit gesundem Essen gehört zu einem Leben in Würde dazu. Deswegen ist es für uns selbstverständlich, dass der ökologisch gebotene Umbau der Landwirtschaft nicht diejenigen belasten darf, die auch heute schon einen Großteil ihres Einkommens für Essen und Miete aufwenden müssen. Die Bedarfssätze aller Sozialleistungen, von der Grundsicherung über Kindergeld hin zum BAFÖG müssen mit den Lebenshaltungskosten mindestens Schritt halten und auch der Mindestlohn muss auf ein Niveau steigen, auf dem sich jeder ohne Not von nachhaltig produzierten Lebensmitteln ernähren kann. Das ist nach unserer Auffassung ein untrennbarer Bestandteil aller den Umbau der Lebensmittelversorgung betreffenden Maßnahmen.

264

DIE LINKE kämpft für eine ökologisch nachhaltige und solidarische Landwirtschaft, eine am Gemeinwohl orientierte Versorgung der Menschen mit Agrarprodukten und Lebensmitteln, von der Landwirt*innen auch gut leben können. Wir wollen eine möglichst regional verankerte Agrarproduktion, die sozial ist und dabei unsere Natur schützt. Wir verknüpfen auch hier ökologische Notwendigkeiten mit sozialen Fragen.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.260.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 260

257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.

260 Eine klima-, umwelt- und ressourcengerechte Landwirtschaft muss ohne Massentierhaltung
auskommen und die Produktion primär pflanzenbasierter Nahrungsmittel sichern. Eine
Landwirtschaft, die dem Erhalt der Artenvielfalt und der Gesundheit ausgelaugter Böden
verpflichtet ist, wird wesentlich mehr Arbeitskräfte benötigen als bisher. Das gilt auch für den
Schutz der Wälder bzw. eine Waldpolitik, die sozial und ökologisch nachhaltig ist. Dieses
Herangehen ist global gerecht und solidarisch. Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung
wollen wir fördern, die Bodenpreise

261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von Landwirt*innen.

Begründung

Die Ergänzung präzisiert die Aussagen zum erforderlichen sozial-ökologischen Umbau und bekräftigt das internationalistische Herangehen der Partei DIE LINKE.

Antrag L01.261.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 261

257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
261 deckeln. Um Boden (Land- und Forstwirtschaftliche Nutzflächen) der Spekulation zu entziehen soll in einem ersten Schritt Land nur noch von denen erworben werden können, die es bewirtschaften und die die fachliche Kenntnis dazu besitzen - Vorrang hat die Lebensmittelerzeugung. Flächen, die sich bereits im Eigentum von Nichtlandwirt*innen, Nichtgärtner*innen oder Nichtforstwirt*innen befinden, sollen in öffentliches Eigentum überführt werden, um es in einem demokratischen Prozess wieder direkten Bewirtschafter*innen zur Nutzung zu überlassen. Langfristig soll aller Boden in Gemeindeeigentum überführt werden. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von Landwirt*innen.

Begründung

Der landwirtschaftliche Bodenmarkt ist durch zunehmende Spekulation durch außerlandwirtschaftliche Akteure in gehörige Unordnung geraten. Die stark angestiegenen und noch immer steigenden Bodenpreise machen es für Produzent*innen von Lebensmitteln nahezu unmöglich, neue Flächen für die Produktion zu erlangen. Nutzungen, die außerhalb der Lebensmittelerzeugung liegen, erzielen höhere Profite. Daher kann dieses Problem nur ordnungspolitisch gelöst werden.

Antrag L01.261.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 261

257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
261 deckeln, Kriterien nachhaltiger Bodennutzung formulieren, verbindlich einführen und durchsetzen. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von Landwirt*innen.

Begründung

Die Gesundung der Böden verlangt die Einführung und Durchsetzung von Standards ökologischer Bodenpflege und-bewirtschaftung. Das muss politisch erkämpft werden, wobei DIE LINKE. bündnispolitischer Akteur sein soll.

Antrag L01.262.1: Änderungsantrag zu L01-06

Änderungsantrag zu L01-06

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 262

257 Zu einem sozial-ökologischen Systemwechsel muss auch die Landwirtschaft umgebaut
258 werden. Wir wollen für alle Menschen eine vollwertige Ernährung sichern und die
259 Agrarindustrie zu einer krisenfesten ökologischen Landwirtschaft umbauen.
260 Genossenschaftliche und gemeinnützige Nutzung wollen wir fördern, die Bodenpreise
261 deckeln. Damit sichern wir regionale Nahrungsproduktion, ökologischen Umbau und die
262 Zukunft von ~~Landwirt*innen~~. Landwirt:innen.

Für das Tierwohl muss es mehr staatliche Kontrolle in Mastbetrieben geben. Insgesamt ist die Zahl der zu haltenden Tiere zu verringern und ihre Haltung Tiergerecht zu gestalten.

Begründung

Die Frage der artgerechten und ökologisch verträglichen Tierhaltung wurde nicht angesprochen.

Antrag L01.263.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

Partei Vorstand

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 263

263 ~~Soziale Sicherheit für alle~~ Krisengewinner zur Kasse. Umverteilen für soziale Sicherheit und Klimaschutz ~~braucht Umverteilung~~

Zeile 270

264 Die Ampel-Koalition hat Respekt und Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten
265 versprochen. In der nächsten Zeit ist aber zu befürchten, dass die Beschäftigten mit
266 Verweis auf Krise, Krieg und Transformation zu Verzicht aufgefordert werden, während
267 bei den großen Konzernen die Dividenden durch die Decke gehen. Als LINKE kämpfen wir
268 für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht
269 ist. Für ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro und eine Rente, die den Lebensstandard
270 im Alter sichert. Wir unterstützen die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften in ihren Kämpfen für gute Löhne: Kein Tarifabschluss unterhalb der Inflation.

Zeile 281

277 Ohne Steuergerechtigkeit gibt es auch keine ausreichenden Mittel für öffentliche
278 Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Die Coronakrise ist noch nicht
279 bewältigt, die Folgen von Krieg und Vertreibung kommen auf uns zu. Hohe Einkommen und
280 Vermögen müssen gerecht besteuert werden, niedrige und mittlere Einkommen entlastet,
281 eine Vermögensteuer eingeführt werden. Krisengewinner zur Kasse: Unternehmen, die die aktuelle Situation ausnutzen und Extraprofite einstreichen, wollen wir zur Kasse bitten. Für Mineralölfirmer, aber auch Energie- und Lebensmittelkonzerne fordern wir eine Übergewinnsteuer. Die Ungleichheit ist während der Pandemie weitergewachsen. Zu einer

gerechten Verteilung der Krisenkosten fordern wir an der Seite von ver.di und Sozialverbänden eine Vermögensabgabe (auf Vermögen oberhalb von 2 Mio. Euro).

Antrag L01.263.2: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in: Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 263

263 **Soziale Sicherheit für alle. ~~Klimaschutz braucht~~Klima- und Umweltschutz wie globale Gerechtigkeit brauchen Umverteilung**

Begründung

- Für ökologische Nachhaltigkeit ist Klimaschutz nicht ausreichend.
- DIE LINKE ist eine internationalistische Partei.

Antrag L01.264.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in: Geraer Sozialistischer Dialog, Stadtteilgruppe (BO) Eppendorf / Hoheluft-Ost

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 264 - 270

~~264 Die Ampel-Koalition hat Respekt und Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten
265 versprochen. In der nächsten Zeit ist aber zu befürchten, dass die Beschäftigten mit
266 Verweis auf Krise, Krieg und Transformation zu Verzicht aufgefordert werden, während
267 bei den großen Konzernen die Dividenden durch die Decke gehen. Als LINKE kämpfen wir
268 für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht
269 ist. Für ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro und eine Rente, die den Lebensstandard
270 im Alter sichert.~~

- Als LINKE kämpfen wir für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht ist. Für ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro und eine Rente, die den Lebensstandard im Alter sichert.

271

Zeile 271 - 276

~~271 Klimaschutz braucht Umverteilung: In Deutschland verursacht das reichste 1 Prozent
272 knapp ein Viertel der CO2-Emissionen. Wir können uns den Lebensstil der Reichen schon
273 lange nicht mehr leisten. Ohne eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Arbeit
274 wird die angekündigte Transformation die Gesellschaft weiter spalten. Umgekehrt gilt:
275 Gleichere Gesellschaften sind auch glücklichere, in ungerechten Gesellschaften leidet
276 die Lebensqualität.~~

- Klimaschutz braucht Umverteilung: Ohne eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Arbeit wird die angekündigte Transformation die Gesellschaft weiter spalten. Umgekehrt gilt: Gleichere Gesellschaften sind auch glücklichere, in ungerechten Gesellschaften leidet die Lebensqualität.

Zeile 277 - 281

~~277 Ohne Steuergerechtigkeit gibt es auch keine ausreichenden Mittel für öffentliche
278 Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Die Coronakrise ist noch nicht
279 bewältigt, die Folgen von Krieg und Vertreibung kommen auf uns zu. Hohe Einkommen und
280 Vermögen müssen gerecht besteuert werden, niedrige und mittlere Einkommen entlastet,
281 eine Vermögensteuer eingeführt werden.~~

- Ohne Steuergerechtigkeit gibt es auch keine ausreichenden Mittel für öffentliche Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Hohe Einkommen und Vermögen müssen gerecht besteuert werden, niedrige und mittlere Einkommen entlastet, eine Vermögensteuer eingeführt werden.

Zeile 282 - 300

~~282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen – auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Aber schon jetzt sind viele Kommunen
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in
295 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche
297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben. Wir wollen
298 dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne bürokratische
299 Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär*innen.~~

- Die Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen – auf Kosten der Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. Sie muss ersatzlos beseitigt werden.

Begründung

Antragsheft 1, Seite 95-99, Zeile 130 - 300, kürzen und ändern
Klare Kampfziele für Opposition und außerparlamentarische Bewegung statt Träume für eine Regierung, die wir nicht sind.

Antrag L01.269.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 269 - 270

264 Die Ampel-Koalition hat Respekt und Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten
265 versprochen. In der nächsten Zeit ist aber zu befürchten, dass die Beschäftigten mit
266 Verweis auf Krise, Krieg und Transformation zu Verzicht aufgefordert werden, während
267 bei den großen Konzernen die Dividenden durch die Decke gehen. Als LINKE kämpfen wir
268 für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht
269 ist. Daher, gegen ALLE Formen von Kürzungen und Stellenabbau. Nein zu jeder Form von
Privatisierung. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit - in Ost und West, für Frauen und Männer.
Für ~~ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro und~~ einen Mindestlohn ohne Ausnahmen von 15 Euro
pro Stunde. Weg mit der Agenda 2010 und Hartz I bis IV und stattdessen soziale
Mindestsicherung und Mindestrente von 900 Euro plus Warmmiete für jede:n Erwachsenen und
700 Euro pro Kind - ohne Bedürftigkeitsprüfung und Schikanen. Im Angesicht der Krise und der
Vorschläge einiger gutbezahlter deutscher Top-Ökonomen, zur Arbeitszeitverlängerung und einem
Renteneintrittsalter ab 70 Jahren, fordern wir eine radikale Arbeitszeitverkürzung zur Schaffung
sinnvoller Arbeitsplätze für alle: 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Nein
zur Rente, die den Lebensstandard
270 im Alter sichert. ab 67 oder gar 70 - Renteneinstiegssalter auf 60 Jahre senken!

Begründung

Es wird keine eindeutige Position zu Altersversicherung und Sozialversicherung eingenommen. Das Hartz System wird ungenügend kritisiert und ein ausreichender Vorschlag einer dringend notwendigen Alternative, welche die Menschen wirklich im Alter und Arbeitslosigkeit absichert, bleibt aus. Auch dem Renteneintrittsalter wird nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Der extremen ökonomischen Ungleichheit wird kein ausreichendes und gerechtes Steuersystem entgegengesetzt.

Die verfehlte Aufgabe des Staates, angesichts zunehmender Krisen und Kriege, unter anderem die Aufnahmekapazitäten des Staates für Flüchtlinge zu erhöhen, ohne diese auf individuelle Hilfe abzuwälzen, wird nicht genügend kritisiert und es werden keine eindeutigen politischen Schlussfolgerungen gezogen.

Antrag L01.269.2: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

KV Hersfeld-Rotenburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 269 - 270

264 Die Ampel-Koalition hat Respekt und Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten
265 versprochen. In der nächsten Zeit ist aber zu befürchten, dass die Beschäftigten mit
266 Verweis auf Krise, Krieg und Transformation zu Verzicht aufgefordert werden, während
267 bei den großen Konzernen die Dividenden durch die Decke gehen. Als LINKE kämpfen wir
268 für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht
269 ist. Für ist. Wir kämpfen für ein bedingungsloses Mindesteinkommen von 1.200 Euro € netto pro
Monat und eine Rente, die den Lebensstandard
270 im Alter die Teilhabe an einem guten Leben sichert.

Begründung

Ohne erläuternde Ergänzung macht die Angabe eines Mindesteinkommens keinen Sinn – soll es brutto sein oder netto, nur für Erwerbsarbeitende oder auch für Sozialleistungsberechtigte gelten? Der Lebensstandard von Rentner*innen kann sehr unterschiedlich ausfallen, und ist in starkem Maße von den früheren Einkommen geprägt – das für jede*n in jeder Hinsicht zu sichern wäre gewagt.

Antrag L01.270.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

KV Freiburg

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 270

264 Die Ampel-Koalition hat Respekt und Anerkennung für die Arbeit der Beschäftigten
265 versprochen. In der nächsten Zeit ist aber zu befürchten, dass die Beschäftigten mit
266 Verweis auf Krise, Krieg und Transformation zu Verzicht aufgefordert werden, während
267 bei den großen Konzernen die Dividenden durch die Decke gehen. Als LINKE kämpfen wir
268 für gute Arbeit für alle und dafür, dass niemand in Deutschland von Armut bedroht
269 ist. Für ein Mindesteinkommen von 1.200 Euro und eine Rente, die den Lebensstandard
270 im Alter sichert.

In diesem Sinne fordern wir auch die umgehende Aufnahme der UN-Kinderrechte ins Grundgesetz. Klimagerechtigkeit ist Generationengerechtigkeit, denn die Auswirkungen der Klimakatastrophe werden überproportional diejenigen Menschen treffen, die heute noch Kinder und Jugendliche sind, besonders wenn sie aus sozial benachteiligten Familien kommen. Bereits heute bestehen anhaltende, unübersehbare Benachteiligungen und Diskriminierungen armer Kinder und ihrer Familien in unserem Land. Die Verankerung der Kinderrechte nach der UN-Charta kann hier, durch den damit möglichen Einsatz von Rechtsmitteln, zusammen mit weiteren sozialpolitischen Maßnahmen, einer präventiven sozialen Förder- und Unterstützungskette - mit Frühen Hilfen/Familienhebammen - interkulturellen Gemeinschafts-KITAS, Gemeinschaftsschulen nach finnischem Vorbild, mit Stadtteil-Gesundheitszentren, frühzeitigen berufsbildenden Projekten und bezahlbarem kindgerechtem Wohnraum für arme Familien, für Abhilfe und Gerechtigkeit sorgen.

Begründung

Kinder- und Jugendliche aus armen, ausgegrenzten Familien sind oft erheblichen sozialen Risiken ausgesetzt, die bereits während der Schwangerschaft und nach der Geburt eines Kindes bei Gesprächen von Familien-Hebammen mit allen Müttern (Projekt "Keks" = Kommunikation erleichtern - Kooperation stärken) erkannt werden können und sollten. Jedes fünfte Kind in unserem Land wächst in Armut auf, zeigt häufiger soziogene Entwicklungsverzögerungen oder Entwicklungsstörungen, ist häufiger krank und oft unzureichend versorgt, gefördert und gebildet. Zu diesen bereits bestehenden Lebensrisiken sozialer Benachteiligung kommen in Zukunft gesteigerte Lebensrisiken aufgrund der globalen Klimakatastrophe hinzu. Auch diese werden sich unter den Vorzeichen unseres politischen und ökonomischen Systems überproportional auf sozial benachteiligte Schichten auswirken. Die rechtliche Verankerung der Kinderrechte mit Verfassungsrang schafft die Möglichkeiten konkreten juristischen Vorgehens gegen Formen dieser Benachteiligung. Das Bundesverfassungsgericht selbst, hat mit seiner Entscheidung zur Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz vom 29.04.2021 festgestellt, dass die gegenwärtige unzureichende Klimaschutzpolitik der Bundesregierung gegen die Grundrechte der kommenden Generationen verstößt. (Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz vom 29.04.2021). Durch die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz wird deutlich, dass nicht nur Treibhausgase, sondern auch anhaltende

soziale Benachteiligungen und Ungerechtigkeit die Grundrechte der jungen und künftigen Generationen beeinträchtigen.

Antrag L01.271.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

Ökologische Plattform, BAG Wirtschaftspolitik

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 271

271 ~~Klimaschutz braucht~~ Klima- und Umweltschutz wie globale Gerechtigkeit brauchen Umverteilung:
In Deutschland verursacht das reichste 1 Prozent
272 knapp ein Viertel der CO2-Emissionen. Wir können uns den Lebensstil der Reichen schon
273 lange nicht mehr leisten. Ohne eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Arbeit
274 wird die angekündigte Transformation die Gesellschaft weiter spalten. Umgekehrt gilt:
275 Gleichere Gesellschaften sind auch glücklichere, in ungerechten Gesellschaften leidet
276 die Lebensqualität.

Begründung

- a) Für ökologische Nachhaltigkeit ist Klimaschutz nicht ausreichend.
- b) DIE LINKE ist eine internationalistische Partei.

Antrag L01.271.2: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

KV Darmstadt, BAG Klimagerechtigkeit

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 271 - 272

271 Klimaschutz braucht Umverteilung: ~~In Deutschland verursacht das reichste 1 Prozent~~
272 ~~knapp ein Viertel~~ Je höher die Einkommen sind, desto höher sind in der Regel die
Umweltbelastung und der CO2-~~Emissionen~~ Ausstoß pro Haushalt. Wir können uns den Lebensstil
der Reichen schon
273 lange nicht mehr leisten. Ohne eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Arbeit
274 wird die angekündigte Transformation die Gesellschaft weiter spalten. Umgekehrt gilt:
275 Gleichere Gesellschaften sind auch glücklichere, in ungerechten Gesellschaften leidet
276 die Lebensqualität.

Begründung

Der ursprüngliche Abschnitt impliziert, dass der Luxuskonsum der Reichen und Superreichen ein Hauptverursacher deutscher Klimaemissionen sei. Im restlichen Leitantrag machen wir jedoch richtigerweise Vorschläge, die tief in das Leben auch der unteren Einkommensbezieher*innen eingreifen (Gebäudesanierung, Mobilitätswende, ...) und die viel weitgehender sind, als dass sie nur Verteilungsfragen berühren. Darüber hinaus sind Zahlen falsch:

Laut Oxfam verursachen die reichsten 10 (!) Prozent 26 Prozent der deutschen CO2-Emissionen. Allerdings postulieren die auch die Autoren der Oxfam-Studie nur eine bestimmte statistische Korrelation der CO2-Emissionen mit dem Einkommen, ohne diese anhand einer realen Datengrundlage–wie etwa Haushaltsbefragungen–zu belegen.

Antrag L01.274.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 274 - 276

271 Klimaschutz braucht Umverteilung; In Deutschland verursacht das reichste 1 Prozent
272 knapp ein Viertel der CO2-Emissionen. Wir können uns den Lebensstil der Reichen schon
273 lange nicht mehr leisten. Ohne eine gerechtere Verteilung von Reichtum und Arbeit
274 wird die angekündigte Transformation die Gesellschaft weiter spalten. ~~Umgekehrt gilt:~~
275 ~~Gleichere Gesellschaften sind auch glücklichere, in~~ In ungerechten Gesellschaften leidet
276 die Lebensqualität, gerechtere sind dagegen glücklichere Gesellschaften.

Begründung

siehe [L01.269.1](#)

Antrag L01.280.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 280 - 281

277 Ohne Steuergerechtigkeit gibt es auch keine ausreichenden Mittel für öffentliche
278 Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Die Coronakrise ist noch nicht
279 bewältigt, die Folgen von Krieg und Vertreibung kommen auf uns zu. Hohe Einkommen und
280 Vermögen müssen gerecht besteuert werden, niedrige und mittlere Einkommen entlastet,
werden. Daher brauchen wir
281 eine ~~Vermögensteuer eingeführt werden~~ Vermögensteuer von 10% ab einer Million Euro
Vermögen und ein stark progressives Steuersystem mit drastisch höheren Steuern auf
Unternehmensprofite, Erbschaften und Transaktionen.

Begründung

siehe [L01.269.1](#)

Antrag L01.281.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in: LV Hessen

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 281

277 Ohne Steuergerechtigkeit gibt es auch keine ausreichenden Mittel für öffentliche
278 Investitionen in Bildung, Wohnungsbau und Klimaschutz. Die Coronakrise ist noch nicht
279 bewältigt, die Folgen von Krieg und Vertreibung kommen auf uns zu. Hohe Einkommen und
280 Vermögen müssen gerecht besteuert werden, niedrige und mittlere Einkommen entlastet,
281 eine Vermögensteuer eingeführt ~~werden~~ und die Erbschaftssteuer reformiert werden, um nur
einige Staatseinnahmemöglichkeiten zu nennen.

Begründung

Gerade in der Erbschaftssteuer liegt ein großes Potential und daher sollte sie hier genannt werden.
Darüber hinaus gibt es natürlich noch andere Möglichkeiten, wie Finanztransaktionssteuer,
Spekulationssteuern, ...

Antrag L01.284.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 284 - 300

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe von 30 Prozent auf das Geldvermögen der Millionär:innen und
Milliardär:innen, zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen - auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit.
293 Aber schon jetzt sind viele Kommunen überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal.
294 Es braucht ~~auch~~ daher ~~dringend eine soziale Offensive für die Infrastruktur in den
Kommunen~~ ein öffentliches Investitionsprogramm in den Bereichen Soziales, Bildung, Gesundheit
und Umwelt, finanziert durch die Profite der Banken und Konzerne, sowie ein öffentliches
Gesundheits- und Bildungswesen ohne Zuzahlungen und Gebühren. Die Flutkatastrophe in
Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut
296 gezeigt, wie brutal die Folgen des Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft
297 wird es solche Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben.
298 Wir wollen dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne
299 bürokratische Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll
300 der Fonds über eine jährliche Klimaabgabe für ~~Multimillionär*innen~~ Multimillionär:innen.

Begründung

Es wird keine eindeutige Position zu Altersversicherung und Sozialversicherung eingenommen. Das Hartz System wird ungenügend kritisiert und ein ausreichender Vorschlag einer dringend notwendigen Alternative, welche die Menschen wirklich im Alter und Arbeitslosigkeit absichert, bleibt aus. Auch dem Renteneintrittsalter wird nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet. Der extremen ökonomischen Ungleichheit wird kein ausreichendes und gerechtes Steuersystem entgegengesetzt.

Die verfehlte Aufgabe des Staates, angesichts zunehmender Krisen und Kriege, unter anderem, die Aufnahmekapazitäten des Staates für Flüchtlinge zu erhöhen, ohne diese auf individuelle Hilfe abzuwälzen, wird nicht genügend kritisiert und es werden keine eindeutigen politischen Schlussfolgerungen gezogen.

(siehe auch [L01.269.1](#))

Antrag L01.292.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in: KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 292

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen - auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Allerdings wird diese Hilfsbereitschaft nicht allen
Geflüchteten entgegengebracht, man denke beispielsweise an die noch immer nicht evakuierten
Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln, die Situation an der polnisch-belarussischen Grenze
und all die, die aufgrund der menschenverachtenden Flüchtlingspolitik der EU Europa gar nicht
erst erreichen. Wir setzen uns für eine Welt ein, in der alle, die Hilfe benötigen, diese solidarisch
und gleichberechtigt bekommen sollen. Aber schon jetzt sind viele Kommunen
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in
295 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche
297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben. Wir wollen
298 dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne bürokratische
299 Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär*innen.

Begründung

DIE LINKE muss sich ganz klar von einer Zwei-Klassen-Geflüchteten-Politik distanzieren. Wir sind unteilbar solidarisch mit allen Menschen.

Antrag L01.297.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

KV Marburg-Biedenkopf

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 297 - 300

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen - auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Aber schon jetzt sind viele Kommunen
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in
295 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche
297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben. ~~Wir wollen~~
298 ~~dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne bürokratische~~
299 ~~Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über~~ Über
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär*innen soll der Staatshaushalt zweckgebunden in
ökologischem Wirtschaften als Präventivmaßnahme und zivilem Katastrophenschutz investieren.
Von Extremwetterereignissen betroffene Menschen müssen eine sozialstaatliche Absicherung
erhalten.

Begründung

Fonds als Finanzmarkt-Guthaben sind die falsche Finanzierungsgrundlagen. „Extremwetterereignisse“ am Finanzmarkt gefährden staatliche Gelder in spekulationsgetriebene Finanzierungsmodelle. Wir möchten als Alternative das steuerfinanzierte Modell aus dem laufenden (zu erhöhenden) Haushalt vorschlagen, der jährlich auch durch ökologisches Wirtschaften benutzt wird (statt im Aktienmarkt) und gleichzeitig eine präventive Wirkung entfaltet.

Antrag L01.297.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

KV Rhein-Erft, Matthias W. Birkwald (Nordrhein-Westfalen),
Stefan Söhngen (KV Rhein-Erft), weitere

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 297 - 298

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die

287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen - auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Aber schon jetzt sind viele Kommunen
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in
295 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche
297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme, Dürren, Hitzewellen und Brände häufiger geben. Wir
wollen
298 die jährlichen Investitionen in den Katastrophenschutz verdoppeln und ein Investitionsprogramm
zur Klimafolgenanpassung auferlegen. Wir wollen dauerhaft einen Fonds einrichten, der
Betroffene absichert und ohne bürokratische
299 Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär*innen.

Begründung

Auch Dürren und Hitzewellen zählen zu Extremwetterereignissen, die sich in Zukunft häufen werden. Während Dürren extreme Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben können und Brände begünstigen, gibt es schon jetzt eine krasse Übersterblichkeit bei Hitzewellen.

Der Katastrophenschutz leidet seit Jahren unter Geldmangel. Sowohl das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe als auch das THW und die privaten Hilfsorganisationen wie das DRK, die Johanniter oder Andere. Auch das Sirenenetz muss dringend modernisiert und ausgebaut werden. Zudem braucht es jetzt Investitionen in Klimaresilienz: Talsperren müssen saniert werden, Privathäuser in Gefährdungsgebieten umgebaut werden und Flüsse sollten renaturiert werden. Gleiches gilt für den Hitzeschutz: Es braucht mehr Grünflächen und Kaltluftschneisen vor allem in Städten. Für all das braucht es Geld aus einem Investitionsprogramm.

weitere Antragsteller*innen

Şirin Seitz (KV Rhein-Erft)

Antrag L01.300.1: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

| | |
|--------------------------|----------------------------|
| Antragsteller*in: | BAG Betrieb & Gewerkschaft |
|--------------------------|----------------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 300

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen - auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich

290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Aber schon jetzt sind viele Kommunen
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in
295 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche
297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben. Wir wollen
298 dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne bürokratische
299 Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär*innen.

Rolle der Beschäftigten

Den Beschäftigten kommt in diesem Prozess eine aktive Rolle zu. Beim ökologischen Umbau der Industrie geht es nicht nur um Umweltaspekte, sondern auch darum, wie die Zukunft der Arbeit aussieht und wer sie gestalten kann. Aber um die Arbeit von morgen überhaupt ökologisch, sozial und demokratisch gestalten zu können, braucht es neben mehr Betriebsräten auch deutlich mehr Mitbestimmung. Mit ihrem Konzept »Ahoi, Mitbestimmung« hat DIE LINKE im Bundestag jüngst einen Dreiklang von notwendigen Maßnahmen vorgelegt, um die betriebliche Mitbestimmung zukunftsfest zu machen und zur Demokratisierung der Arbeitswelt beizutragen.

So gehört beispielsweise die Förderung von Maßnahmen des betrieblichen Umweltschutzes längst zu den allgemeinen Aufgaben des Betriebsrates. Seine Beteiligung beschränkt sich allerdings auf Informations- und Unterrichtsrechte. Gleichzeitig wird die Bedeutung des Umwelt- und insbesondere des Klimaschutzes immer größer, und alle gesellschaftlichen Akteure sind an dem Projekt der sozial-ökologischen Transformation zu beteiligen. Statten wir also den Betriebsrat hier mit einem erzwingbaren Mitbestimmungs- und damit Initiativrecht aus, wäre dieser in der Lage, Änderungen in der Produktion und der Unternehmensausrichtung oder Investitionen, die direkt oder indirekt umwelt- oder klimaschädliche Folgen haben können, zu stoppen oder abzuändern. Gleichzeitig kann er selbst Vorschläge machen, die die Umwelt- und Klimabilanz des Betriebes verbessern. So wirkt der Betriebsrat als umwelt- und klimapolitisches Korrektiv gegenüber dem Arbeitgeber und kann dabei darauf achten, die Interessen der Beschäftigten wirksam zu schützen.

Demokratische Prozesse hören nicht bei Wahlen auf und sind auch nicht beschränkt auf die Politik. Damit die Transformation nicht zu Lasten der Beschäftigten geht, sind sie in die Entscheidungsprozesse einzubinden. Hierzu braucht es eine Demokratisierung der Wirtschaft und eine Ausweitung wirtschaftlicher Mitbestimmung auf mehreren Ebenen: Beschäftigte sollen in Transformationsräten über die Verteilung von staatlichen Investitionsgeldern mitentscheiden können. Paritätisch besetzte Aufsichtsräte sollen die Interessen des Unternehmens und die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gleichermaßen vertreten. Aber auch Betriebsräte sollen bei der Dekarbonisierung der Betriebe mitbestimmen. So wird sichergestellt, dass einerseits alle Ideen und alles Wissen der Beschäftigten - den Experten vor Ort - für den Umbau der Wirtschaft zur Verfügung stehen und andererseits die Interessen der Kolleginnen und Kollegen nach guter Arbeit nicht übergangen werden.

Da sich der sozial-ökologische Umbau der Industrie in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem nicht klassenneutral vollzieht, kommt der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Fragen die zentrale Rolle zu. Neben den bereits genannten Investitionsentscheidungen soll der Betriebsrat das Recht haben, bei Fertigungstiefen, Aus- und Verlagerungen, Schließungen von Betrieben und Betriebsteilen, Rationalisierungsvorhaben, neuen Arbeitsmethoden und Steuerungsmechanismen die Initiative ergreifen zu können. So werden Beschäftigte bei der bevorstehenden Transformation mitgenommen, prekäre Arbeit eingedämmt, Klima- und Umweltschutz in den Betrieben realisiert und die Digitalisierung im Sinne der Beschäftigten und auch des Allgemeinwohls vorangetrieben. Bei den wichtigen Zukunftsentscheidungen gebührt den Beschäftigten ein Platz am

Verhandlungstisch. Ein Schritt von vielen auf dem Weg in eine gute Arbeitswelt von morgen, aber ein entscheidender. Klimaschutz geht nicht ohne gute Arbeit - und gute Arbeit braucht echte Mitbestimmung.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag L01.300.2: Änderungsantrag zu L01-07

Änderungsantrag zu L01-07

Antragsteller*in:

KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 300

282 Die Ankündigung der Bundesregierung 2023 die Schuldenbremse wieder in Kraft zu setzen
283 ist realitätsfremd. Wir fordern ihre weitere Aussetzung und einen Lastenausgleich,
284 eine einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten. In den oft
285 überschuldeten Kommunen gibt es einen gewaltigen Investitionstau, die Folge
286 jahrelanger Sparpolitik im Zeichen der Schuldenbremse und der Schwarzen Null. Die
287 Schuldenbremse ist in Wirklichkeit eine Innovations- und Investitionsblockade. Sie
288 blockiert auch die Möglichkeit für Krisenzeiten Vorsorge zu treffen - auf Kosten der
289 Gesellschaft und der Beschäftigten in der Infrastruktur. In der Coronakrise hat sich
290 der Personalmangel in Schulen, Kitas, Pflege und Verwaltungen besonders schmerzlich
291 bemerkbar gemacht. Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine ist ein Akt der
292 Solidarität und Gebot der Menschlichkeit. Aber schon jetzt sind viele Kommunen
293 überfordert, es fehlen Wohnungen und Personal. Es braucht auch daher dringend eine
294 soziale Offensive für die Infrastruktur in den Kommunen. Die Flutkatastrophe in
295 Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz hat erneut gezeigt, wie brutal die Folgen des
296 Klimawandels uns schon jetzt treffen. In Zukunft wird es solche
297 Extremwetterereignisse wie Fluten, Stürme und Brände häufiger geben. Wir wollen
298 dauerhaft einen Fonds einrichten, der Betroffene absichert und ohne bürokratische
299 Hürden finanzielle Hilfen zur Verfügung stellt. Finanziert werden soll der Fonds über
300 eine jährliche Klimaabgabe für Multimillionär*innen. Doch dabei darf es nicht stehen bleiben. Wir treten ein für gleiche Rechte für Alle und kämpfen gegen jeden Form von Diskriminierung auf Grund von Nationalität, Religion, Hautfarbe, Behinderung, Geschlecht oder sexueller Orientierung! Umgekehrt braucht es eine Rücknahme diverser "Anti-Terror"- und Polizeiaufgaben-Gesetze und ein klares NEIN zum Einsatz der Bundeswehr im Inneren und im Ausland. Wir müssen eintreten für eine Wiederherstellung und deutliche Ausweitung des Asylrechts und Bleiberechts für ALLE, die vor Verfolgung, Krieg oder Hunger flüchten. Dazu gehören auch Kriegsverweiger:innen aus Russland und der Ukraine!

Begründung

In Bezug auf Rassismus, Diskriminierung und Asyl wird eine zu schlecht formulierte und ausgearbeitete Position bezogen.

Antrag L01.301.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 301

301 ~~Neue~~Klassenpolitik braucht Bündnisse ~~für eine neue Zeit.~~

Zeile 302 - 310

302 ~~Diese Zeit mit ihren existentiellen Krisen erfordert neue Bündnisse~~Diskussionen und Aktivitäten
 303 der Partei müssen an den betrieblichen Realitäten anknüpfen. Veränderung
 303 ~~wächst von unten. Wir wollen mithelfen, Kämpfe zu~~braucht ein gesellschaftliches Subjekt und das
 303 können nur die Beschäftigten in den Betrieben sein, die sich in Gewerkschaften organisieren und
 303 im Bündnis mit weiteren gesellschaftlichen Akteuren die Verbesserung ihrer Arbeits- und
 303 Lebensbedingungen erkämpfen. Gewerkschaften sind dabei für uns nicht lediglich eine weitere
 303 NGO, sondern der natürliche Organisationsrahmen der abhängig Beschäftigten und damit auch
 303 für uns ein zentraler Bezugspunkt. Wir wollen aber gewerkschaftliche Kämpfe mit denen von
 303 weiteren Bündnissen und Organisationen verbinden. ~~Wir wollen gemeinsam mit~~Gemeinsam mit
 304 ~~den Schüler*innen und Student*innen von Fridays4Future~~und Gewerkschaften, in
 304 , in Friedensbündnissen, mit Seebrücke und Mieter*inneninitiativen kämpfen. ~~Zusammen mit~~
 306 ~~den Umwelt- und Sozialverbänden wollen wir Druck machen~~wir für eine sozial-ökologische
 307 Transformation in einer friedlichen Welt. Antirassistische und feministische ~~Bewegungen, der~~
 307 ~~Kampf für gleiche~~
 308 ~~soziale~~Kämpfe, die Kämpfe für gleiche Rechte für alle ~~gehören für uns zur~~sind Teil der linken DNA.
 308 Unsere Solidarität ist
 309 unteilbar. ~~Unsere Antwort auf die neuen und alten Spaltungen ist eine verbindende~~
 310 ~~Klassenpolitik: eine verbindende Interessenpolitik aller bisher politisch Machtlosen~~Kämpfe der
 310 abhängig Beschäftigten in den Betrieben können und dürfen nicht gegen die Kämpfe für gleiche
 310 Rechte und für eine friedliche und lebenswerte Welt ausgespielt werden. Vielmehr müssen die
 310 verschiedenen Auseinandersetzungen und Kämpfe zusammengebracht und aus einem
 310 verbindenden Blickwinkel, dem Blickwinkel unserer Klasse, ausgetragen und gewonnen werden.
 310 Das verstehen wir unter verbindende Klassenpolitik.

Begründung

Verbindende Klassenpolitik ist nicht lediglich die Aneinanderreihung verschiedener Kämpfe und eine Gleichwertigkeit aller Organisationen und Bündnisse. Verbindende Klassenpolitik stellt die Interessen unserer Klasse in den Mittelpunkt und betrachtet alle gesellschaftlichen Auseinandersetzungen aus diesem Blickwinkel. In bestehende Kämpfe wird im Interesse der Klasse interveniert und es wird nicht unreflektiert jede einzelne Forderung einfach nur übernommen. Zudem sind die abhängig Beschäftigten auch bisher nicht machtlos. Sie haben in der Vergangenheit vieles durchgesetzt und setzen auch derzeit täglich ihre Forderungen zumindest teilweise in Tarifaueinandersetzungen durch.

Antragsteller:

BAG Betrieb & Gewerkschaft

Antrag L01.307.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 307 - 310

302 Diese Zeit mit ihren existentiellen Krisen erfordert neue Bündnisse. Veränderung
303 wächst von unten. Wir wollen mithelfen, Kämpfe zu verbinden. Wir wollen gemeinsam mit
304 den Schüler*innen und Student*innen von Fridays4Future und Gewerkschaften, in
305 Friedensbündnissen, mit Seebrücke und Mieter*inneninitiativen kämpfen. Zusammen mit
306 den Umwelt- und Sozialverbänden wollen wir Druck machen für eine sozial-ökologische
307 Transformation. Besonders Gewerkschaften müssen ein festes Arbeitsmilieu der Linken werden.
Im Einvernehmen mit einfachen Gewerkschaftsmitgliedern müssen wir für eine Demokratisierung
und Entbürokratisierung der Gewerkschaften kämpfen. Für eine richtige Streikdemokratie, für
jederzeitige Wählbarkeit und Abwählbarkeit von Funktionsträger:innen mit durchschnittlichen
Tariflohn und einen Zusammenschluss kämpferischer und kritischer Gewerkschaftsaktivist:innen
auf allen Ebenen der Gewerkschaften, angefangen an der Basis! Antirassistische und
feministische Bewegungen, der Kampf für gleiche
308 soziale Rechte für alle gehören für uns zur linken DNA. ~~Unsere~~ Wir brauchen einen gemeinsamen
Kampf von Lohnabhängigen aller Geschlechter gegen alle Formen geschlechtsspezifischer
Benachteiligung. Deshalb auch gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und eine deutliche
Lohnerhöhung in frauendominierten Berufszweigen. Der Kampf gegen diskriminierende
Frauenbilder in der Werbung und Medien muss weitergeführt werden und die
Abtreibungsparagraphen 218 und 219 abgeschafft werden. Frauen haben ein Recht auf
Selbstbestimmung über ihren Körper und unsere Solidarität ist
309 in dieser Hinsicht unteilbar. Unsere Antwort auf die neuen und alten Spaltungen ist eine
verbindende
310 Klassenpolitik: eine verbindende Interessenpolitik aller ~~bisher politisch Machtlosen~~ abhängig
Beschäftigten.

Begründung

Es wird nicht genügend darauf hingewiesen, dass der Kampf für die Emanzipation der Frau und queere Menschen mit dem Kampf gegen Kapitalismus zusammenhängt. Der Kapitalismus reproduziert Vorurteile und Sexismus. Wir müssen für die Einheit der Lohnabhängigen streben und darauf hinweisen, dass Emanzipation nur durch den Sozialismus erkämpft werden kann. Wir dürfen diese Emanzipationsbewegungen nicht ignorieren und müssen sie in den Kampf gegen den Kapitalismus integrieren und zeigen, dass sie keine Gegensätze sind, sondern miteinander verbunden sind.

Antrag L01.307.2: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

| | |
|--------------------------|----------------------|
| Antragsteller*in: | linksjugend ['solid] |
|--------------------------|----------------------|

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 307 - 310

302 Diese Zeit mit ihren existentiellen Krisen erfordert neue Bündnisse. Veränderung
303 wächst von unten. Wir wollen mithelfen, Kämpfe zu verbinden. Wir wollen gemeinsam mit
304 den Schüler*innen und Student*innen von Fridays4Future und Gewerkschaften, in
305 Friedensbündnissen, mit Seebrücke und Mieter*inneninitiativen kämpfen. Zusammen mit
306 den Umwelt- und Sozialverbänden wollen wir Druck machen für eine sozial-ökologische
307 Transformation. Antirassistische, antisemitismuskritische und feministische Bewegungen, der

Kampf für gleiche
308 soziale Rechte für alle gehören für uns zur linken DNA Grundausstattung. Unsere Solidarität ist
309 unteilbar. Unsere Antwort auf die neuen und alten Spaltungen ist eine verbindende
310 , in den materiellen Verhältnissen begründete Klassenpolitik: eine verbindende Interessenpolitik
aller bisher politisch Machtlosen. Für den Kampf gegen die Klimakrise wollen wir gemeinsam mit
Verbündeten dabei neben dem parlamentarischen Weg vielfältige weitere Mittel nutzen, um
Gegenmacht gegen das Kapital zu entfalten: Wir stehen für einen vielfältigen Widerstand, von
Streiks und gewerkschaftlichem Basisaufbau zur Transformation klimaschädlicher Industrien bis
zu Aktionen des zivilen Ungehorsams. Dabei wollen wir selber stärker als mobilisierender Akteur
auch zu solchen Aktionen auftreten.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag L01.310.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 310

302 Diese Zeit mit ihren existentiellen Krisen erfordert neue Bündnisse. Veränderung
303 wächst von unten. Wir wollen mithelfen, Kämpfe zu verbinden. Wir wollen gemeinsam mit
304 den Schüler*innen und Student*innen von Fridays4Future und Gewerkschaften, in
305 Friedensbündnissen, mit Seebrücke und Mieter*inneninitiativen kämpfen. Zusammen mit
306 den Umwelt- und Sozialverbänden wollen wir Druck machen für eine sozial-ökologische
307 Transformation. Antirassistische und feministische Bewegungen, der Kampf für gleiche
308 soziale Rechte für alle gehören für uns zur linken DNA. Unsere Solidarität ist
309 unteilbar. Unsere Antwort auf die neuen und alten Spaltungen ist eine verbindende
310 Klassenpolitik: eine verbindende Interessenpolitik aller bisher politisch Machtlosen. SPD und
Grüne vertreten eine grundlegend andere Politik, das hat ihre Reaktion auf den Krieg in der
Ukraine drastisch unterstrichen. Es gibt kein gemeinsames linkes Lager. Für eine Koalition mit
diesen Parteien oder auch nur eine Tolerierung einer SPD- und Grünen-geführten Regierung gibt
es keine Grundlage. Wir sind aber bereit, im Einzelfall alle fortschrittlichen Maßnahmen zu
unterstützen, zu denen Minderheitsregierungen von SPD und Grüne (insbesondere unter dem
Druck von sozialen Bewegungen) sich gezwungen sehen würden. Wenn diese Parteien
stattdessen mit FDP oder CDU regieren, liegt das daran, dass sie solche fortschrittlichen
Maßnahmen gar nicht ergreifen wollen und sich dabei hinter ihrem Koalitionspartner zu
verstecken versuchen. Wir lassen uns von diesen Parteien nicht zum Sündenbock dafür machen,
dass sie eine Politik im Interesse der Banken und Konzerne und gegen die Masse der Bevölkerung
und die Umwelt betreiben.

Antrag L01.311.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in: KV Unna

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 311 - 322

311 Wir sind die Gegner der Konzerne, die ~~kurzfristige~~ Profite über die Versorgung der
312 Menschen und unser Überleben stellen. Wir kämpfen nicht für eine Spielart der
313 Modernisierung des Bestehenden, sondern für eine Welt jenseits von Kapitalismus,
314 Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Sozialismus, dieses Versprechen auf
315 Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, ist kein Traum aus der Vergangenheit,
316 sondern eine Antwort auf die gegenwärtigen Verhältnisse, auf das Ende des fossilen
317 Kapitalismus, globale Ungleichheit und die Rückkehr des Krieges. Wir haben eine
318 Vision, die über den Horizont des Kapitalismus hinausreicht: ~~Gerechte Verteilung von~~
319 ~~Reichtum, Arbeit und Zeit und~~ Für die Emanzipation und Überleben der Menschheit. Für eine
Wirtschaft, ~~die die natürlichen Grundlagen des~~
320 ~~Lebens schützt, statt sie für den Reichtum weniger zu zerstören. Gemeinwohl vor~~
321 ~~Profit. Ein Umbau der Gesellschaft, der das Leben~~ ohne vorherrschende Monopole, zersetzende
ökonomische und nationale Konkurrenz und zerstörerische Produktion für Profite, sondern mit
demokratischer und sozialistischer Kooperation und nachhaltiger Planung entsprechend der
Bedürfnisse von Mensch und Umwelt. Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches
Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch Institutionen der arbeitenden
Bevölkerung. Abschaffung der Korruption durch durchschnittliche Tariflöhne und jederzeitige
Wahl- und Abwählbarkeit für alle ~~besser macht und den~~
322 ~~Planeten bewohnbar hält.~~ Personen in Leitungs- und Verwaltungsfunktionen. Nein zu einer
unsozialen EU der Banken und Konzerne - für ein vereintes demokratisches und sozialistisches
Europa der arbeitenden Bevölkerung. Für eine sozialistische Demokratie weltweit!

Begründung

In Zeiten der Krise und der politischen Regression müssen wir für die lohnabhängige Bevölkerung und Benachteiligte, eine deutliche Gesellschaftsalternative, den Sozialismus, formulieren und aufzeigen, dass nur jener einen Ausweg aus Leid, Krise, Klimakatastrophe und Krieg weisen kann.

Antrag L01.317.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in:

Antikapitalistische LINKE

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 317

311 Wir sind die Gegner der Konzerne, die kurzfristige Profite über die Versorgung der
312 Menschen und unser Überleben stellen. Wir kämpfen nicht für eine Spielart der
313 Modernisierung des Bestehenden, sondern für eine Welt jenseits von Kapitalismus,
314 Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Sozialismus, dieses Versprechen auf
315 Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, ist kein Traum aus der Vergangenheit,
316 sondern eine Antwort auf die gegenwärtigen Verhältnisse, auf das Ende des fossilen
317 Kapitalismus, globale Ungleichheit und die Rückkehr des Krieges. Sozialismus ist allumfassende
gesellschaftliche Demokratie und hat nichts mit bürokratischen Kommandowirtschaften zu tun.
Sozialismus basiert auf öffentlichem Eigentum an den Banken, Konzernen und der
Daseinsfürsorge - demokratisch kontrolliert und verwaltet durch die arbeitende Bevölkerung.
Marktkonkurrenz wird durch Kooperation und demokratische Planung ersetzt, um die Wirtschaft
an den Bedürfnissen von Mensch und Natur auszurichten. Wir haben eine
318 Vision, die über den Horizont des Kapitalismus hinausreicht: Gerechte Verteilung von
319 Reichtum, Arbeit und Zeit und eine Wirtschaft, die die natürlichen Grundlagen des

320 Lebens schützt, statt sie für den Reichtum weniger zu zerstören. Gemeinwohl vor
321 Profit. Ein Umbau der Gesellschaft, der das Leben für alle besser macht und den
322 Planeten bewohnbar hält.

Antrag L01.320.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in: linksjugend ['solid]

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 320 - 321

311 Wir sind die Gegner der Konzerne, die kurzfristige Profite über die Versorgung der
312 Menschen und unser Überleben stellen. Wir kämpfen nicht für eine Spielart der
313 Modernisierung des Bestehenden, sondern für eine Welt jenseits von Kapitalismus,
314 Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Sozialismus, dieses Versprechen auf
315 Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, ist kein Traum aus der Vergangenheit,
316 sondern eine Antwort auf die gegenwärtigen Verhältnisse, auf das Ende des fossilen
317 Kapitalismus, globale Ungleichheit und die Rückkehr des Krieges. Wir haben eine
318 Vision, die über den Horizont des Kapitalismus hinausreicht: Gerechte Verteilung von
319 Reichtum, Arbeit und Zeit und eine Wirtschaft, die die natürlichen Grundlagen des
320 Lebens schützt, statt sie für den Reichtum weniger zu zerstören. ~~Gemeinwohl vor-~~
321 ~~Profit~~ Das gute Leben für alle. Ein Umbau der Gesellschaft, der das Leben für alle besser macht
und den
322 Planeten bewohnbar hält.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag L01.322.1: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in: Antikapitalistische LINKE, KV Kassel

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 322

311 Wir sind die Gegner der Konzerne, die kurzfristige Profite über die Versorgung der
312 Menschen und unser Überleben stellen. Wir kämpfen nicht für eine Spielart der
313 Modernisierung des Bestehenden, sondern für eine Welt jenseits von Kapitalismus,
314 Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Sozialismus, dieses Versprechen auf
315 Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, ist kein Traum aus der Vergangenheit,
316 sondern eine Antwort auf die gegenwärtigen Verhältnisse, auf das Ende des fossilen
317 Kapitalismus, globale Ungleichheit und die Rückkehr des Krieges. Wir haben eine
318 Vision, die über den Horizont des Kapitalismus hinausreicht: Gerechte Verteilung von
319 Reichtum, Arbeit und Zeit und eine Wirtschaft, die die natürlichen Grundlagen des
320 Lebens schützt, statt sie für den Reichtum weniger zu zerstören. Gemeinwohl vor
321 Profit. Ein Umbau der Gesellschaft, der das Leben für alle besser macht und den

322 Planeten bewohnbar hält.

Wir sind wir

Wir haben in den Wahlkämpfen auch Fehler gemacht. Wir haben uns immer mehr als lebendes Koalitionsangebot schon in Wahlkampfzeiten für SPD und GRÜNE verkauft. Viele unserer Anhänger:innen, vor allem die, die SPD und GRÜNE vor noch absehbarer Zeit verlassen haben, um eine neue linke Partei zu unterstützen, haben sich verwundert die Augen gerieben. Die LINKE verkauft sich für nichts. Das wird nicht wieder vorkommen. Unser politisches Programm ist keine taktische Manövriermasse. Die neue Regierung unter einem SPD-Kanzler hat mehr noch als die früheren SPD-Kanzler Schmidt und Schröder als ihre erste große Amtsaufgabe die Militarisierung und das umfangreichste Aufrüstungsprogramm beschlossen. Die Kriegsrhetorik und Russophobie, die seitdem durch das Land braust, sind unerträglich. Die LINKE wird sich dieser Regierungspolitik mit aller Macht entgegenstellen. Was Schröder seine "Agenda 2010" war, ist für Scholz die "Zeitenwende". Der massive Angriff auf Lebensgrundlagen und Interessen der Mehrheit der Bevölkerung ist in beiden Fällen nicht hinnehmbar. Die 100-Milliarden-Sonderausstattung der Bundeswehr darf nicht mittels Grundgesetzänderung beschlossen werden. Wir werden dagegen mobil machen. In den Landesregierungen, in denen die LINKE mitwirkt, werden wir für ein Nein im Bundesrat zu dieser Initiative werben. Wir werden an keiner Regierung mitarbeiten, die diese Aufrüstung per Grundgesetz nicht verhindern will.

Begründung

Die Positionierung zur Grundgesetzänderung ist dringend notwendig, will die LINKE nicht noch mehr übersehen werden.

Antrag L01.322.2: Änderungsantrag zu L01-08

Änderungsantrag zu L01-08

Antragsteller*in:

OV Bad Cannstatt - Mühlhausen - Münster

Der Parteitag möge beschließen:

Zeile 322

311 Wir sind die Gegner der Konzerne, die kurzfristige Profite über die Versorgung der
312 Menschen und unser Überleben stellen. Wir kämpfen nicht für eine Spielart der
313 Modernisierung des Bestehenden, sondern für eine Welt jenseits von Kapitalismus,
314 Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg. Sozialismus, dieses Versprechen auf
315 Gerechtigkeit, Demokratie und Solidarität, ist kein Traum aus der Vergangenheit,
316 sondern eine Antwort auf die gegenwärtigen Verhältnisse, auf das Ende des fossilen
317 Kapitalismus, globale Ungleichheit und die Rückkehr des Krieges. Wir haben eine
318 Vision, die über den Horizont des Kapitalismus hinausreicht: Gerechte Verteilung von
319 Reichtum, Arbeit und Zeit und eine Wirtschaft, die die natürlichen Grundlagen des
320 Lebens schützt, statt sie für den Reichtum weniger zu zerstören. Gemeinwohl vor
321 Profit. Ein Umbau der Gesellschaft, der das Leben für alle besser macht und den
322 Planeten bewohnbar hält. Sozialismus muss erkämpft werden durch eine Massenbewegung, durch Klassenkampf, durch Streiks bis hin zu politischen Streiks und die Übernahme der Kontrolle in der Gesellschaft über die Produktionsmittel. Die Initiierung, Unterstützung und Vorantreibung solcher Auseinandersetzungen mit und als Teil der ausgebeuteten Klasse ist die wichtigste Aufgabe der Partei DIE LINKE.

Begründung

Erfolgt mündlich.